

**Auf dem Weg zu einer neuen, liberalen Wirtschaftsordnung?  
– Eine Untersuchung zum institutionellen Wandel im  
Britischen Weltreich am Beispiel der Charter-Act-  
Verhandlungen (1811–1813)**

**Masterarbeit**

zur Erlangung des Titels Master of Arts im Fach Global History

vorgelegt von

**Axel-Wolfgang Kahl**

aus

**Berlin**

Angefertigt am

Historischen Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

1. Gutachterin: Prof. Dr. Katja Patzel-Mattern
2. Gutachterin: Prof. Dr. Gita Dharampal-Frick

**Heidelberg, den 27.02.2018**

## Gliederung:

### Inhalt

1 Einleitung .....	3
2 Grundlagen: Methodisches Instrumentarium zur Analyse von Institutionen.....	15
2.1 Grundmodell des institutionellen Wandels .....	16
2.1.1 Ursachen und Verlauf einer „Neuausrichtung“ des Ordnungssystems .....	19
2.1.2 Operationalisierung von Gedankenmodellen: die qualitative Inhaltsanalyse .....	21
2.2 Sattelzeit: „Britains New Imperial Age“, 1793-1813.....	22
2.2.1 Sozioökonomischer Strukturwandel und internationale Konflikte .....	24
2.2.2 Merkantilismus und Liberalismus: kulturell-kognitive Weltbilder des ausgehenden 18. Jahrhunderts.....	27
3. Analyse der Charter-Act-Verhandlungen .....	31
3.1 Ankerbeispiele: die Sondierungsgespräche vor 1811 .....	32
3.2 Analysezeiträume .....	39
3.2.1 Dezember 1811 – März 1812 .....	39
3.2.2 April 1812 – Dezember 1812 .....	45
3.2.3 Januar 1813 – Juli 1813 .....	56
4. Ausblick des neuausgerichteten Entwicklungspfad bis 1833 .....	66
5. Fazit.....	68
6. Abkürzungsverzeichnis .....	74
7. Literaturverzeichnis .....	75
8. Quellenverzeichnis:.....	79
Anhang 1 .....	81
Anhang 2 .....	82
Anhang 3 .....	83
Anhang 4.....	84

## 1 Einleitung

*„The East Indies offer a market for the manufactures of Europe and for the gold and silver as well as for several other productions of America greater and more extensive than both Europe and America put together.“*

– Adam Smith, Wealth of Nations, 1776<sup>1</sup>

*„The British merchants appear to entertain the most extravagant ideas of a new world for commercial enterprize; ideas upon which they are ready to risk their own property, and to sacrifice all the interests of the existing Indian system.“*

– Aus einem Schreiben des Committee of Correspondence vom 09.02.1813<sup>2</sup>

Der südasiatische Kontinent – „Indostan“ – war einer europäischen Bürger- und Händlerschaft der Ausdruck einer glorreichen Kultur und das Sinnbild vielen Reichtums. Die Vorstellung ermutigte Händler und Abenteurer ab dem 15. Jahrhundert zu ihren ersten Reisen nach Fernost. Diese große Anziehungskraft blieb die gesamte Frühe Neuzeit über bestehen.<sup>3</sup> Die Risiken und Mühen der Expeditionen waren zwar beträchtlich, doch die ertragreichen Handelsnetzwerke im Indischen Ozean und die exotischen Handelswaren, die dort schon in den Jahrhunderten vor dem Eintritt der europäischen Handelskompanien umgesetzt wurden, Grund genug, das „Abenteuer Fernost“ zu wagen.<sup>4</sup> Das einführende Zitat von Adam Smith (1723–1790) aus seinem Werk von 1776 veranschaulicht, wie die Potentiale der Region und die verbundenen Erwartungen an Profite im Handel in Teilen der englischen Mittel- und Oberschicht wahrgenommen wurden. Und wie man nach beinahe zweihundert Jahren unangefochtener Monopolstellung in Südasien und Südostasien die Rolle der East India Company (EIC) als einem überholt geltenden „mercantile Leviathan“<sup>5</sup> kritisch zu

---

<sup>1</sup>Smith, Adam: Wealth of Nations. Introduction by Robert Reich, New York/ Toronto 2000, S. 683.

<sup>2</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 231.

<sup>3</sup>Die sog. Orientalisten des 18. Jahrhunderts widmeten sich der Erforschung der indigenen Kulturen Südasiens und trugen durch teils deutlich überhöhte Charakterisierungen und Darstellungen dazu bei, eine dominante Deutung der vormaligen „indischen Kultur“ zu geben. Bei den imperialen Beamten und Schriftstellern der folgenden Generation bestärkten diese Beschreibungen, dass die Gesellschaft, Kultur und Politik Südasiens um 1800 schließlich diejenigen eines sog. decayed system wären, d.h. im Vergleich zum vormaligen Glanz ein verfallender Kulturraum. Solche Denkweisen forcierten eine Kolonisation ab dem 19. Jahrhundert und konstituierten maßgeblich den Imperialismus der Viktorianischen Epoche, vgl. Bandyopadhyay, Sekhar: From Plassey to Partition and After. A History of Modern India, New Delhi 2015, S. 66f. Einige der Angestellten der EIC lancierten Gerüchte und Erzählungen über den Reichtum Südasiens, um so eine Notwendigkeit der Kolonisierung zu legitimieren. Dass sich letztlich auch andere Akteure dieser Narrative bedienten, um in den Indienhandel einsteigen zu können, ist eine zentrale Erkenntnis der aktuellen Forschungsarbeiten aus der Imperial History, vgl. Bowen, Huw V.: Business of Empire: The East India Company and Imperial Britain, 1757-1833, Cambridge 2006, S. 7.

<sup>4</sup>Vgl. beispielsweise: Rothermund, Dietmar: An Economic History of India. From Pre-Colonial Times to 1991, London/ New York 2003, S. 4ff.; oder Frank, Andre Gunder: India in the World Economy, 1400-1750, in: Economic and Political Weekly, Jg. 31 (1996), S. 50ff. Welche Ausmaße diese Netzwerke annahmen und wie die ökonomische Entwicklung jener Regionen vor dem Kolonialismus generell zu beurteilen ist, gilt es hier nicht zu beantworten.

<sup>5</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 6.

hinterfragen begann. Diese langsame und von verschiedensten Faktoren abhängige Machterosion gipfelte 1813 schließlich in der Auflösung eines zentralen Privileges der EIC: das Monopol im Indienhandel.

Die Ursachen sind vielschichtig. Eine monokausale Deutung, die in den prominenten Argumenten der englischen Klassik um Smith und dessen Kritik an der EIC den alleinigen Grund verortet, blendet zu viele entscheidende Faktoren aus. Die These der vorliegenden Arbeit lautet vielmehr, dass die ökonomischen Kritik der Zeitgenossen gleichsam Ausdruck eines ideologischen Umbruchs gewesen war. Seit dem 18. Jahrhundert schlug sich im Britischen Weltreich eine neue Vorstellung von Rationalität Bahn, die sich der Neuausrichtung des institutionellen Ordnungssystems des Empire während der Charter-Act-Verhandlungen 1811–1813 deutlich wirkungsmächtig niederschlug. Der Siegeszug des wirtschaftlichen Liberalismus, der geistesgeschichtlich und wirtschaftspolitisch um die Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Höhepunkt im Britischen Weltreich erfuhr, besaß ideengeschichtliche Ursprünge, deren Pfadentwicklungen schon früher erkennbar waren.<sup>6</sup> Das macht eine Untersuchung dieser Epoche und der EIC im Rahmen einer globalhistorischen Geschichte des ökonomischen Denkens so bedeutsam.<sup>7</sup>

Die dominierende Handelspraxis der frühneuzeitlichen europäischen Imperien im 18. Jahrhundert war die staatlich sanktionierte Übertragung von Monopolrechten an private Handelsgesellschaften, die im Auftrag des Staates den Ausbau der wichtigen Handelsstützpunkte oder Siedlungskolonien und die Etablierung von Faktoreien in Übersee vorantrieben und so den Kontakt und Austausch mit Europa sicherstellten.<sup>8</sup> Die EIC bildete dabei nur eine von vielen sog. merkantilen Handelsgesellschaften ihrer Epoche.<sup>9</sup> Ab Mitte des 18. Jahrhunderts wurde die EIC dann schließlich

---

<sup>6</sup>„The East India Company Charter Act of 1813 [...] has been viewed by historians as a significant event in the emergence of British commitment to free trade“, Webster, Anthony: The political economy of trade liberalization: the East India Company Charter Act of 1813, in: *Economic History Review*, Jg. 43 (3, 1990), S. 404; „It has been seen as one early episode in the longer history of 'the imperialism of free trade' or the imperialism of 'gentlemanly capitalism'“, Bayly, Christopher A.: The first age of global imperialism, c. 1760–1830, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History*, Jg. 26 (2, 1998), S. 29.

<sup>7</sup>Im Fokus der Imperial History steht die sog. imperial agency, d.h. die Darstellung der Entscheidungsträger und institutionellen Veränderungen innerhalb einer globalen, interkulturellen und transnational verflochtenen Herrschaftsform eines Imperiums, vgl. Münkler/ Straßenberger, *Ideengeschichte*, S. 369-385; und vgl. Bowen, *Business*, S. x.; die Verbindung von einer Geschichte des ökonomischen Denkens mit globalhistorischen Ansätzen wird überdies als New Imperial History von klassischen Ansätzen der Nationalhistorien abgegrenzt, vgl. von Hirschhausen, Ulrike: *A New Imperial History? Programm, Potential, Perspektiven*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 41 (2015), S. 719.

<sup>8</sup>Nicht-staatliche Akteure nehmen in der Frühphase des Kolonialismus und der Globalisierung eine gewichtige Rolle ein, denn den frühneuzeitlichen Staaten fehlten die logistischen und finanziellen Möglichkeiten zu solchen Unternehmungen, allerdings waren auch deren Kontrollmechanismen zur Ausübung und Überwachung jener Handelsgesellschaften begrenzt, was jenen Gesellschaften eine große Machtfülle gab, vgl. Carlos, Ann: *Principal-Agent Problems in Early Trading Companies: A Tale of Two Firms*, in: *The American Economic Review*, Jg. 82 (2, 1992), S. 140-145.

<sup>9</sup>Die EIC war eine Aktiengesellschaft, in der die Teilhaber in der Mitgliederversammlung, dem sog. Court of Proprietors (CoP), Einfluss auf die Politik der jeweiligen Geschäftsbereiche nahmen. Zudem war eine wesentliche Aufgabe der Vollversammlung, den Vorstand der Handelskompanie, den sog. Court of Directors, zu bestimmen. Die Vollversammlung kam einmal im Quartal zu ordentlichen Sitzungen zusammen; in besonderen Fällen auch zu außerordentlichen Sitzungen, wie beispielsweise im Zuge der Charter-Act-Verhandlungen. Die Teilhaber werden

zur bedeutendsten Fernhandelskompanie.<sup>10</sup> Mit der Ernennung zum Statthalter von Bengalen nach der Schlacht von Plassey 1756 wurde die EIC zu einer „Kolonialagentur“<sup>11</sup>, die in den folgenden Jahrzehnten sukzessive weitere Gebiete unter ihre Kontrolle brachte. Die politische Stärke der EIC ergab sich ferner aus dem Monopol auf den lukrativen Teehandel mit den chinesischen Küstenstädten, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts einen Großteil der Handelsumsätze ausmachte. Diese Monopolstellungen bildeten die zentralen Geschäftssäulen der EIC.<sup>12</sup> Beide Privilegien sollten aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts von verschiedenen Akteuren herausgefordert werden.

Mit der Machtakkumulation der EIC in der kolonialen Peripherie ging auch ein gesellschaftlicher Wandel in der imperialen Metropole einher.<sup>13</sup> Einerseits sorgten die Reichtümer der Heimkehrer der EIC (engl. Nabobs) teils für Neid, Missgunst und politische Eifersucht innerhalb der englischen Öffentlichkeit, andererseits wurde die EIC selbst auch Gegenstand heftiger Kritik, die sich aus den Erzählungen über Unruhen und Hungersnöten sowie den Schilderungen der Herrschaftspraxis der führenden Persönlichkeiten der EIC und derer Beamten in Südasien speisten: oftmals handelten sie von grassierender Korruption, Vetternwirtschaft, einer Gewaltherrschaft und Dekadenz sowie der Ausbeutung der indischen Bevölkerung.<sup>14</sup> In jener Konfliktstellung opponierender Akteure, die um die Vormachtstellung im Asienhandel kämpften, lag ein wesentliches Merkmal der Genese des britischen Imperialismus.<sup>15</sup> Die Interessen privater Händler, Bankiers und ausgeschlossener Manufakturenbesitzer, die in Südasien und Südostasien Geschäfte machen wollten, auf der einen Seite und der EIC auf der anderen Seite bildeten ein Spannungsmoment des sich formierenden

---

von Cyril H. Philips entlang bestimmter Interessengruppen (engl. interests) eingeteilt: „Indian“, „Company/ City“, und „Shipping“, vgl. Philips, Cyril H.: *The East India Company 1784 to 1834*, Manchester 1940 (Repr. [Nachdr.] Manchester 1961), S. 23ff; und vgl. auch Desai, Tripta: *The East India Company. A Brief Survey From 1599–1857*, New-Delhi 1984, S. 230f.

<sup>10</sup>Wong, Roy Bin: Möglicher Überfluss, beharrliche Armut. Industrialisierung und Welthandel im 19. Jahrhundert, in: Sebastian Conrad/ Jürgen Osterhammel (Hg.): *1750– 1870. Wege zur modernen Welt*, München 2016, S. 265. Es soll hier nicht erörtert werden, inwiefern die EIC schon vor dem 18. Jahrhundert eine wesentlich semi-staatliche Struktur (engl. company-state) aufwies, vgl. hierzu etwa Stern, Philip J.: *The Company-State, Corporate Sovereignty and the Early Modern Foundation of the British Empire in India*, Oxford 2011.

<sup>11</sup>Schuppert, Gubbar Folke: *Verflochtene Staatlichkeit. Globalisierung als Governance-Geschichte*, Frankfurt/ New York 2014, S. 50; die Geschichte des „Transformationsprozess der englischen Handelsgesellschaft zur Administrationsorganisation“ wird übersichtlich dargestellt bei Mann, Michael: *Bengalen im Umbruch. Die Herausbildung des britischen Kolonialstaates 1754–1793*, Stuttgart 2000, S. 6f.

<sup>12</sup>Greenberg, Michael: *British Trade and the Opening of China 1800–1842*, Cambridge 1952, S. 5ff. Über den Handel mit den indischen Rohstoffe (wie z.B. Baumwolle und insbesondere Opium) und Textilien gelang es den Briten, nach den verlustreichen Geschäften des sog. Old China Trade des 15. bis 17. Jahrhunderts eine Umkehrung der Handelsbilanzen zu erreichen.

<sup>13</sup>Vgl. Bowen, Huw V.: *Gentlemanly Capitalism and the Making of a Global British Empire: Some Connections and Contexts, 1688-1815*, in: Shigeru Akita (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism and Global History*, New York 2002, S. 19-42.

<sup>14</sup>Vgl. Webster, Anthony: *Gentlemen Capitalists. British Imperialism in South East-Asia. 1770– 1890*, London/ New York 1998, S. 13f; Bowen, Business, S. 6, 12. Der Ausdruck „Nabob“ ist eine Verballhornung des indischen Ausdrucks für „Nawab“, einem indischen Fürstentitel. Diese sog. Nabobs wurden seitens der kritischen zeitgenössischen Kommentatoren als Ausdruck der sog. Old Corruption kompromittiert.

<sup>15</sup>Ausführliche Darstellungen zu den verschiedenen Forschungsansätzen der sog. imperial history und der Genese des britischen Imperialismus bei: Webster, Anthony: *The Debate on the Rise of the British Empire*, Manchester 2006; und: Lütt, Jürgen: *Das moderne Indien, 1498 bis 2004*, München 2012, S. 125-194.

kolonialen Staates im ausgehenden 18. Jahrhundert. Ungeachtet jener Konfliktlinien blieb die Machtbasis der EIC bis 1800 aber weitestgehend gefestigt.

Die beschriebenen Entwicklungslinien kulminierten um die Jahrhundertwende in einer Zuspitzung der Konfliktherde, das bis dahin stabile Machtfundament der EIC erodierte.<sup>16</sup> Modelltheoretisch lassen sich die Entwicklungen in einer Neuausrichtung der institutionellen Ordnung beschreiben.<sup>17</sup> Neue Akteure, wie die Agency Houses und die industriellen Interessenverbände Nordenglands und Schottlands, agitierten erfolgreich gegen die bestehende Wirtschaftsordnung. Seit 1812 war die Glasgow East India Association (GEIA) ein machtvoller Gegenspieler der EIC, die als Dachorganisation verschiedener Organisationen in der Aufhebung der Monopolstellung das gemeinsame Ziel definierte.<sup>18</sup> So konnte die EIC 1793 in den Charter-Act-Verhandlungen noch eine Aufhebung der Monopolstellung verhindern, musste diese aber zwanzig Jahre später verloren geben, wie Yukihiisa Kumagai aufzeigt.<sup>19</sup> Die kosten- und zeitintensive Lobbyarbeiten demonstrieren eindrucksvoll, wie hoch die Transaktionskosten waren, einen institutionellen Wandel anzustoßen, beweisen aber auch, dass die Akteure die damaligen wirtschaftspolitischen Umstand als günstig für einen Politikwechsel beurteilten und so das Risiko eingingen.<sup>20</sup> Im House of Commons bildeten mehrere Abgeordnete seit jeher eine einflussreiche „Phalanx of MP's“<sup>21</sup>, die die Interessen der EIC verteidigten, doch waren diese Abgeordneten zunehmend untereinander zerstritten und verloren nach den Wahlen von 1812 Sitze und Einfluss. Wie die Quellenlage zeigt, war neben einer tiefgreifenden Veränderung der Handelspolitik die zunehmende Industrialisierung und der Machtzuwachs der nordenglischen und schottischen Manufakturen für den institutionellen Wandel ursächlich, der aber erst über eine veränderte Werteformation die Form einer Neuausrichtung erreichen konnte.<sup>22</sup>

In der vorliegenden Arbeit wird der institutionelle Wandel modelltheoretisch auch die eine

---

<sup>16</sup>Vgl. Webster, Anthony: The strategies and limits of gentlemanly capitalism: the London East India agency houses, provincial commercial interests, and the evolution of British economic policy in South and South East Asia, 1800-1850, in: *Economic History Review*, Jg. 59 (4, 2006), S. 745.

<sup>17</sup>Die Begriffe Institutionengefüge, Wirtschaftsordnung und institutionelles Ordnungssystem werden im Folgenden kongruent genutzt.

<sup>18</sup>Ausführliche Studien zu den einzelnen Akteuren bei Kumagai, Yukihiisa: *Breaking into the Monopoly. Provincial Merchants and Manufacturers' Campaigns for Access to the Asian Market, 1790–1833*, o.O. 2012, S. 33-73.

<sup>19</sup>Vgl. Kumagai, Yukihiisa: *The Lobbying Activities of the Provincial Mercantile and Manufacturing Interests against the Renewal of the East India Company's Charter, 1812–1813 and 1829–1833*, Glasgow 2008.

<sup>20</sup>Interessant ist hierbei der Hinweis von Douglass C. North, dass diejenigen Ordnungssysteme, die monopolistische Beschränkungen aufweisen, starke Anreize zum institutionellem Wandel bieten, da ausgeschlossene Akteursgruppen und Organisationen ein erhöhtes Interesse daran haben werden, diese Ordnungen aufzubrechen, um an den Profiten zu partizipieren, vgl. North, *Wirtschaftsleistung*, S. 82.

<sup>21</sup>Webster, Anthony: *The Twilight of the East India Company. The Evolution of Anglo-Asian Commerce and Politics 1790–1860*, Woodbridge 2009, S. 76.

<sup>22</sup>Insbesondere die sog. London East India agency houses waren verstärkt Thema der Forschungen der letzten Jahre: „The emergence in London during the early nineteenth century of commercial groups interested in the trade with India has received rather less attention from historians, who have tended to be preoccupied with provincial interests such as the cotton industry“, Webster, *Strategies*, S. 743; solche Ansätze bilden akteurszentrierte Ergänzungen der traditionellen Analysen ökonomischer Strukturwandel, vgl. beispielsweise: McNabb, David E.: *A Comparative History of Commerce and Industry, Volume I: Four Paths to an Industrialized World*, Basingstoke 2016.

Veränderung der normativen Wertegrundlagen innerhalb der Gesellschaft abbilden.<sup>23</sup> Schon North schreibt in seinem Klassiker der Wirtschaftsgeschichte von 1992, „daß Institutionen durch Senkung des Preises, den wir für unsere Überzeugungen bezahlen, Ideen, Dogmen, Moden und Ideologien zu wichtigen Ursachen institutionellen Wandels werden lassen“<sup>24</sup>. Ideologien sind institutionelle Elemente, räumlich und zeitlich an spezifische historische Rahmenbedingungen geknüpft, und werden im Folgenden als sog. Kulturrationalität umschrieben.<sup>25</sup> Die Fokussierung auf die mentalen Handlungsspielräume der Akteure, die Pfadabhängigkeiten und den Wandel von Institutionen gelten mithin als wichtige Ursachen eines tiefgreifenden Politikwechsels. Der Neoinstitutionalismus stellt die theoretischen Begrifflichkeiten und kann über eine solche Fundierung verstehen helfen, „dass Ideen, Einstellungen, Wissensbestände und Überzeugungen politischer Akteure, die zweifellos eine ausschlaggebende Rolle bei der Formulierung und Durchführung politischer Lösungskonzepte spielen“<sup>26</sup> in dieser Phase einer politischen Weichenstellung von zentraler Bedeutung waren.

Ein akteurszentrierter Institutionalismus rückt methodologisch die Perspektive der Verhandlungspartien in den Fokus:<sup>27</sup> die britische Regierung und derer untergeordnete Behörden, die EIC und derer verschiedene Gremien sowie die Lobbygruppen. Richard Tilly schreibt, dass die Untersuchung der Wirtschafts- oder Handelspolitik in historischer Perspektive auch Aussagen über die dominierende Ordnungspolitik zulassen, d.h. qualifizierte Urteile über die Motive und Werteformationen der Akteure.<sup>28</sup> In den Charter-Act-Verhandlungen wurde sowohl über die Ausrichtung der Handelspolitik als auch die vorherrschende Ordnungspolitik für die kommenden Jahrzehnte entschieden. Die Kombination aus theoretischer Reflexion des Neoinstitutionalismus und einer akteurszentrierten Perspektive ermöglicht es, „von einer multikontextuellen und multikausalen Einbettung von Organisationen in ihr gesellschaftliches Umfeld“<sup>29</sup> ausgehend, strukturelle und

---

<sup>23</sup>„Kernbegriffe in der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie sind Institutionen, institutionalisierte Regeln, Erwartungen oder Vorstellungssysteme bzw. Interpretationsschemata.“, Walgenbach, Peter/ Meyer, Renate: Neoinstitutionalistische Organisationstheorie, Stuttgart 2008, S. 55; Douglass C. North definiert Institutionen als „Spielregeln einer Gesellschaft“, die den Wahlbereich des Einzelnen und von Organisationen bestimmten und limitieren. So reichen Institutionen von kodifizierten Formen regelbasierter Systeme bis hin zu rein vage gehaltenen und lediglich als Erwartungshorizonte bestimmten Normen, Sitten und Weltanschauungen, vgl. North, Douglass C.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen 1992, S. 4 ff.

<sup>24</sup>North, institutioneller Wandel, S. 100.

<sup>25</sup>Vgl. Walgenbach/ Meyer: Neoinstitutionalistische Organisationstheorie, S. 151ff; und hierzu auch Jungkind, Thilo: Grundelemente institutionalistischer Theorie, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, S. 34. Diese Rationalität besagt, dass „die Erwartungen dieses gesellschaftlichen Umfeldes [...] das Ergebnis der Spielregeln [sind], die sich die Gesellschaft auferlegt hat“, sodass „dessen Definition von Nutzen sich an individuellen Präferenzen, Fähigkeiten, Wahrnehmungen und Mentalitäten orientiert“, die gleichsam historisch-kulturell bedingt sind.

<sup>26</sup>Csigó, Monika: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive, Wiesbaden 2006, S. 22.

<sup>27</sup>Vgl. Lutz, Martin: Akteurszentrierter Institutionalismus, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Stuttgart 2015, S. 48-52.

<sup>28</sup>Vgl. Tilly, Richard: Vorwort, in: Ders.: Geschichte der Wirtschaftspolitik: vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft, München/Wien 1993, S. 2.

<sup>29</sup>Jungkind, Thilo: Neoinstitutionalismus, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Stuttgart 2015, S. 34.

kulturwissenschaftliche Ansätze zu verbinden.

Ein institutioneller Wandel ist zusätzlich abhängig von exogenen Faktoren, weshalb die Differenzierung verschiedener Grade institutioneller Wandlungsprozesse notwendig ist, um der Vielzahl an Dispositionen gerecht zu werden. Das Modell des institutionellen Wandel von Monika Csígyó basiert auf einer solchen Differenzierung und dient als Analyseschema. Ihrer Definition nach konstituieren die Basisinstitutionen die kulturell-kognitive Wahrnehmung aller gesellschaftlicher Akteure, auch der im vorliegenden Fall relevanten Entscheidungsträger des Britischen Weltreiches. Kommt es zum Bruch der „geistigen Grundlagen der Institutionen“<sup>30</sup>, muss man erörtern, wie stark dieser Umbruch ist. Folgt man Csígyó, so ist in dem Fall, in dem nur eine Institution oder ein Politikfeld von einem solchen Umbruch betroffen bzw. neu ausgerichtet ist – und nicht das gesamte institutionelle Arrangement –, ihrer Terminologie nach von einer sog. Neuausrichtung zu sprechen. Für den konkreten Fall der Charter-Act-Aushandlung von 1811–1813 ist solch eine Neuausrichtung als Hypothese erkenntnisleitend.

Das Werk Adam Smiths von 1776 bildet ein wirkungsmächtiges Exponat des wirtschaftlichen Liberalismus, als Ideologienkomplex zirkulierte der Liberalismus aber bereits Jahre zuvor schon innerhalb der gebildeten Mittel- und Oberschichten des Britischen Weltreiches.<sup>31</sup> Im Zusammentreffen von Krisen- und Schockereignissen um 1800 aber verloren erst die tradierten Wertvorstellungen und traditionellen merkantilen Handelsgesellschaften an Vertrauen. Den liberalen Gedanken wuchs so ein Nährboden, der notwendig war, auch innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Schichten entsprechende Resonanzen zu erzeugen. So eindeutig man von einem „Strukturwandel des ökonomischen Denkens“<sup>32</sup> sprechen kann, so schwierig zeigt es sich allerdings, die Handelspolitik vor dem 19. Jahrhundert allein mit dem Schlagwort des Merkantilismus zu umschreiben: „Vielmehr lassen sich regional unterschiedliche Ausprägungen und hybride Erscheinungsformen erkennen, die das traditionelle Bild des Merkantilismus zunehmend in Frage stellen“<sup>33</sup>, so Christian Kleinschmidts Urteil. Und dennoch forderten die neuen ökonomischen Denkweisen die bis dato als angemessen geltenden Praktiken heraus und gewannen in Kombination mit den politischen und ökonomischen Herausforderungen eine ideologische Wirkungsmächtigkeit, die „den Zerfall der alten Vorstellungen zugunsten eines stärker auf individuelle Interessen, auf Eigennutzorientierung und individuellen Erwerbsstreben setzenden Weltbildes“<sup>34</sup> begünstigten.

Die beiden genannten wirtschaftspolitischen Ordnungs- oder Leitideen des Liberalismus und

---

<sup>30</sup>Csígyó, Lernprozesse, S. 181.

<sup>31</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 6. Ohne tief auf die Genese einzugehen, sei hierbei vor allem auf die transnationalen Wissenstransfers, insbesondere auf die Einflüsse der französischen Physiokraten verwiesen, die einen erheblichen Anteil an der Entstehungsgeschichte des wirtschaftlichen Liberalismus trugen.

<sup>32</sup>Kleinschmidt, Christian: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Die Weltwirtschaft 1500–1850, München 2017, S. 69.

<sup>33</sup>S.o.

<sup>34</sup>Kleinschmidt, Wirtschaftsgeschichte, S. 69.

Merkantilismus werden in der vorliegenden Arbeit als sog. Sinnsysteme verstanden. Gemäß des Neoinstitutionalismus konstituieren sich aus Akteuren, ihren Sinnsystemen und Themen, die zur Disposition stehen, sog. organisationale Felder, die die beschriebene Verflechtung von Akteuren mit der gesellschaftlichen Umwelt widerspiegeln.<sup>35</sup> Dass die EIC als die zentrale merkantile Handelsorganisation um 1800 dramatisch an Durchsetzungsmacht einbüßte, lag demnach an einem Rückgang von Vertrauen in ihre Kompetenzen. So gewannen alternative Handlungsoptionen der rivalisierenden Akteursgruppen an Bedeutung, die sich in dem Bezug auf liberale Wahrnehmungsmuster zusätzlich von der EIC abgrenzten.<sup>36</sup> Diese Konfrontation gegensätzlicher Weltanschauungen und Lösungsansätze wurde letztlich durch die Entscheidung des britischen Parlaments zugunsten der Monopolgegner entschieden.<sup>37</sup> Die jeweiligen Begründungs- und Argumentationsmuster der Akteure und Organisationen, die diese Entscheidung im Parlament beeinflussten, stehen im Zentrum der Analyse.<sup>38</sup>

Eine qualitative Textanalyse der jeweiligen Muster operationalisiert die Ordnungssysteme, indem ausgewählte Textbeispiele aus den Vorverhandlungen spezifische Merkmale jener Systeme in Form sog. Ankerbeispiele im operationalen Feld exemplifizieren.<sup>39</sup> Der Court of Directors (CoD) und das Board of Control (BoC) steckten im Vorfeld der Charter-Act-Verhandlungen zwischen 1807 und 1809 Ansprüche und Zielvorstellungen der Parteien ab. Die ideologischen Grunddispositionen der Akteure werden daraus bereits deutlich. Im Abgleich mit den Aussagen der eigentlichen Verhandlungen, die danach folgten, können qualifizierte Urteile zu dem ideologischen Wirkungsgrad gemacht werden, die den einzelnen Argumenten der Verhandlungspartner und Akteursgruppen innewohnen. Oder wie es Mayring formuliert: „Der qualitative Analyseschritt besteht dabei darin, deduktiv gewonnene Kategorien zu Textstellen methodisch abgesichert zuzuordnen.“<sup>40</sup>

---

<sup>35</sup>Vgl. Jungkind, Neoinstitutionalismus, S. 39f. Sinnsysteme bestimmen, wie Akteure bestimmte Themen wahrnehmen, interpretieren, darauf letztlich eingehen und wie sie Lösungskonzepte erstellen.

<sup>36</sup>Die EIC als das Symbol der merkantilen Werte galt in Teilen der Öffentlichkeit als kompromittiert, während im Zuge eines neuen staatlichen Nationalismus liberale Bürgergleichheiten und das Recht zur Partizipation in den britischen Handel eine attraktive und neue legitime Denkweise bildete. Die Vorgehensweise der Analyse orientiert sich überdies an der Darstellung zu Prozessen der (De-)Institutionalisierung, wie bei: Franz, Albrecht: Felder. Die Arbeitszeitsenkung im späten 19. Jahrhundert, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschaft- und Unternehmensgeschichte, Stuttgart 2015, S. 100f.

<sup>37</sup>Vgl. Walgenbach/ Meyer, neoinstitutionalistische Organisationstheorie, S. 85. Spannungen zwischen solchen Sinnsystemen wiederum sind maßgeblich verantwortlich für gesellschaftliche Unsicherheiten und das Bedürfnis, institutionelle Ordnungen wieder zu stabilisieren.

<sup>38</sup>Vgl. Wischermann, Clemens: Institutionelle Revolution versus Industrielle Revolution, in: Clemens Wischermann/ Anne Nieberding (Hg.): Institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 22-25.

<sup>39</sup>Es genügt für die Untersuchung, belastbare Kriterien aufzustellen, die als Maßstab für die Ankerbeispiele und die anschließende Beurteilung der Quellen dienen, vgl. hierbei: Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse, in: Forum Qualitative Sozialforschung | Forum: Qualitative Social Research, Jg. 1 (2, 2000), Art. 20 <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018]; und Schreier, Margrit: Varianten qualitativer Inhaltsanalysen: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten, in: Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, Jg. 15 (1, 2014), Art. 18 <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1401185> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].

<sup>40</sup>Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, Art. 13.

Im Fokus der Arbeit stehen die Verhandlungen zwischen dem BoC und dem CoD zwischen 1811 und 1813.<sup>41</sup> Diese beiden Organisationen verhandelten die Detail- und Fachfragen. Die gemeinsam entworfenen Entwürfe gingen danach erst ans Parlament.<sup>42</sup> Beginn der Sondierungen war der 30.09.1808. Robert Dundas (1771–1851) betonte in einem ersten Schreiben die Notwendigkeit gegenüber dem Committee of Correspondence (CoC), die Gespräche bald aufzunehmen. Einige Modifikationen an der Charter waren seiner Auffassung nach und in Anbetracht der damaligen politischen und wirtschaftlichen Umstände des Britischen Weltreiches unvermeidlich.<sup>43</sup> In den folgenden Korrespondenzen, die sich in teils wöchentlichen Briefwechseln bis zum 28.02.1809 zogen, wurden die Konsens- sowie auch Streitpunkte deutlich: die Fortführung der administrativen Kontrolle Britisch-Indiens seitens der EIC und die Beibehaltung der Monopolstellung im Chinahandel einerseits, und andererseits die Ausdehnung des Importhandels am Londoner Hafen für alle privaten Kaufleute, die aus Indien Waren brachten.<sup>44</sup>

Dundas leitete das BoC von 1807 bis 1812, kurzzeitig für sechs Monate 1809 unterbrochen, um dann ab 1811 nach dem Tod seines Vaters Henry Dundas (1742–1811) als 2<sup>nd</sup> Viscount Melville die Geschäfte fortzuführen.<sup>45</sup> Am 17.12.1811 wurden die Charter-Act-Verhandlungen seitens Lord Melville offiziell wieder aufgenommen. Beide Organisationen verständigten sich zügig auf einen Kompromiss, der London als Hafen für die privaten Händler öffnen sollte. Im März 1812 wurde dann allerdings Lord Melville ersetzt durch Lord Buckinghamshire (1760–1816). Diese Umbesetzung des BoC gilt als einschneidende Zäsur in den Verhandlungen. Lord Buckinghamshire war aufgrund

---

<sup>41</sup>Die gesamte Leitung der EIC im East India House in London wird als sog. home government umschrieben und war maßgeblich geprägt von Patronageverhältnissen und Gefälligkeiten der Direktoren untereinander. Seit dem Pitt's India Act von 1784 war das sog. Board of Commissioners (oder Kurzform: Board of Control) als ministeriale Behörde eingerichtet worden, um die politischen Aktivitäten der EIC zu überwachen. Die Kommunikation des BoC mit dem exekutiven Organ der EIC, dem sog. Court of Directors, der 24 Direktoren ausmachte, und der wiederum von einem Vorsitzenden (engl. chairman) und einen stellvertretenden Vorsitzenden (engl. deputy chairman) geleitet worden war, verlief zumeist über das sog. Secret Committee. Dieses auch als sog. „Cabinet Council“ beschriebene Komitee war aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einem weiteren hochrangigen Direktor zusammengesetzt. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmung, dass die Schreiben des CoD an das BoC innerhalb von zwei Wochen beantwortet werden mussten, etablierte sich zusätzlich in politischen Angelegenheiten, die keiner Verschwiegenheit unterlagen, in der Arbeit des sog. Committee of Correspondence die Praxis der inoffiziellen Absprachen (engl. „unofficially handed drafts“), um vorab und ohne zeitlichen Druck die Vorschläge zu sondieren. Das Verhältnis der leitenden Direktoren zum jeweiligen Präsidenten des BoC entschied oftmals darüber, wie gut die Zusammenarbeit der Organisationen verlief, Desai, Brief Survey, S. 228ff; und vgl.: Philips, East India Company, S.10ff.

<sup>42</sup>Die in der vorliegenden Arbeit genutzten Quellen der Charter-Act-Verhandlungen sind in einer Chronik aufgeführt; die interne Berichte des Committee of Correspondence an den CoD allerdings nicht, siehe: Anhang 4.

<sup>43</sup>Secret Committee of Correspondence, the 5<sup>th</sup> October 1808, in: Papers, S. 5; Das BoC bestand aus dem Secretary of State, dem Chancellor of the Exchequer und vier weiteren sog. Privy Councillors, und war somit direkt der Regierung unterstellt. Geleitet wurde es vom Präsidenten des BoC, der von dem Monarchen ernannt wurde und hierdurch den Rang eines Kabinettsmitglieds erhielt. Unterstützt wurde das BoC zudem durch weitere untergeordnete Sekretäre und Verwaltungsbeamte, vgl. Desai, Short Survey, S. 228.

<sup>44</sup>Vgl. Tripathi, Amales: Trade and Finance in the Bengal Presidency. 1793–1833, Delhi/ Bombay/ Madras 1979, S. xi.

<sup>45</sup>Henry Dundas leitete selbst das BoC (1793–1801) und galt als „champion of private trade“; sein Sohn arbeitete lange Jahre als Sekretär in dessen Diensten. Dundas war beeinflusst durch Leute wie David Scott (1746–1805), der als extrem erfolgreicher Händler in Bombay und später zudem als Direktor der EIC tätig war und die regulierte Öffnung des Indienhandels favorisierte, vgl. Bowen, Business, S. 231f.

persönlicher Animositäten ein Gegner der EIC und unterstützte gemeinhin radikalere Reformen.<sup>46</sup> Er forcierte eine Ausdehnung des Importhandels auf alle sog. outports, d.h. die Öffnung des Indienhandels für alle britischen Häfen. Dies hätte zugleich die Auflösung des Monopols im Indienhandel bedeutet.

Die Front zwischen Befürwortern und Gegnern einer Monopolstellung vertiefte sich in den folgenden Monaten. Die Gegner der EIC, darunter Lobbyverbände der nordenglischen und schottischen Manufakturen und einige Londoner Agency Houses, verlangten zusätzlich eine Abschaffung des Monopols des Chinahandels und eine Einführung des uneingeschränkten Residenz- und Mobilitätsrechtes in Südasiens, während man auf Seiten der EIC die Gefahr einer Destabilisierung der Region und der britischen Herrschaft (engl. Paramountcy) beschwor, die auf einen unkontrollierten Zustrom an Personen und Waren folgen würde.<sup>47</sup> Die Zahl der Pamphlete, Zeitungsartikel und Petitionen an das Unter- und Oberhaus nahmen in dieser Zeitspanne drastisch zu.<sup>48</sup> Die Verhandlungen wurden bis zum Jahresende 1812 fortgesetzt, doch musste sich die EIC dem Druck letztlich beugen. Zwar wurde bis zum Juni 1813 auch im Parlament noch weiter debattiert, das Monopol aber entgegen der Interessen der EIC schließlich aufgehoben. Jene späte Phase der Verhandlungen und Debatten war geprägt von einer grundlegenden Auseinandersetzung über die Frage der angemessenen Ausgestaltung der britischen Handelspolitik in Süd- und Südostasien; ideologische Argumentationen waren hierbei besonders häufig vertreten.

Die primären Quellen der Verhandlungen bilden die Quelleneditionen: „Papers respecting the Negotiation“, und noch: „Further Papers respecting the Negotiation“, die in fünfzehn Teile zergliedert, aber in einer gemeinsamen Pagination fortlaufend geführt sind.<sup>49</sup> Die anderen Quelleneditionen, wie etwa „Correspondence and Proceedings“ und auch „Preliminary debate“, enthalten ebenfalls die oben genannten Korrespondenzen. Peter Marshalls Quellenband stellt

---

<sup>46</sup>Philips, East India Company, S. 183.

<sup>47</sup>Beispielhaft hierfür ist die Publikation der EIC über die Szenarien, die für den Fall einer Erweiterung des privaten Handelsgeschäfts im Indischen Ozean bis nach Ostasien durchgespielt werden. Auch wird die sog. paramountcy of British India herausgestellt, d.h. die politische Kontrolle über die direkt und indirekt kontrollierten Gebiete Südasiens, die reine ökonomische Interessen überwogen, siehe: Considerations on the Danger, S. 30.

<sup>48</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 183. Beispiele solch tendenziös verfasster Pamphlete sind auf Seiten der Monopolgegner etwa: Free trade; or, an inquiry into the pretensions of the Directors of the East India Company, to the exclusive trade of the Indian and China Seas: addressed to the great body of the merchants and manufactures of the United Kingdom, hrsg. von John Gold, London 1812; und: Lee, Thomas: The right of every British merchant to trade within the geographical limits defined by the charter of the East India Company, vindicated; with important, authentic, and hitherto unpublished documents, peculiarly applicable to the question of a modified open trade to China, uncontroled by the Company's agents, factors, or servants, an affording a satisfactory reason why the tonnage to that country assigned by Parliament has not been occupied, London 1812; und auf Seiten der Monopolbefürworter etwa: A Defence of the Company's Monopoly, hrsg. v. o.V., o.O. 1813, in: Marshall, Peter J. (Hg.): Problems of Empire, o.O. 1968 (Repr. [Nachdr.] o.O. 2000), S. 229-230.

<sup>49</sup>Wie bei Pickett werden diese Editionen deshalb unter denselben Zitationen geführt. Ebenso werden alle maßgeblichen Quellen im Abkürzungsverzeichnis detailliert aufgeführt und im weiteren Verlauf mit Bezug auf die Lesefreundlichkeit gekürzt zitiert. Auch Organisationen und Theoriegebilde werden, wie bereits geschehen, im Anschluss an die Erstnennung entsprechend abgekürzt.

ausgewählte Schriftstücke in den Fokus, die auf spezifische Problemlagen im Britischen Weltreich exemplarisch hinweisen.<sup>50</sup> Der dargelegte Quellenkorpus reicht zur hinreichenden Analyse aus, da die Verhandlungen innerhalb einer „öffentliche Arena“ geführt wurden, d.h. die Aussagen und deren Wertehalt gibt auch die Position der politischen Körperschaft wider. Der Bedeutung der Organisationen für das Britische Weltreich entsprechend zeigen also die dortigen Aussagen, welchen Stellenwert die jeweils gängigen Leitideen in den politischen Diskursen hatten.<sup>51</sup> Das Standardwerk von Philips über die EIC von 1940 gibt darüber hinaus eine gute Zusammenfassung der Quellenlage als auch eine Übersicht der relevanten Akteure.<sup>52</sup> Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt aber auf den beiden Verhandlungsparteien, dem BoC und CoD,<sup>53</sup> da sich das Parlament den Angelegenheiten Britisch-Indiens lange indifferent gegenüber verhielt, in der Schlussphase zwar Austragungsort von heftigen Debatten wurde, insgesamt aber eben nicht die große Bedeutung innerhalb der Aushandlungen besaß, wie bereits dargelegt.<sup>54</sup> Im Abgleich mit der Bibliographie von Catherine Pickett, die alle Bücher, Pamphlete, Periodika, Karten und sonstigen Drucke aufführt, die in dem Zeitraum 1811 bis 1813 zur Thematik der Charter-Act-Verhandlungen entstanden sind, ergibt sich so ein geschlossenes Bild der relevanten Quellen.<sup>55</sup>

---

<sup>50</sup>In der Forschung spricht man oftmals von einem ersten Britischen Weltreich bis 1786 und danach von einem zweiten Britischen Weltreich. Eine Einteilung, die von den Umwälzungen infolge der Amerikanischen Unabhängigkeit und der Orientierung Großbritanniens vom Atlantik in den Indischen Ozean ausgeht, vgl. Marshall, Peter J.: Introduction, in: Ders. (Hg.): Problems of Empire, o.O. 1968, S. 16.

<sup>51</sup>Motive, Normen und Zielvorgaben von Individuen liegen in den meisten Fällen nicht offen vor, was sowohl strategische oder machtpolitische Gründe haben kann. Politische Körperschaften hingegen repräsentieren offen eine politische Institution und vermitteln darüber ein kulturell-politisches Selbstverständnis. Solche Organisationen debattieren folglich öffentlich, was das Politische (d.h. die gesellschaftlich vorherrschende Deutung von Erwartungshorizonten) sei, vgl. Münkler, Herfried/ Straßenberger, Grit: Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung, München 2016, S. 26f., und: Senge, Konstanze: Das Neue am Neo-Institutionalismus. Der Neo-Institutionalismus im Kontext der Organisationswissenschaften, Wiesbaden 2011, S. 166ff.

<sup>52</sup>Vgl. Philips, The East India Company, S. 349-353.

<sup>53</sup>Petitionen, Berichte und Stellungnahmen dritter Parteien werden lediglich als Ankerbeispiele für die liberalen und merkantilen Sinnsysteme herangezogen, um die Einflussnahme jener Lobby- und Interessengruppen auf die Verhandlungen einerseits und deren Beeinflussung durch wirtschaftsliberale oder merkantile Ordnungsgedanken andererseits zu verdeutlichen.

<sup>54</sup>Der Index des Journal of the House of Commons gibt einen guten Überblick der Themen und Frequenzen, in denen im Zeitraum 1800 bis 1813 über Fragen der EIC im Allgemeinen und die Handelsfragen im Speziellen debattiert worden waren, siehe: General Index to the Journal of the House of Commons; 1801–1820, London 1825, S. 62-63. Für die zu untersuchende Periode sind die Angaben aus dem Heften von Relevanz: The Journal of the House of Commons, Jg. 45 - 48. Dank der Digitalisierungen des britischen Parlaments sind zudem viele Sitzungen und Debatten online einsehbar unter: House of Parliament: <http://hansard.millbanksystems.com> [zuletzt eingesehen am: 31.10.2017]; darin sind von Bedeutung die Petitionen einiger Branchenverbände aus Nordengland, die im Frühjahr 1812 eingebracht worden waren; beispielsweise am 05.02., 08.02., 09.02., 10.02., 22.02. oder am 19.03.1812. Die Ausschüsse der britischen Parlaments erarbeiteten überdies zwischen 1808 und 1812 fünf sog. reports zu den verschiedensten Themen Britisch-Indiens, um so die Abgeordneten umfassend auf die Charter-Act-Verhandlungen vorzubereiten; für die vorliegende Arbeit von Interesse ist hierbei der vierte Bericht, siehe: Fourth report from the Select Committee on the Affairs of the East India Company, hrsg. von dem House of Commons, Bd. 4: Select Committee on the Affairs of the East India Company, London 1812.

<sup>55</sup>Vgl. Pickett, Catherine: Bibliography of the East India Company. Contemporary Printed Sources. 1786–1858, London 2015, S. vii-ix; vgl. auch, Philips, Company, S. 350. Philips gab in seinem Werk an, dass die Quelleneditionen der von der EIC in Auftrag gegebenen Verlage vollständig sind; allerdings wird in seinem Quellenverzeichnis nicht abschließend deutlich, welche der verschiedenen Quelleneditionen, die im Namen ähnlich und zwischen 1812 und 1813 publiziert worden sind, letztlich in seinen Verweisen gemeint sind. Fakt ist aber, dass die im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten Korrespondenzen tatsächlich vollständig sind, was durch den Abgleich mit

Der Charter-Act 1813 wird gemeinhin als Meilenstein beurteilt auf dem Weg zur verstärkten staatlichen Kontrolle Britisch-Indiens und den Konzessionen an den sog. private trade, also den Bestrebungen privater britischer Händler zur Öffnung der monopolisierten Handelswege.<sup>56</sup> Auf die Öffnung folgten sowohl eine forcierte Kolonialisierung Südasiens als auch die Konsolidierung der Vorherrschaft des Britischen Weltreiches im fortschreitenden globalen Handelsnetzwerk.<sup>57</sup> Flankiert wurde dieser „decisive break with the past“ von einer voranschreitenden Industrialisierung Großbritanniens und den politischen Transformationen in Europa und Übersee im Zuge der Französischen und Amerikanischen Revolution.<sup>58</sup> All diese Transformationen förderten zwar einen Wohlstand, doch forcierten die schnelllebigen Entwicklungen auch gesellschaftliche Unsicherheiten, was sich in einem imperialen Nationalismus manifestierte.<sup>59</sup> Christopher A. Bayly bezeichnet die Epoche gleichsam als „Britain's New Imperial Age“.<sup>60</sup> Wichtig ist an dieser Stelle abermals der Hinweis, dass ökonomische und politische Umwälzungen zwar Wandlungsprozesse initiieren, nicht aber die alleinige Ursache sind. Stattdessen wirken interkulturelle und transnationale Verflechtungen langfristig auf die institutionellen Rahmenbedingungen ein und können Verschiebungen anstoßen; vage Hoffnungen und diffuse Ängste sind hierbei zentral. Solche institutionellen und ideologischen Verschiebungen hätten den Zeitraum von 1790 bis 1830 stärker noch als die Entwicklungen der Industrialisierung beeinflusst, so Bayly.<sup>61</sup>

Die Gentlemanly Capitalists-These ist für die vorliegende Arbeit bedeutsam. Die imperiale Agenda des Britischen Weltreiches ist dieser Konzeption nach von verschiedenen Interessengruppen in Großbritannien gestaltet worden, die die Klasse der sog. Gentlemanly Capitalists ausmachen.<sup>62</sup> Diese heterogene Gruppe aus Händlern, Landbesitzern und Politikern hätte den Einfluss der nordenglischen und schottischen Industriellen in Fragen der Beeinflussung der imperialen Agenda deutlich

---

dem Index des Journal of the House of Commons bewiesen ist, siehe: General Index to the Journal of the House of Commons; 1801–1820, London 1825, S. 67.

<sup>56</sup>Webster, Anthony: Reassessing Gentlemanly Capitalism: British Economy Interests and Colonial Policy in Asia, 1790–1860, in: Toyin Falola/ Emily Brownell (Hg.): Africa, empire and globalization: essays in honor of A.G. Hopkins, Durham 2011, S. 274ff.

<sup>57</sup>Vgl. Habib, Irfan: Indian Economy under Early British Rule, 1757–1857, Delhi 2014, S. 62ff. Und institutionstheoretisch kann man nach Clemens Wischermann von der sukzessiven Durchsetzung effektiver und effizienter Institutionen sprechen, die eine Markt- und Wettbewerbsordnung schufen, über die erst die Industrialisierung erheblich begünstigt und zum gesellschaftlich umfassenden Prozess gesteigert werden konnte, vgl. Wischermann, Clemens/ Nieberding, Anne: Vorwort, in: Dies. (Hg.): Institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 9.

<sup>58</sup>Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 274.

<sup>59</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 7.

<sup>60</sup>Bayly, Christopher A.: Imperial Meridian. The British Empire and the World. 1780–1830, London/ New York 1989, S. 100ff. Für eine adäquate Erklärung der Wandlungsprozesse und der Entstehung des Hochimperialismus sei die Untersuchung der Epoche um 1800 unbedingt notwendig. Die Expansion und Konsolidierung des Britischen Weltreiches war zwar auch eine Konsequenz ökonomischer Entwicklungen, doch vielmehr noch eine Folge von Ängsten der Oberschicht vor einem Statusverlust, sozialer Desintegration und scheinbaren militärischen wie auch ideologischen Herausforderungen seitens der anderen Großmächte.

<sup>61</sup>Bayly, Meridian, S. 102f.

<sup>62</sup>Eine mögliche Definition: „Landowners, merchants, financiers, professions and other non-industrial economic interests based in London“, siehe: Kumagai, Lobbying Activities, S. 1 und S. 15ff.

überwogen; die Inhaber der sog. Agency Houses werden den Gentlemanly Capitalists zugerechnet.<sup>63</sup> Diese Gruppe verfolgte eine Politik der Stabilität und Sicherheit. In den Forderungen der Industriellen nach einer teilweisen Öffnung des Monopols sahen sie eine Chance, die ökonomischen und politischen Krisen zu überwinden.<sup>64</sup> Die liberale Forderung nach einer Gleichbehandlung britischer Bürgern gewann so auch innerhalb etablierten englischen Mittel- und Oberschicht eine enorme Attraktivität.

Anthony Websters Untersuchungen zeigen, dass der Einfluss von Eigentümern der Agency Houses, die er als zentrale Akteure der sog. Gentlemanly Capitalists jener Epoche ausmacht, auch in der EIC zunahm.<sup>65</sup> So verlangten einige der Direktoren der EIC eine Öffnung Londons für alle privaten Händler und einen gemäßigten „trend towards liberalization of the Asian trade“.<sup>66</sup> Huw V. Bowen zeigt in seinen Studien auf, wie einige der Direktoren ab 1793 als Teilhaber der Agency Houses Einfluss auf die Ausgestaltung der neuen imperialen Agenda nahmen. Sie unterstützten die Forderungen nach Konzessionen an die privaten Händler, spalteten damit aber zugleich das Direktorium der EIC nachhaltig, wodurch es geschwächt in die Verhandlungen mit dem BoC ging.<sup>67</sup> Stanley D. Chapman schreibt, dass insbesondere die provinziellen Manufakturen aus Nordengland und Schottland im Vergleich zu den Londoner Agency Houses über wenig bis gar keine Erfahrungen und Kenntnisse des asiatischen Marktes verfügten, die zaghafte Handelsversuche in dem Textilgeschäft um 1811 aber so lukrativ waren, dass es Anreize innerhalb der privaten Händlerschaft schuf, in Asien stärker zu investieren.<sup>68</sup> Dieses vielschichtige Beziehungs- und Interessengeflecht begünstigte also eine Aufhebung der Monopolstellung der EIC. Seit 1793 hatten zahlreiche alte und neue Akteure in dem britisch-indischem Handel die Möglichkeit ausgemacht, die Verluste der Kriege in Europa zu kompensieren und überdies die gleichen Rechte im Übersee zu erhalten, die

---

<sup>63</sup>Eine in der Forschungslandschaft gemeinhin skeptischere Interpretation der historisch-ökonomischen Kennzahlen zum Wirtschaftswachstum besagt, dass langfristige, pfadabhängige Entwicklungsmuster hervorgehoben werden müssten. Erst so begreife man die Bedeutung der „non-industrial economic interests“ für die Entwicklung des britischen Imperialismus, vgl. ebd., S. 11f.

<sup>64</sup>Vgl. ebd., S. 16.

<sup>65</sup>„Yet one important aspect of the Company's history has received surprisingly little attention, namely the process of political and economic change by which the Company was gradually replaced by new organisations and structures which came to shape colonial policy and manage the increasingly complex commercial relationship between Britain and Asia“, Webster, Twilight, S. 2.

<sup>66</sup>Vgl. ebd., S. 3ff. „The relationship between such key interest groups as the London East India agency houses and the Company was not one of outright antagonism.“ Diese Darstellung bildet eine Neujustierung seiner eigenen Forschungsarbeiten. In seiner Analyse der Charter-Act-Verhandlungen von 1813 betonte er noch die Bedeutung der britischen Regierung, die in strategischen Überlegungen zur Stabilität und Sicherstellung an Nahrungsmitteln und der öffentlichen Ordnung den Ausschlag gab, das Indienmonopol für alle britischen Händler zu öffnen; vgl. auch Webster, Anthony: The political economy of trade liberalization: the East India Company Charter of 1813, in: The Economic History Review, Jg. 43 (3, 1990), S. 405.

<sup>67</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 27-28. An prominenter Stelle steht hierbei Francis Baring (1740 - 1810), ein erfolgreicher Londoner Händler und Teilhaber der John and Francis Baring Company; vgl. auch Furber, Holden: The Beginning of American Trade with India, 1784-1812, in: Rosane Roher (Hg.): Private Fortunes and Company Profits in the India Trade in the 18<sup>th</sup> Century, London 1997, S. 257-259.

<sup>68</sup>Vgl. Chapman, Stanley D.: Merchant enterprise in Britain: from the Industrial Revolution to World War I, Cambridge 1992, S. 109.

amerikanischen Händler etwa besaßen; die USA hatten ihres neutralen Status' wegen erheblich von den Konflikten in Europa profitiert.<sup>69</sup> Im Zusammenspiel mit einer notorischen Kreditbedürftigkeit der EIC war das Vertrauen in tradierte merkantile Lösungsansätze zerrüttet und begünstigte letztlich erfolgsversprechende liberale Reformen.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich folgendermaßen: In dem nächsten Abschnitt wird das theoretische Begriffs- und Kategoriensystem weiter ausgebaut, auf dem die Analyse beruht. Fundament dieser Systeme ist der Neoinstitutionalismus und das Modell des institutionellen Wandels. Anschließend werden die abstrakten Modelle auf die konkreten historischen Prozesse, Akteure und Ideen übertragen. Diese Übersetzungsleistung soll plausibilisieren, dass um 1800 ein institutioneller Wandel des Grades einer Neuausrichtung stattfand. Die Analyse im Hauptteil wird entlang einer qualitativen Inhaltsanalyse die Bezugnahme der verschiedenen Akteure auf die jeweiligen ideologischen Sinnsysteme nachzeichnen. Die ideologischen Sinnfelder des Merkantilismus und wirtschaftlichen Liberalismus zeichnen sich durch bestimmte Merkmale aus, die es über konkrete Ankerbeispiele aus den Verhandlungen deutlich zu definieren gilt. Auf dieser Grundlage werden dann die Charter-Act-Verhandlungen in drei Zeitabschnitte aufgeteilt; der Wechsel an der Spitze des BoC von Lord Melville auf Lord Buckinghamshire im März 1812 gilt gemeinhin als Zäsur der Verhandlungen sowie die Verhärtung der Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1813. Im Anschluss an die Analyse soll ein kurzer Ausblick auf die Entwicklungen bis 1833 die These zusätzlich untermauern, dass ein institutioneller Wandel vom Typus einer Neuausrichtung stattfand.

## **2 Grundlagen: Methodisches Instrumentarium zur Analyse von Institutionen**

Gerold Ambrosius schreibt, dass „das wirtschaftliche Handeln von Menschen [...] von vielen Faktoren bestimmt [wird], die nicht unmittelbar als prägend erkannt werden: von kulturellen Vorstellungen und sozialen Normen, von politischen und staatlichen Einrichtungen, von formellen Gesetzen und informellen Gewohnheitsrechten usw.“.<sup>70</sup> Die neoklassische Theoriebildung, die auf eine universelle Gesetzmäßigkeit rekurriert, hatte institutionalistische Elemente lange Zeit ausgespart und im wesentlichen eine reine Strukturanalyse befürwortet.<sup>71</sup> Die Rückbesinnung auf die wichtige Bedeutung der Ordnungspolitik aber ermöglichte es, „Individuen und Gesellschaft“ sowie „Staat und Wirtschaft“ als Kategorien für den Neoinstitutionalismus nutzbar zu machen.<sup>72</sup> Ein institutioneller Wandel ist mithin nicht zu trennen vom Begriff der Wirtschaftsordnung, der nach Ambrosius „die wichtigsten Regeln, die für den organisatorischen Aufbau einer Volkswirtschaft und für die

---

<sup>69</sup>Vgl. Bowen, *Business*, S. 1f.

<sup>70</sup>Ambrosius, Gerold: *Staat und Wirtschaftsordnung*, in: Gerold Ambrosius/ Dietmar Petzina/ Werner Plumpe (Hg.): *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, München 2006, S. 369.

<sup>71</sup>Vgl. Jungkind, *Neoinstitutionalismus*, S. 34.

<sup>72</sup>Ambrosius, *Wirtschaftsordnung*, S. 370.

wirtschaftlichen Abläufe gelten“, umfasst. Weiter schreibt er, dass darunter sowohl „reale Zustände“, aber auch „Ordnungsideen“ fallen.<sup>73</sup> Um einen institutionellen Wandel um 1800 abbilden zu können, müssen also die Wirtschaftsordnung des Britischen Weltreiches, die zugehörigen Ordnungsideen, die Akteursgruppen und die sozioökonomischen Strukturen beschrieben werden.<sup>74</sup>

Es wird in einem ersten Schritt notwendig sein zu plausibilisieren, welcher Grad des institutionellen Wandels vorlag. Grundlage dieser Erörterung ist der Beobachtungszeitraum zwischen den Charter-Acts von 1793 und 1813. Hierzu wird das Grundmodell des institutionellen Wandels von Monika Csigó und deren verschiedene Abstufungen erörtert.<sup>75</sup> In einem zweiten Schritt ist es sodann notwendig, die für die Analyse notwendigen kulturell-kognitiven Institutionen operationalisierbar, d.h. messbar zu machen.<sup>76</sup> Das methodische Instrumentarium ist eine qualitative Textanalyse, die entlang normierter Vorgehensweisen qualifizierte Aussagen über die Bedeutung bestimmter Inhalte in einer Argumentation bzw. Aussage erlaubt. Auf die beiden ersten Teilschritte folgt eine Übersetzung in das historische Szenario von 1793 bis 1813.

## **2.1 Grundmodell des institutionellen Wandels**

Institutionen spielen in der Erklärung wirtschaftlichen und politischen Handelns eine wichtige Rolle und dadurch auch in der Beurteilung historischer Veränderungsprozesse. Ideologien können ursächlich für die Veränderung des institutionellen Arrangements sein, wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen ändern und sich die Durchsetzungsverhältnisse der involvierten Akteure wandeln.<sup>77</sup> Aus diesem Grund müssen die institutionellen Arrangements und deren Veränderungen in der Zeit und im Raum ins Zentrum der theoretischen Grundlegung gestellt werden.<sup>78</sup> Allerdings macht eine solche Annahme noch keine Aussage über die jeweilige Stärke des Wandels. Aus diesem Grund ist es vorteilhaft, Institutionen nochmals genauer zu differenzieren.

Die Definition, was eine Institution sei, hat insbesondere durch Richard W. Scott an analytischer Schärfe gewonnen, der gewisse regulative, normative und kulturell-kognitive Elemente als wesentlich für Institutionen ausmachte. Dieses sog. Säulenmodell ist zur einschlägigen Grundlage der Organisationstheorie avanciert. Allerdings verbleiben auch in diesem Model einige Schwierigkeiten, eine Institution abschließend und allumfassend zu definieren, wodurch „die mit ihr

---

<sup>73</sup>S.o.

<sup>74</sup>Typen von Wirtschaftsordnungen werden erst dann als Epoche definiert, wenn sie sich in einem langfristigen Zeitraum dauerhaft manifestieren. Denn dann treten einige essentielle Merkmale dieser Epoche durchschnittlich oft auf und gelten als Epochenmerkmal, vgl. ebd., S. 371, 378ff, und: Tilly, Vorwort, S. 6.

<sup>75</sup>Eine schematische Übersicht, siehe: Anhang 1.

<sup>76</sup>Die Bewertung solcher Institutionalisierungen oder Deinstitutionalisierungsprozesse kann man über verschiedenste qualitative, hermeneutische Verfahren der sprachlichen Ebene in mikroanalytischen Studien gewährleisten. Die qualitative Textanalyse ist eine dieser Methoden, vgl. Senge, Neoinstitutionalismus, S. 170.

<sup>77</sup>Vgl. Jungkind, Neoinstitutionalismus, S. 39.

<sup>78</sup>Vgl. ebd., S. 36f.

verbundenen Regeln in sich [nicht] kohärent und widerspruchsfrei sind“<sup>79</sup>. Konstanze Senge konstatiert, dass „der Grad der Institutionalisierung [...] wiederum mit der Verbindlichkeit der institutionell vorgegebenen Handlungsregel“<sup>80</sup> korreliert. Die bereits eingeführte Kategorie der Legitimität von Institutionen innerhalb eines operationalen Feldes schafft also eine Möglichkeit für Akteure und Organisationen zur Beurteilung der Angemessenheit von Verhalten. Angemessen zu handeln bedeutet, kulturrational zu agieren, was bedeutet, dass nicht nur sozioökonomischer Erfolg, sondern auch eine kulturelle und gesellschaftliche Akzeptanz für den Erfolg eines Akteurs oder einer Organisation auf Dauer notwendig sind.<sup>81</sup> Als Ausdruck des Versuchs einer normativer Angemessenheit sind demnach stark ideologisch begründete Aussagen die Folge einer Suche nach gesellschaftlich akzeptierten kulturell-kognitiven Wahrnehmungsmustern. Das erklärt, wie durch die institutionelle Isomorphie Akteure beginnen, „im selben institutionellen Kontext eine Tendenz zur Angleichung ihrer Grundstrukturen“ zu betreiben.<sup>82</sup> So werden unterschiedliche Akteure auf Dauer wahrscheinlich ihre Institutionen entweder durch Zwang, Imitation oder einen gesellschaftlichen Druck angleichen. Vor allem werden Akteure so handeln in Zeiten von Unsicherheiten oder wenn gängige Handlungsweisen an Legitimität und Angemessenheit gegenüber von Alternativen verloren haben.<sup>83</sup>

Die hier synonym verwandten Analysebegriffe der Ordnungs- oder Leitideen und Basisinstitutionen beziehen sich alle auf die kulturell-kognitiven Elemente von Institutionen und somit wesentlich am institutionellen Wandel einer „Neuausrichtung“ beteiligt. Es handelt sich um „jene Elemente von Institutionen, die die Wahrnehmung der Wirklichkeit in einer Gesellschaft bestimmen und durch die Wirklichkeit sinnhaft erschlossen wird“<sup>84</sup>. Csigo definiert solche Wirklichkeitsmuster als kollektive Ideen. Ihrer Definition nach ähneln sie den bereits erwähnten Ordnungsideen oder Sinnsystemen, die die Weltanschauungen, Erwartungen und Kausalitätsannahmen der beteiligten Akteure prägen. Hieraus „[erwachsen] aus kollektiven Ideen [...] Institutionen, die aber, sobald sie existieren, wiederum einen erheblichen Einfluss auf die kollektiven Ideen ausüben“, so Csigo.<sup>85</sup>

Alternative kollektive Ideen waren zum Zeitpunkt der Charter-Act-Verhandlungen bereits bei einigen Akteuren wirkungsmächtig. Die Forderungen der Monopolgegner waren ideologische

---

<sup>79</sup>Vgl. Scott, Richard W.: *Institutions and Organizations: Ideas, Interests, and Identities*, Thousands Oaks 2007, S. 57ff, hier S. 57.

<sup>80</sup>Senge, *Neo-Institutionalismus*, S. 90.

<sup>81</sup>Vgl. Jungkind, *Neoinstitutionalismus*, S. 42f.

<sup>82</sup>Csigo, *Lernprozesse*, S. 55.

<sup>83</sup>Gleichsam einher mit diesem Prozess der Isomorphie geht aber auch das Phänomen der institutionellen Beharrungsvermögen, die wiederum aus kulturell-kognitiven Elementen gut zu begründen sind. So werden Akteure bestimmte Institutionen eben nicht annehmen (wollen), wenn es machtpolitische oder insbesondere Gründe der Gewohnheit gibt, dieses nicht zu tun. Ebenfalls ist es wichtig, dass Akteure häufig diese Entscheidungen der Angleichung oder Beharrung nicht bewusst treffen, vgl. Csigo, *Lernprozesse*, S. 55f

<sup>84</sup>Vgl. Walgenbach/ Meyer, *Organisationstheorie*, S. 59.

<sup>85</sup>Csigo, *Lernprozesse*, S. 122.

Herausforderung der tradierten merkantilen Werte, die bis dahin innerhalb der machtpolitischen Entscheidungsträger als angemessen galten. Hier zeigt sich die Rückkopplung von kulturell-kognitiven und normativen Elementen. Die Arbeit wird aber nicht die Frage beantworten, ob die „Weiterentwicklung [einer Institution] als Ergebnis intentionalen Handelns seitens der Akteure“ oder eines „evolutionären Prozess“<sup>86</sup> zu verstehen ist, sondern es lediglich konstatiert werden, dass verschiedene Wahrnehmungsmuster im organisationalen Feld um 1800 auftraten und hierdurch ein allgemein akzeptiertes, angemessenes Verhalten in den Debatten nicht gegeben war.

Politische und ökonomische Krisen leiten einen Wandel ein, indem die gewohnten Leitideen keine befriedigenden Antworten mehr auf die durch den äußeren Anstoß geänderten Rahmenbedingungen geben. Können diese „Herausforderungen“, wie Csigo schreibt, nicht mehr in die „institutionelle Routine“ eingebunden werden, so werden die Reaktionen anderer Art als die „gewohnten Ergebnisse“ sein. Sind die Herausforderungen hingegen nicht so wirkungsmächtig, werden die Institutionen einfach wieder reproduziert.<sup>87</sup> Die Wirkungsmächtigkeit ist abhängig von der Legitimität der betroffenen Organisation. Ist die Legitimität rapide vermindert, und so eine Organisation ihrer politischen Durchsetzungskraft und Verhandlungsmacht beraubt, können innerhalb des organisationalen Geldes die vormals gültigen Sinnsysteme, über welche die Akteure die Welt entlang der entsprechenden Rationalitätskriterien einordneten, erfolgreich neu verhandelt werden.<sup>88</sup> Die tradierten Lösungsansätze können so als unangemessene Möglichkeiten zugunsten der konkurrierenden kulturell-kognitiven Muster schließlich auch abgelöst werden.<sup>89</sup>

Das vorgeschlagene Grundmodell von Monika Csigo des institutionellen Wandels gliedert die verschiedenen relevanten Faktoren nach exogenen und endogenen Auslösern: sozioökonomische Herausforderungen, kollektive Ideen, institutionelle Umwelt, Akteure sowie noch die jeweiligen Institutionen selbst, die im Wandel begriffen sind.<sup>90</sup> Es sind dann folgende Verlaufsformen des institutionellen Wandels möglich, die sich entlang der Herausforderungen und Schockwirkungen ergeben: Anpassungen, Reformen, Neuausrichtungen, Transformationen und Revolutionen.<sup>91</sup> Forciert werden kann es dann zusätzlich durch das Aufkommen weiterer Akteure, die eben solche Ansätze anbieten. Csigo fasst es folgendermaßen zusammen:

*„Diese Diskrepanz zwischen Erwartungen und tatsächlicher institutioneller Entwicklung erzeugt bei den Akteuren Unzufriedenheit und somit das Bedürfnis, die jeweiligen*

---

<sup>86</sup>Ebd., S. 95.

<sup>87</sup>Vgl. ebd., S. 129.

<sup>88</sup>Vg. Walgenbach/ Meyer, Organisationstheorie, S. 60.

<sup>89</sup>Eine detaillierte und formalisierte Darstellung der beschriebenen Komplexität gibt die Abbildung wieder, die Csigo angefertigt hat. Insbesondere die letzte Zeile unter „kollektive Idee“ ist wichtig, denn hierin wird der Mechanismus deutlich, der bei exogenen Herausforderungen auf kollektive Ideen, d.h. im Falle der Charter-Act-Verhandlungen bei der Konfliktstellung aus merkantilen und liberalen Denktraditionen, folgte. Siehe: Csigo, Lernprozesse, S. 127..

<sup>90</sup>Siehe: Anhang 2.

<sup>91</sup>Die Übersicht über die Formen institutionellen Wandels, siehe: ebd., S. 118; oder: Anhang 1.

*Institutionen den neuen Erfordernissen entsprechend anzupassen. Konkrete, institutionellen Wandel auslösende Faktoren können eine inadäquate Funktionsweise, mangelnde oder gar fehlende Funktionsfähigkeit der Institution sowie eine dadurch beeinträchtigte Legitimität der Akteure sein, die ihre politische 'Daseinsberechtigung' durch die betroffene Institution beziehen. Dies kann zu einer veränderten Machtkonstellation im politischen System führen – die Befürworter einer institutionellen Veränderung werden, zumindest legitimatorisch, an Macht gewinnen“<sup>92</sup>*

Institutionen erst verteilen Macht innerhalb eines institutionellen Arrangements auf die beteiligten Akteure, die hierdurch in unterschiedlichem Maße an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. „Institutionen können daher auch als 'political opportunity structures' bezeichnet werden“, so Csigó mit Verweis auf die Tradition des sog. historischen Neoinstitutionalismus.<sup>93</sup> In den meisten Fällen eines institutionellen Wandel geschieht der Wandlungsprozess weder linear oder abrupt noch können verschiedene Institutionen gleichmäßig und zeitgleich betroffen sein.<sup>94</sup> Im Britischen Weltreich um 1800 kann man deshalb mit Blick auf Baylys „New Imperial Age“ und die sich wandelnden kulturell-kognitiven Institutionen einen neuen Entwicklungspfad im Sinne einer institutionellen Neuausrichtung plausibilisieren.

### **2.1.1 Ursachen und Verlauf einer „Neuausrichtung“ des Ordnungssystems**

Das koloniale System wurde mit der Monopolauflösung und der Einführung eines freien Handels im Indischen Ozean also auf einen neuen politischen und ökonomischen Entwicklungspfad gebracht. Hierbei steht nicht allein die konstitutionelle Modifikation der Charter von 1813 als Folge neuer gesellschaftlich angemessener Werte (normatives Element) im Fokus, sondern die sich bereits seit dem 18. Jahrhundert abzeichnenden Umwälzungen der ideologischen Wahrnehmungsmuster (kognitiv-kulturelles Element). Diese „Neuausrichtung“ definiert sich insbesondere an einer gewandelten, historischen Entwicklungspfadrichtung, was „eine multikausale Erklärung ist somit für die Analyse eines Pfadwechsels notwendig“<sup>95</sup> macht. Wie Csigó schreibt, können neue Leitideen gänzlich oder teilweise neue Prioritäten in der Politikfindung setzen, wodurch innerhalb der „institutionellen Funktionsmechanismen“ zugleich alternative Problemlösungen vollzogen werden. Diese Prozesse werden auch auf einer symbolischen Ebene, d.h. über moralisch-ethische Argumentationen ausgesprochen.<sup>96</sup> Mit Blick auf die jeweiligen neu ausgerichteten Institutionen sind mutatis mutandis veränderte Anreize und neue Schlüsselakteure, d.h. diejenigen Referenzgruppen,

---

<sup>92</sup>Csigó, Lernprozesse, S. 130.

<sup>93</sup>Ebd., S. 45.

<sup>94</sup>Vgl. ebd., S. 112f.

<sup>95</sup>Csigó, Lernprozesse, S. 149.

<sup>96</sup>Ein institutioneller Funktionsmechanismus seien die „Muster institutionsbezogener Akteurshandlungen“; im vorliegenden Fall also die konstitutionell festgeschriebenen Regeln und Abläufe der Charter-Act-Verhandlungen, vgl. ebd., S. 112.

welche die neuen Erwartungshaltungen abschließend legitimieren, in der „öffentlichen Arena“ wirksam, die die neuen Institutionen stabilisieren.<sup>97</sup> Institutionen werden umso stabiler, desto länger sie wirksam und Teil der konstitutionellen, normativen und kulturell-kognitiven Wirklichkeit waren.<sup>98</sup> Aus diesem Grunde erforderte es 1800 auch „einen großen politischen Druck, der stark genug ist, alle diesbezüglichen Hindernisse zu durchbrechen“<sup>99</sup>, will man die Denkfigur nun auf das historische Szenario übertragen.

Die Form der Neuausrichtung ist die vielleicht facettenreichste Spielart eines Wandlungsprozesses, denn sie grenzt sich einerseits von den evolutionären Prozessen einer reinen Anpassung oder einer Reform ab und andererseits fehlt die impulsive Radikalität einer Transformation oder gar Revolution: „Während eine Reform kein Bruch [Sic!] mit den geistigen und kulturellen Grundlagen der existierenden Institution anstrebt, zielt eine *Neuausrichtung* von vornherein genau auf einen solchen ab.“<sup>100</sup> Die Leitideen werden nicht beibehalten oder ersetzt, sondern „neu definiert“; wie sie hierzu schreibt, „ihre Funktionen neu konzipiert“<sup>101</sup>. Es kommt zur Neugestaltung einer Institution innerhalb des institutionellen Gefüges, „so dass eigentlich hinter der Fassade der alten eine völlig neue Institution entsteht“<sup>102</sup>. Der Zeitraum einer solchen Neuausrichtung ist dabei flexibel: Sowohl lang- oder lediglich kurz- bis mittelfristige Prozesse sind denkbar. Es ist nochmals die Tatsache entscheidend, dass „in der Regel [...] die symbolischen Funktionen von Institutionen ausdrücklich umgestaltet und die diesbezüglichen Neuerungen von den Akteuren, zumindest am Anfang stark akzentuiert“<sup>103</sup> werden. Die Akteure werden also besonders bildhaft, eindrücklich und mittels moralischer Argumente in die Aushandlungen treten.

Die neuen Akteure werden also innerhalb des organisationalen Feldes alternative kollektive Ideen vertreten. Die Konfrontation verschiedener Sinnsysteme bei gleichzeitig schwer zu antizipierenden Machtverhältnissen wird einvernehmliche Kompromisse blockieren. Der Wettstreit der wahrnehmungsrelevanten Institutionen und die Durchsetzungsverhältnisse der Akteursgruppen werden letztlich meinungsstark in der „öffentlichen Arena“ ausgetragen, doch werden die konfligierenden Interessensgruppen innerhalb der Aushandlungsprozesse eine abschließende Lösung ohne Gewaltanwendung finden, was auch ein Merkmal einer Neuausrichtung darstellt.<sup>104</sup> North weist überdies auf den Umstand hin, dass einzelne Akteure und Organisationen intermediäre

---

<sup>97</sup>Vgl. Franz, Felder, S. 91; und Csigó, Lernprozesse, S. 112. Csigó nennt diese beiden Aspekte „Funktionslogik“ und „Status“.

<sup>98</sup>Die Kulturrationalität erklärt so auch, weshalb ineffiziente Institutionen Bestand haben, solange sie gesellschaftlich akzeptiert sind, vgl. Csigó, Lernprozesse, S. 48.

<sup>99</sup>Ebd., S. 46.

<sup>100</sup>Csigó, Lernprozesse, S. 115.

<sup>101</sup>S.o.

<sup>102</sup>Wichtig für die vorliegende Arbeit ist auch die anschließende Umschreibung: „Institutionelle Neuausrichtung kann sich auf eine einzelne Institution, aber auch auf ein gesamtes Politikfeld beziehen.“, s.o.

<sup>103</sup>S.o.

<sup>104</sup>Vgl. Jungkind, Neoinstitutionalismus, S. 39.

Organisationsverbände bilden könnten, die „zwischen ökonomischen Organisationen und politischen Körperschaften“ vermitteln und auf diesem Weg die Ziele zu erreichen versuchen.<sup>105</sup> Solche Lobbygruppen haben auch in den Charter-Act-Verhandlungen maßgeblich zum Erfolg der Monopolgegner beigetragen.

### 2.1.2 Operationalisierung von Gedankenmodellen: die qualitative Inhaltsanalyse

Wie können Ideologien innerhalb politischer Aushandlungsprozesse regelgeleitet operationalisiert werden? Eine strukturierte qualitative Textanalyse leistet das über die Analyse der Begründungen (engl. Accounts) der textinhärenten Ideologien.<sup>106</sup> Es geht darum, Textäußerungen und weitere Symbolformen aus den Quellen konsistent bestimmten Ideologien zuzuordnen. Die qualitative Textanalyse versteht sich als Instrument, um „Beschreibungen ausgewählter Textbedeutungen“ zu ermöglichen.<sup>107</sup> So werden symbolische Äußerungen Kategorien zugeordnet.<sup>108</sup> Das Kategoriensystem kann deduktiv bestimmt werden, so wie auch im Fall der vorliegenden Arbeit.<sup>109</sup> Mayring schreibt, eine solche Analyse solle „hier von verschiedenen Schichten des Inhalts (Themen und Gedankengang als primärer Inhalt, latenter Inhalt, durch Interpretation im Textkontext erschlossen)“<sup>110</sup> ausgehen. Walgenbach und Meyer konstatieren, dass die Angabe, wie gut begründet und gerechtfertigt die eigene Position innerhalb des Sinnfeldes sei, folgendermaßen zu klären wäre: „Legitimierung verstanden als sozialer Prozess des Erklärens und Rechtfertigens.“<sup>111</sup> Sprachliche Ausdeutungen von Institutionalisierungen sind also wichtig, weil erst über artikulierte Begründungen „Handlungen nachvollziehbar und akzeptabel werden“<sup>112</sup>. Die qualitative Textanalyse fokussiert auf übermäßige Betonungen symbolischer Formen, wodurch der Wettstreit bzw. die Konkurrenz mehrerer Sinnsysteme aufgezeigt werden.

Die Ideenkomplexe des Merkantilismus und des Wirtschaftsliberalismus sind die zu analysierenden Sinnfelder. Mayrings Kodierleitfaden zufolge, müssen erst deduktive Kategorien aufgestellt, anschließend Ankerbeispiele aus den Quellen gewählt und Kodierregeln formuliert werden, die dann die Zuordnung zur jeweiligen Kategorie ermöglichen.<sup>113</sup> Abschließend sind begründete Aussagen möglich, wie stark Texteinheiten (bzw. Akteure, die sich mittels der sprachlichen Ebene artikulieren)

---

<sup>105</sup>Vgl. North, Wirtschaftsleistung, S. 82.

<sup>106</sup>Walgenbach/Meyer, Organisationstheorie, S. 67.

<sup>107</sup>Schreier, Inhaltsanalysen, S. 2.

<sup>108</sup>Dieses systematische, regelgeleitete und an den Gütekriterien der Validität und Reliabilität erstellte Verfahren gewährleistet eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit bei einem hohen Plausibilisierungsgrad, s.o.

<sup>109</sup>Siehe Anhang 2.

<sup>110</sup>Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 2.

<sup>111</sup>Walgenbach/ Meyer, Organisationstheorie, S. 67.

<sup>112</sup>S.o.

<sup>113</sup>Eine sehr übersichtliche Darstellung des Ablaufmodells einer deduktiver Kategorienanwendungen findet sich bei: Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 5..

von Sinnfeldern durchdrungen gewesen waren. Der Widerstreit der symbolischen Ordnungen wird so operationalisiert und visualisiert. Es ist so ein qualifiziertes Urteil, dass der institutionelle Wandel, der seinen Ausdruck in den Charter-Act-Verhandlungen fand, nachweislich der einer „Neuorientierung“ war, möglich.

## 2.2 Sattelzeit: „Britains New Imperial Age“, 1793-1813

Richard Tilly verweist auf die enorme Schwierigkeit der Wirtschaftshistoriker bei der Erklärung der Transformationsprozesse des Merkantilismus. Die Adaption einer Wirtschaftspolitik des Freihandels im Britischen Weltreich am Ende des 18. Jahrhunderts, die sich bis zu den 1840er Jahren vollzog, war keine unvermeidbare, vor allem keine monokausale Entwicklung.<sup>114</sup> Verschiedene und teils gegensätzliche Entwicklungslinien kamen um 1800 zusammen, die das institutionelle Gefüge des Britischen Weltreiches nachhaltig prägten.<sup>115</sup> Jürgen Osterhammel bezeichnet den Zeitraum von 1770 bis 1830 gleichsam als „globale Sattelzeit“, da einige traditionelle Pfadabhängigkeiten sich wesentlich wandelten und hierdurch erst der Aufstieg des Britischen Weltreiches und mithin die spätere globale Dominanz Europas über die restliche Welt ermöglicht wurde.<sup>116</sup> Bayly hat mit Blick auf Großbritannien die Konsolidierung des Nationalismus und des sog. empire-building in den Vordergrund gerückt, um jenen Aufstieg zu erklären.<sup>117</sup> Die konstitutionellen Anpassungen, wie etwa die Inkorporation Irlands und Schottlands zum Vereinigte Königreich, formten und prägten das imperiale Selbstverständnis ebenso wie die militärischen Auseinandersetzungen mit Frankreich in Europa und Übersee.<sup>118</sup>

Der Wandel der Mentalitäten sowie und die gemachten transnationalen Erfahrungen forcierten eine Veränderung der ökonomischen Ordnungspolitik, doch „die Abkehr von merkantilistischen

---

<sup>114</sup> „Aus der Identifizierung der vermeintlichen Nutznießer einer Politik läßt sich jedoch nicht unbedingt deren Ursache herleiten, umgekehrt auch nicht die Wirkung aus der Feststellung der Ursache. Dies ist eine Aufgabe für die historische Forschung“, Tilly, Vorwort, S. 6.

<sup>115</sup> Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 281. Die latenten finanziellen Probleme der EIC seien wesentlich stärker in der Beurteilung des Niedergangs der EIC zu berücksichtigen als scheinbare politische Animositäten. Und vor allem konnte die EIC die Erwartungen an die Profite im Fernhandel mit China zu keinem Zeitpunkt einlösen noch die überbordenden Vorstellungen zügeln.

<sup>116</sup> Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Bonn 2010, S. 102-109. Der für das „lange 19. Jahrhundert“ zugebilligte „epochale Eigencharakter“ war wesentlich durch diejenigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen bedingt, die zwischen 1770 und 1830 ihren Ursprung in der Metropole und der Peripherie der europäischen Staaten nahmen. Insbesondere im Fall Großbritanniens stellte es eine „dynamische Übergangszeit“ dar, da das Empire aufgrund der weltweiten Handelsnetzwerke und politisch-militärischen Brückenköpfe der europäischen Kolonialstaaten stärker noch eine globale Vorherrschaft einnahm.

<sup>117</sup> „Yet the continuity of Britain's imperial aims was fractured by political and ideological changes. Peasant dissidence in Ireland and working-class radicalism at home combined with boundless fear of French republicanism“, vgl. Bayly, Meridian, S. 107.

<sup>118</sup> „If events in England, Ireland and India after 1780 are taken together, however, a picture emerges of a significant growth of the power and aims of the British imperial state, particularly in the peripheries“, d.h. erst die globalhistorische Verknüpfung von politischer Ideengeschichte mit den klassischen Narrativen der Nationalstaatsbildung und der ökonomischen Modernisierung wird einer Darstellung der Transformation des Britischen Weltreiches um 1800 gerecht, vgl. ebd., S. 115f.

Prinzipien in der englischen Wirtschaftspolitik kam langsam und kaum merklich“<sup>119</sup>. Die großen politikhistorischen Prozesse, angestoßen durch die Amerikanische und die Französische Revolution, waren beides Konflikte, die das Empire in einen direkten militärischen Konflikt führte. 1793 kam es zum Krieg mit dem revolutionären Frankreich und dieser Krieg zog sich, von einigen kurzen Momenten unterbrochen, bis 1815. Entscheidend ist, dass der Krieg neben einer militärischen Herausforderung auch als ein Wettrennen um die globale Vormachtstellung und um das Selbstverständnis des Britischen Weltreiches verstanden wurde. Wie Jeremy Black in Anlehnung an Bayly schreibt: „the struggle was to define Britain as a state that was the great imperial power and the director of marine trade and, with its warships, 'master of the sea'.“<sup>120</sup> Die enorme territoriale Expansion, die insbesondere auch in Südasien vollzogen wurde, war ein wesentliches Merkmal dieser imperialen Agenda.<sup>121</sup> Das Konzept des sog. military-fiscal state betont die aggressive Außenpolitik als essentieller Katalysator in der Ausgestaltung der imperialen Agenda des 18. und 19. Jahrhunderts.<sup>122</sup>

Die Freisetzung ökonomischer Potentiale in Großbritannien, die man unter dem Begriff Industrialisierung fasst, ist eine weitere wichtige Entwicklungslinie. Die großen, traditionell merkantilen Unternehmungen, die sog. Agency Houses, hatten auch innerhalb der Strukturen der Fernhandelskompanien ab den 1770er und 1780er Jahren an Bedeutung gewonnen.<sup>123</sup> Die Gentlemanly Capitalists blieben aber auch während der Industrialisierung wichtige Entscheidungsträger, die stets eine Politik der Stabilität und Kontinuität der britischen Handelsrouten verfolgten. Gleichzeitig schärfte sich das nationale Bewusstsein der (ökonomischen) Eliten, „of its role as protector of Crown, Church and Constitution“.<sup>124</sup> Flankiert wurde die Industrialisierung von öffentlichen Diskursen, in denen ein liberales Ordnungssystem als alternative zum Merkantilismus frühzeitig an Relevanz gewann. Die schottische Aufklärung, die ihrerseits wesentlich durch die französischen Physiokraten beeinflusst worden war, bildete einen Kristallisationspunkt und forcierte

---

<sup>119</sup>Schaefer, Karl Christian: Die merkantilistische Wirtschaftspolitik, in: Tilly, Richard H. u.a. (Hg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft, München/ Wien 1993, S. 13ff.

<sup>120</sup>Black, Jeremy: Trade, Empire and British Foreign Policy, 1689–1815. The politics of a commercial state, New York 2007, S. 191.

<sup>121</sup>Der strategische Schutz der Handelsnetzwerke stand im Vordergrund vieler territorialer Erweiterungen; sowohl von europäischen Kontrahenten wie auch beispielsweise den indischen Fürstentümern, denen man in manchen Fällen misstraute und die man verdächtigte, mit den europäischen Rivalen Allianzen einzugehen, vgl. ebd., S. 192f.

<sup>122</sup>Vgl. Tirthankar, Roy.: Rethinking the Origins of British India: State Formation and Military-Fiscal Undertakings in an Eighteenth Century World Region, London 2010, S. 4ff. So steht demnach die Emanzipation staatlicher Finanzierung von privaten Kaufleuten und Bankhäusern im Fokus, die sich zutrug während der europäischen Staatsbildung im 18. Jahrhundert.

<sup>123</sup>Vgl. Webster, Strategies, S. 746 Solche Handelshäuser entstanden in London als Folge der rigorosen Einschränkung jeglicher Handelsaktivitäten für die Mitarbeiter der EIC durch den 1772 verabschiedeten Regulating Act. Die Angestellten nutzten daraufhin die Möglichkeiten im sog. privilege trade und im sog. country trade (d.h. dem Handel im Binnenland Südasiens) aus. Finanziert wurden diese Aktivitäten wiederum durch die Guthaben der Mitarbeiter EIC; in der Verwaltung der Guthaben nahmen die Agency Houses eine so zentrale Mittlerrolle ein.

<sup>124</sup>Bayly, Meridian, S. 107.

mit ihren Schriften eine wirtschaftspolitische Grundsatzdebatte.<sup>125</sup>

All diese beschriebenen, makrohistorischen Entwicklungsstränge aus der Ereignis- und politischen Ideengeschichte sowie auch der Wirtschaftsgeschichte sind die Hintergrundfolie einer institutionellen Analyse der „globalen Sattelzeit“ während der Jahre 1793 bis 1813.

### 2.2.1 Sozioökonomischer Strukturwandel und internationale Konflikte

Die Industrialisierung der Textilindustrie begünstigte im Norden und in der Mitte Englands die Entstehung einer neuen Klasse industrieller Unternehmer.<sup>126</sup> Im Zuge der sog. commercial revolution der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde es diesen Manufakturen und den Handels- und Bankenhäusern in London ermöglicht, „im System des Warenaustausches zwischen Europa und dem Rest der Welt die einträgliche Funktion des Stapelplatzes zu übernehmen“.<sup>127</sup> Die traditionellen Gentlemanly Capitalists und die neuen Industriellen engagierten sich Ende des 18. Jahrhunderts vornehmlich im Atlantik, begann aber mit dem Ausbruch der Amerikanischen Revolution und dem Abbruch einiger Handelswege, nach alternativen Märkten zu suchen. Sie verlangten, stärker an den Gewinnen der Ex- und Importe des Asienhandels partizipieren zu können.<sup>128</sup> Doch gelang es dem CoD in den 1790er Jahren noch, die Privilegien der EIC zu verteidigen; die Marktsättigung in China und die Überkapazitäten der sog. Supercargos begünstigten die Position der EIC zusätzlich.<sup>129</sup> Im Charter-Act von 1793 wurden den privaten Handelshäusern somit lediglich die Rechte eingeräumt, festgelegte Kontingente an Frachtladungen der EIC im Umfang von 3.000 Tonnagen für den eigenen Handel zu nutzen.<sup>130</sup> Diese ersten zaghaften Partizipationen aber schürten bei den Londoner Kaufleuten das Verlangen und den Willen nach einer größeren Liberalisierung des Handels. Die großen Redereien, der sog. shipping interest, als einflussreiche Gruppierung innerhalb der Agency Houses und der EIC begann zugleich über einen verstärkten Flottenbau das Signal zu setzen, künftig mehr Ladungen umzusetzen.<sup>131</sup>

---

<sup>125</sup>Vgl. Kopsidis, Michael: Liberale Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Industrialisierung, in: Tilly, Richard H. u.a. (Hg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft, München/ Wien 1993, S. 34. „Der Entwurf einer liberalen Marktgesellschaft gewann seine Überzeugungskraft in der öffentlichen Diskussion dadurch, daß Marktgeschehnisse als eherner Naturgesetze aufgefaßt wurden.“

<sup>126</sup>Vgl. Wende, Peter: Grossbritannien 1500–2000, Oldenburg 2001, S. 11-12. Eine erfolgreiche Industrialisierung machte in bestimmten Bereichen der Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur gewisse Fortschritte notwendig: in dem Transportwesen, der Landwirtschaft, dem technisch-medizinischen Fortschritt und innerhalb der staatsrechtlichen Strukturen.

<sup>127</sup>Ebd., S. 11. Dieser zentrierte Handel forcierte die weltweite Entstehung des Handels- und Finanzkapitalismus. Eine Grundlage bildete der Aufbau einer starken Kriegsflotte, die Gründung von Kolonien und die Schaffung eines gewissen Reichtums der Bürgerschaft, was jene Gesellschaftsschicht auch in politische Macht ummünzte. Solche Entwicklungslinien waren Voraussetzungen zur Durchsetzung des späteren Industriekapitalismus.

<sup>128</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 182.

<sup>129</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 234.

<sup>130</sup>Vgl. Kumagai, Lobbying-Activities, S. 64f.

<sup>131</sup>Vgl. Webster, Twilight, S. 40f. So bildete etwa David Scott eine Allianz mit den neuen Londoner Redereien Brough und Fiott, um für eine verstärkte Öffnung des Handels zu agitieren.

Politische Macht manifestierte am Beginn der Neuzeit vornehmlich über militärischer Stärke, und folgt man dieser Logik, so waren die sog. navigation acts aus dem 17. Jahrhundert gleichsam die Machtgrundlage des britischen Wohlstandes gegenüber den anderen europäischen Staaten.<sup>132</sup> Militärische Konfrontationen waren ein gängiges Mittel der internationalen Diplomatie und die Behinderung ausländischer Handelsrouten darin gleichsam ein effektives Kriegsmittel.<sup>133</sup> So erklärt sich, dass die Ostindien-Kompanien nicht nur Handelsgesellschaften, sondern zugleich auch Kriegsunternehmer waren. Solche Prozesse waren Folgen einer staatlichen Finanzpolitik, die permanent neuer Finanzierungsquellen für die Aufrechterhaltung der Streitmächte und der Unterstützung von Verbündeten bedurfte. Die europäischen Handelsgesellschaften waren mithin ein Ausdruck jener Politikdevise: Erwerb von asiatischen Warenbeständen und Wiederverkauf im europäischen Binnen- und Außenmarkt bei gleichzeitiger die Unterdrückung der ausländischen Handelsbestrebungen.<sup>134</sup> Solche Konflikte bremsten zwar den Warenaustausch und die internationale Arbeitsteilung, forcierten aber technologische Innovationen in der Militär- und Schifffahrtstechnologie gleichsam enorm.<sup>135</sup>

Die Französische Revolution und die Napoleonischen Kriege hatten letztlich auch unmittelbare Auswirkungen auf die Politik der EIC und die koloniale Ökonomik Südasiens, was letztlich auf das sog. home government in London und die Charter-Act-Verhandlungen wirkte. Die französische Marine startete Angriffe auf Schiffe der EIC auf den Handelsrouten nach Südasien und China. Zeitgleich begannen französische Offiziere, den Krieg in Europa auch nach Fernost über das die Engagement von Söldnern und den Zugriff auf die Truppen einiger indische Fürstenstaaten wie Mysore oder die Marathen zu tragen.<sup>136</sup> Die „Französische Gefahr“ führte zu einer aggressiv-expansiven Ausrichtung der britischen Politik in Indien. Der neue Generalgouverneur Marquess Wellesley (1760–1842; im Amt 1798–1805) begann mit Rückendeckung der Londoner Regierung einen Präventivkrieg gegen den potentiellen französischen Verbündeten auf dem südasiatischen Kontinent, Tipu Sultan (1749/50–1799).<sup>137</sup> Dieser 4. Mysore-Krieg (1798–99) endete mit dem Tod Tipu Sultans 1799 und dem Beginn der Subsidien-Verträge als politischem Machtinstrument der britischen Kolonialpolitik.<sup>138</sup> Diese Politik wurde fortan auch gegen die Fürstenstaaten Hyderabad,

---

<sup>132</sup>Die anfangs mehr „deklamatorischen als rechtlichen“ Gesetze verlangten, dass überseeische Handelsgüter, die von oder nach England kamen, allein auf englischen Schiffen transportiert werden durften. Der innereuropäische Handel war davon ausgenommen. Diese Gesetze symbolisierten das Primat der merkantilistischen Außenhandels- und Gewerbeförderung, vgl. Schaefer, merkantilistische Wirtschaftspolitik, S. 15.

<sup>133</sup>Vgl. Wong, Überfluss, S. 265.

<sup>134</sup>Dieser „europäische Konkurrenzkampf um Reichtum und Macht“ war mithin eine Ursache für die Entstehung des Handelskapitalismus, s.o.

<sup>135</sup>S.o.

<sup>136</sup>Vgl. Webster, Twilight, S. 41.

<sup>137</sup>Vgl. Lütt, Indien, S. 26.

<sup>138</sup>Die in Abhängigkeit zu den Briten geratenen indischen Fürstentümer durften zwar nominell ihre Herrschaft und Fürstenhäuser behalten, waren aber gezwungen, keine eigene militärische Streitkräfte mehr zu unterhalten, britische Truppen zu tolerieren und zu finanzieren, sowie keine eigenständige Außenpolitik mehr betreiben zu können. Dieses

Travancore und Awadh betrieben, kleine Gebiete wie Tanjore, Surat, Nellore, Arcot und Trichinopoly gänzlich annektiert und schließlich im 2. Marathen-Krieg (1803–1805) auch der letzte verbliebene Kontrahent der EIC in Südasien ausgeschaltet.<sup>139</sup> Die französische, und teils auch russische Bedrohung, wurde bis 1815 zum Anlass genommen, die territoriale und politische Herrschaft über Südasien auszubauen.<sup>140</sup> Die kostenintensiven Operationen führten jedoch trotz erhöhter Handelsvolumen der EIC wegen der gleichzeitig enorm angestiegenen Militärkosten zu einem Defizit der Handelsbilanzen.<sup>141</sup>

Die sog. Orders of Council 1807 und 1809 infolge der britischen Blockadepolitik des französisch dominierten europäischen Festlands sahen die Durchsuchungen von ausländischen Schiffen und die Konfiszierung von Konterbanden vor, die mit dem europäischen Festland handelten, sofern der Verdacht bestand, dass es hierbei um Handelsaktivitäten mit Frankreich handelte. Die Einfuhrzölle nach Großbritannien wurden erhöht, um Verluste auszugleichen, da britische Textilien aus Indien wegen der französischen Kontinentalsperre nur noch schwer nach dem Festland gehandelt werden konnten; britische Textilien selbst wurden wegen der schnellen Industrialisierungsschritte zugleich immer preiswerter und waren den europäischen Produkten ab 1815 den Stückkosten nach deutlich überlegen.<sup>142</sup> Die USA beantworteten die aggressive Behandlung ihrer neutralen Handelsschiffe mit einem sog. Embargo Act und Non-Intercourse Act. Die Spannungen mit den Vereinigten Staaten kulminierten im Juni 1812 in einen offenen Krieg. Für die britische Wirtschaft war so ein Konflikt in ohnehin angespannter Lage ein Problem, da der Handel mit Nord- und Südamerika unterbrochen wurde, der Handel mit den West Indies zudem erschwert; die Iberische Halbinsel entfiel nach Frankreichs Invasion ebenfalls als Handelspartner.<sup>143</sup> So war seitens der britischen Manufakturen und Industrien, insbesondere um die Regionen Liverpool, Manchester und Birmingham, 1793 das erste mal der Anspruch artikuliert worden, notwendig alternative Märkte zu erschließen. Einen solchen Markt bildete Südasien. Die Monopolstellung der EIC blieb so auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Fokus der wirtschaftspolitischen Debatten.<sup>144</sup>

---

System wird mit dem Begriff der sog. subsidiary alliances umschrieben, s.o.

<sup>139</sup>S.o.

<sup>140</sup>Die Mythologisierung von Schreckensszenarien in Indien durch die einheimischen Soldaten an britischen Bürgern und die Unsicherheiten ausländischer Interventionen auf dem Subkontinent beförderten vor allem auch in der Presse und unter Literaten die Vorstellungen überwältigender und schrecklicher Geschichten. Solche Vorstellungen stützten in entschiedenem Maße die britische Expansion, vgl. Peers, Douglas M.: *India under Colonial Rule: 1700-1885*, Harlow u.a. 2006, S. 41.

<sup>141</sup>Im Jahr 1793 betragen die Kreditlasten der EIC beim britischen Staat ca. 9 Millionen Pfund, 1802 bereits 18 Millionen Pfund und 1808 dann sogar schon 32 Millionen Pfund, vgl. Webster, Twilight, S. 41.

<sup>142</sup>Vgl. Kumagai, *Lobbying-Activities*, S. 74; und vgl. Desai, *Brief Survey*, S. 248. 1808 lagerten deshalb in den Speichern der EIC in London noch unverkaufte Textilien im Wert von ca. 7.148.00 Pfund.

<sup>143</sup>Vgl. Kumagai, *Lobbying-Activities*, S. 74.

<sup>144</sup>Vgl. Webster, *Trade Liberalization*, S. 405.

## 2.2.2 Merkantilismus und Liberalismus: kulturell-kognitive Weltbilder des ausgehenden 18. Jahrhunderts

Eine orthodoxe merkantilistische Wirtschaftspolitik zeichnete sich durch eine „bewusst betriebene staatliche Wirtschaftsförderung“ aus, die darauf abzielte, „eine Erhöhung des Wohlstandsniveaus der Nationalwirtschaft durch eine 'Aktivierung der Handelsbilanz' zum Zweck einer Anhebung der Steuereinnahmen“ zu erwirken.<sup>145</sup> Zentral für den englischen Merkantilismus (oder auch „Bullionismus“) war der im vorherigen Kapitel beschriebene aggressive Handelsprotektionismus, der als Dogma der merkantilistischen Wirtschaftstheorien im Großbritannien des 16. bis 18. Jahrhundert eine permanent aktive Handelsbilanz ins Zentrum einer Wirtschaftspolitik stellte;<sup>146</sup> durch die Beschränkung von Importen, nur Einfuhren von Rohstoffe des verarbeitenden Gewerbes zu erlauben, Exporte zu fördern, den ausländischen Zwischenhandel zu behindern und das ausländische Transportgewerbe zugunsten der eigenen Dienstleistungsunternehmen möglichst auszuschließen.<sup>147</sup> Im Sinne der Begünstigung bestimmter Akteure waren staatliche Begünstigung und die Übertragung von gesamtheitlichen Rechten durchaus legitim.

Nach Schaefer wurden Fragen der Beschäftigungstheorie, der Monopoldiskussion und der Kolonialfrage ambivalent innerhalb der Öffentlichkeit diskutiert. So waren sowohl Monopole als auch Kolonien nicht widerstandslos akzeptiert, sondern aufgrund ihrer hohen Kosten und Machtkonzentration stetig Brennpunkt von Diskussionen.<sup>148</sup> Solange sich die Erwartungen auf hohe Zölle, Steuern und sonstige Abgaben erfüllten und ausländische Konkurrenten effektiv, d.h. mit militärischen und diplomatischen Mitteln von Marktanteilen ferngehalten werden konnten, wurden die Außenhandelskompanien aber staatlich gefördert und protegirt.<sup>149</sup> Der englische Staat garantierte der East India Company ihre exklusiven Privilegien und erhielt im Gegenzug bei der Kompanie günstige Anleihebedingungen und Zahlungen aus den Monopolerträgen.<sup>150</sup>

Zusammenfassend standen folgende Merkmale im Zentrum des englischen Merkantilismus: eine staatliche Außenhandelsprotektion und gewerbepolitische Staatseingriffe zur Erreichung eines

---

<sup>145</sup>Vgl. Schaefer, merkantilistische Wirtschaftspolitik, S. 8f. Wirtschaftstheoretischen Grundlagen hatten ihren Ursprung in den Aushandlungen aus dem 16./17. Jahrhundert bei Thomas Mun (1571– 1641), der „monetaristische Überlegungen mit Erkenntnissen über das Wesen der Zahlungsbilanz“ verband.

<sup>146</sup>Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Merkantilismus, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/614/merkantilismus-v9.html> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].

<sup>147</sup>Vgl. Schaefer, merkantilistische Wirtschaftspolitik, S. 9.

<sup>148</sup>Ebd., S. 10.

<sup>149</sup>Vgl. ebd., S. 14. Es entstanden neben der East India Company 1600 noch weitere Fernhandelskompanien; etwa 1554 die Moskovy Company oder 1581 die Levante Company.

<sup>150</sup>Vgl. Heckscher, Eli F.: Der Merkantilismus, Jena 1932, S. 419ff. Der Staat und die EIC vereinbarten Kapitalausschüttungen an die Staatskasse. Eigene Darlehen an die EIC wurden aber ebenso ausgegeben, da die Company für die Expansion der Handelsgeschäfte und die staatsrechtlichen Ausgaben ein enormes Kapital benötigte. So erzwang die englische Wirtschaftspolitik eine intensive korporatistische Unternehmensform, die das Wirtschaftssystem aber zugleich anfällig für Krisen und unerwartete Kosten machte. Gleichsam profitierte die EIC aber enorm von den Einnahmen und Rechten in den kolonialen Gebieten.

Leistungsbilanzüberschusses.<sup>151</sup> Eine im Sinne der Staatsräson aktiv betriebene Bevorteilung bestimmter Akteursgruppen gegenüber nationalen und internationalen Akteuren, die es allesamt aus den Warenketten und Handelsnetzwerken auszugrenzen galt.

Die Begründer der klassischen Nationalökonomie, die sog. schottisch-englische Klassik, hatten für die Beschreibung ihrer Wirtschaftspolitik selbst nicht die Bezeichnung Liberalismus in Anspruch genommen.<sup>152</sup> Obschon Adam Smiths Werk notwendig auf den Schriften anderer Denker aufbaute, vereinigte er originär politische und wirtschaftliche Vorstellungen von Freiheit. Er forderte die „Abschaffung aller wirtschaftlicher Restriktionen wissenschaftlich“<sup>153</sup> und formulierte daraus politische Grundsätze: „All systems either of preference or of restraint, therefore, being thus completely taken away, the obvious and simple system of natural liberty establishes itself of its own accord.“<sup>154</sup> Eine solche Freiheit ist allerdings nicht bedingungslos, sondern fusst auf einem „moralisch-politisches Fundament“<sup>155</sup>: „Vergesellschaftung“ sei die Bedingung für wirtschaftliches Handeln, erst innerhalb von Gemeinschaften könne das „Selbstinteresse“ eine Anhebung des allgemeinen Wohlstandes bewirken.<sup>156</sup> Die wirtschaftspolitischen Forderungen Smiths basieren folglich nicht aus reinen ökonomischen Effizienzüberlegungen, sondern auf einem „ethisch-moralisch und theologisch-politisch vorgeformten Rahmen“. So erklärt sich auch seine Kritik an der EIC als Herrschaftskörper in Verbindung mit der Funktion als Handelsgesellschaft.<sup>157</sup> Smith kritisierte den staatsrechtlichen Charakter der EIC, der fundamental im Widerspruch zur Aufgabe einer Handelskompanie stand.<sup>158</sup> Er propagierte offen die Übernahme der staatlichen Pflichten der EIC durch den englischen Staat; eine Aufgabe jedoch, die sowohl die finanziellen und administrativen Kapazitäten eines jeden Staates jener Zeit übertroffen hätte.<sup>159</sup>

Der wirtschaftliche Liberalismus gewann große Popularität durch das Diktum, dass „möglichst große individuelle Handlungsspielräume in der Wirtschaft nicht zur Anarchie führen, sondern daß nur so das unter gegebenen Bedingungen maximal mögliche Wirtschaftswachstum und

---

<sup>151</sup>Vgl. Schaefer, merkantilistische Wirtschaftspolitik, S. 18.

<sup>152</sup>Vgl. Walther, Rudolf: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. Von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd 3. H-Me, Stuttgart 1982, S. 787-816, hier, S. 787. Die begrifflichen Problematiken werden in diesem Beitrag thematisiert, die aus den Vorstellungen des „Liberalismus“, des „wirtschaftlichen Liberalismus“ und dem „politischen Liberalismus“ herrühren, die allesamt zu verschiedenen Epochen rezipiert worden sind. Wirtschaftlicher und politischer Liberalismus seien demnach nicht äquivalent, weisen aber strukturelle Gemeinsamkeiten im Wesensbegriff Freiheit auf; insbesondere in der Opposition zum „Ancien Regime“.

<sup>153</sup>Zitiert nach: Ebd., S. 794.

<sup>154</sup>S.o.

<sup>155</sup>Recktenwald, Horst C.: Adam Smith (1793-1790), in: Starbatty, Joachim (Hg.): Klassiker des ökonomischen Denkens, München 1989, S. 137.

<sup>156</sup>Vgl. ebd., S. 794-795.

<sup>157</sup>Vgl. ebd., S. 795.

<sup>158</sup>Heckscher, Merkantilismus, S. 430; und vgl. Bowen, Business, S. 14.

<sup>159</sup>Vgl. ebd., S. 431f. Hinzu kam noch die zeitgenössische Skepsis gegenüber staatlichen Bürokratien, die als korrupt und ineffektiv galten.

Wohlstandsniveau“<sup>160</sup> erreichbar wären. Auch Behauptung, dass „Marktgeschehnisse als eherner Naturgesetze aufgefaßt wurden“, traf den Zeitgeist der sich wandelnden Wissensgesellschaft, die Rationalität und Empirie als Maßstab von Urteilen forderte.<sup>161</sup> Auch die Wirtschaft sollte sich somit politischen Planspielen entziehen und nicht übermäßig regulativ auf Märkte, Profite, Zinsgebung oder Preis-, Produktions-, Investitions- und Konsumententscheidungen einwirken.<sup>162</sup> In der faktischen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik jener Epoche aber griff der Staat nicht bloß in die wirtschaftlichen Abläufe ein, wie Kopsidis schreibt, sondern die staatliche Steuerungsinstrumente und eine rechtlich bindende Durchsetzung von Rechtsnormen ermöglichte erst die Industrialisierung; der wirtschaftliche Liberalismus war also nicht Anstoß sondern Folge dieser Entwicklung.<sup>163</sup>

Das Dogma des Liberalismus, dass sich wirtschaftliche Zusammenhänge entlang einer quasi-natürlichen Ordnung selbsttätig regulieren würden, bildete in den Denkfiguren des Merkantilismus und Liberalismus einen wesentlichen Unterschied. Liberale forderten, staatliche Interventionen auf ein Minimum zu begrenzen, um die „Ordnung“ nicht zu zerrütten.<sup>164</sup> In der merkantilistischen Idee aber war der „soziale Kausalzusammenhang“ weniger durch immanente Kräfte oder natürliche Gesetze bestimmt, sondern oblag der Steuerung durch Kaufleute, Politiker. Den merkantilen Theoretikern zufolge waren ökonomische Systeme wesentlich in aktiven menschlichem Handeln begründet.<sup>165</sup>

Die Definition von Freiheit war das entscheidende Merkmal, das die beiden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen auszeichnete und gleichsam trennte. Die Vorstellung von Gerechtigkeit und die Idee, was die Ursache des Handelns und der Urteilskraft eines Menschen sei, sind in der Unterscheidung der Sinnsysteme von großer Bedeutung. Wie Heckscher darlegt, beförderte die liberale Denkart eine humanistische und philanthropische Gesellschaftspolitik, die Vernunft als Leitmotiv der eigenen Handlungen, und davon abgeleitet eine politische Agenda verfolgte, die die Ablehnung des Pauperismus, des Sklavenhandels, des Missbrauchs von Kinderarbeit, die allesamt bis Ende des 18. Jahrhunderts toleriert wurden, zum Ziel hatte.<sup>166</sup> Osterhammel schreibt hierzu, dass jeglicher Kolonialismus stets auch mit einer „sendungsideologischen Rechtfertigungsdoktrin“ einherging,<sup>167</sup> die Orientalisten des 18. Jahrhunderts im Vergleich zu den Beamten des Viktorianischen Zeitalters aber keine Kulturpolitik betrieben, die Einfluss auf die Sitten der indigenen Kulturen nehmen sollten.<sup>168</sup> Die starke Betonung der Individualität und der

---

<sup>160</sup>Kopsidis, Liberale Wirtschaftspolitik, S. 34.

<sup>161</sup>S.o.

<sup>162</sup>Ebd., S. 35.

<sup>163</sup>Vgl. ebd., S. 36-37.

<sup>164</sup>Ebd., S. 37.

<sup>165</sup>Heckscher, Merkantilismus, S. 293.

<sup>166</sup>Ebd., S. 297.

<sup>167</sup>Vgl. Osterhammel, Jürgen: Geschichte, Formen, Folgen, München 1997, S. 20.

<sup>168</sup>Vgl. Habib, Indian Economy, S. 80.

Vertragsfreiheit entspricht jedoch einem Idealbild, häufig spielten auch machtpolitische Interessen einzelner Gruppen gewichtige Ursachen der Handlungen, wodurch man nicht umfassend von einer Durchsetzung liberaler Ideen sprechen kann.<sup>169</sup>

Zugleich sind auch Überschneidungen zwischen dem Wirtschaftsliberalismus und dem Merkantilismus in ideologischen und fachlichen Themenstellungen zu konstatieren. Allzu klare ideologische Trennlinien kann man im Handeln und Denken der Personen so leicht nicht festmachen. Eine zeitlich eindeutige Zäsur der einen Epoche der Wirtschaftsdoktrinen und den Übergang in die jeweils andere ist aus diesem Grund nicht möglich. Gleichwohl kann man eine Verschiebung der wirtschaftspolitischen Prioritäten der Akteure erkennen: „Es bestand eine Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der wirtschaftlichen Wirklichkeit und den Ideen darüber, wie diese Entwicklung am besten gewonnen werden könne, denn alle gesellschaftlichen Erscheinungen beeinflussen sich gegenseitig“, so Heckscher.<sup>170</sup> Die bisher legitime Ausgrenzung britischer Staatsbürger seitens des Staates wurde beispielsweise immer häufiger nicht mehr als legitimes Mittel der Handelspolitik anerkannt.<sup>171</sup> Aber auch die merkantile Politik einer Kontingentierung von Handelswaren oder die staatliche Protegierung einzelner Regionen schien den Zeitgenossen lediglich als eine ungerechte Bevorzugung der Handelsgesellschaften und einiger staatlicher Akteure zu sein. Die Maximen einer auf dem wirtschaftlichen Liberalismus sanktionierten Handelspolitik müsste solche Restriktionen aus dem Prinzip der Gleichheit stattdessen aufheben.

Die internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit zeichneten sich durch das Primat einer Ausschaltung von Konkurrenten in ökonomischen Angelegenheiten aus und einer Abschottung nationaler Wirtschaftskreisläufe von etwaiger internationaler Arbeitsteilung. Die Vordenker des Liberalismus zweifelten an der Nachhaltigkeit solcher Ideen, obschon die genannten merkantilen Praktiken Folge einer durch kriegsbedingte oder diplomatischen Konflikte Lebenswirklichkeit darstellte, die theoretische Überlegungen schlichtweg überholte.

Die moralischen Imperative der Ideensysteme beeinflussten auch den Umgang mit den indigenen Völkern der kolonialen Peripherie: fremde Kulturen und andere Akteure galten entlang merkantiler Denktraditionen als durchaus gleichberechtigt; in indigene Kulturen sollte – auch aufgrund der mangelnden Kapazitäten – nicht unnötig eingegriffen werden. Der wirtschaftliche Liberalismus ist hier nicht von gesellschaftspolitischen Grundsätzen zu trennen. Das moderne, britische imperiale Sendungsbewusstsein war eben auch die Folge einer auf dem wissenschaftlichen Fortschritt und der Aufklärung gläubigen Gesellschaft, die Intervention in fremde Regionen als legitimen Ausdruck eines Fortschrittsbewusstseins bezeichnete.<sup>172</sup>

---

<sup>169</sup>Vgl. Kopsidis, liberale Wirtschaftspolitik, S. 38.

<sup>170</sup>Heckscher, Merkantilismus, S. 448.

<sup>171</sup>Vgl. Kopsidis, liberale Wirtschaftspolitik, S. 48.

<sup>172</sup>Eine Matrix mit den wesentlichen Parameter beider Ordnungsideen, siehe: Anlage 3.

### 3. Analyse der Charter-Act-Verhandlungen

Fassen wir die Darstellung der politischen, ökonomischen und ideengeschichtlichen Entwicklungen zwischen 1793 und 1813 zusammen, so sind starke exogene Herausforderungen, die die institutionelle Rahmenordnung des Empire herausforderten einerseits die militärisch-politischen Folgen der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege und andererseits der umfassende sozioökonomische Strukturwandel der Industrialisierung. Solche Herausforderungen wirkten verunsichernd auf die politischen und ökonomischen Eliten des Empire, Adlige sowie die Bürger- und Händlerschaft. Die darüber hinaus aggressive und militärische koloniale Expansion und der Herausbildung eines kolonialen Staates bildete gleichsam ein neues imperiales Selbstverständnis aus. Douglas M. Peers umschreibt die kulturell-kognitiven Leitlinien der imperialen Agenda gleichsam mit den Schlagworten: Sicherheit, Stabilität und Profitabilität.<sup>173</sup> Die konstitutionellen und institutionellen Ordnungen des Britischen Weltreiches erlaubten eine umfassende Pfadänderung der Wirtschaftspolitik ohne auf die Basisinstitutionen einzuwirken, d.h. ohne das politische System schlechthin zu verändern. Man kann aus diesem Grund also plausibel von einem institutionellen Wandel sprechen, der den Grad einer Neuausrichtung annahm.

Diese Leitlinien müssen nach Baylys Erläuterungen zusätzlich noch um den Punkt eines starken chauvinistischen Nationalismus erweitert werden.<sup>174</sup> Im Bewusstsein der Gentlemanly Capitalists waren die Vorstellungen einer Stabilität der Handelsrouten und die Sicherheit der kolonialen Vormachtstellung in Indien bedeutsam, doch die permanenten Krisensituationen legitimierten alternative Wertvorstellungen und änderten so die öffentlichen Erwartungshaltungen. Ende des 18. Jahrhunderts hatten die führenden Politiker die Beibehaltung der Monopolstellung der EIC als zentralen Anker der britischen Handelspolitik verteidigt. Die Forderungen der provinziellen Industriellen schienen ihnen überzogen und unangemessen.<sup>175</sup> Die politischen wie auch ökonomischen Krisen nach 1793 erschütterten diese Gewissheiten aber, die Anforderungen an die Entscheidungsträger, die außerordentlichen Krisen zu meistern, schufen Zeitfenster für eine alternative Politik. So gewann ein neuer imperialer Geist innerhalb der britischen Eliten, der sich als gleichsam rassistisch überlegener sowie aufgeklärter und aristokratischer Patriotismus und

---

<sup>173</sup>Peers, *Colonial Rule*, S. 38.

<sup>174</sup>Über die ideengeschichtlichen Spannungen, die verschiedenen philosophischen und die mentalitätshistorischen Strömungen und Bruchstellen, die in der britischen Gesellschaft als Folge der multiethnischen und transkontinentalen Zusammensetzung von Bevölkerungsgruppen und des Problems der Integration und Konsolidierung des Herrschaftsbereiches entstanden, gibt Bayly eine sehr detaillierte und kohärente Darstellung, die insbesondere auf die Bedeutung der Symbolstärke der britischen Krone fokussiert, vgl. Bayly, *Meridian*, S. 109ff.

<sup>175</sup>Vgl. Webster, *Twilight*, S. 39f.

Nationalismus manifestierte, an Legitimität. Die Durchsetzung der Interessen der neuen industriellen Akteure und der Umorientierung der Gentlemanly Capitalists und der politischen Klasse zugunsten einer Aufhebung des Monopols auf den Indienhandel war konstitutiv für diese Sattelzeit.

Es gilt im Folgenden, die geschilderten Erläuterungen zu den Ordnungsideen des Merkantilismus und Liberalismus an konkreten Ankerbeispielen in den Sondierungsgesprächen und öffentlichen Pamphleten und auf der parlamentarischen Bühne festzumachen, um die Fundierung der jeweiligen Akteursgruppe in den jeweiligen mentalen Handlungsmustern beispielhaft für die folgende Analysefestmachen zu können. In den eigentlichen Verhandlungen wird dann vor allem die Phase interessant sein, an der es zwischen den opponierenden Akteuren zu keiner einvernehmlichen Lösung des Problems mehr kam, die Debatte umso stärker in die Öffentlichkeit und dem Parlament ausgetragen worden war. Auf einer moralisch-ethischen Ebene betonten Akteure ihre Standpunkte dort besonders heftig, wo im Zuge der Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen dem Modell von Csigó nach die Legitimierung der Ideensysteme im Vordergrund stehen.

### **3.1 Ankerbeispiele: die Sondierungsgespräche vor 1811**

Die ersten Korrespondenzen zwischen dem BoC und dem CoD, die auf die bevorstehenden Charter-Act-Verhandlungen Bezug nehmen, sind auf den 30.09.1808 datiert.<sup>176</sup> Robert Dundas wollte die EIC darauf hinweisen, dass es in einigen Fällen zu Anpassungen der Charter kommen müsste: „such modifications as may be deemed necessary“.<sup>177</sup> Diese angekündigten Veränderungen stellten einen Einschnitt zur Praxis vor 1793 dar, denn bis zur Zeit der Französischen Revolution intervenierte der BoC selten zuungunsten der EIC in deren operativen Geschäfte.<sup>178</sup> Auffallend ist, dass Dundas weder konkrete Angaben über den Inhalt der Modifizierungen oder darüber machte, welche Akteure diese Modifizierungen verlangten. Der Ausdruck vager und unpräziser Alternativen bzw. unklar definierter Handlungsabsichten stellt nach Senge einen Beweis für mimetische Mechanismen der Isomorphie dar. Das BoC und die britische Regierung waren im Zuge der Kriege mit Napoleon in die Notwendigkeit geraten, Handlungen jenseits der tradierten Muster vorzunehmen, da es bisher nicht gelungen war, über bloße Anpassungen der gängigen Politik die Nahrungsmittelengpässe einerseits oder den Verlust von Handelswegen andererseits zu beheben. Dundas referiert aber nicht explizit auf einschlägig liberale Denkfiguren; was in der Persönlichkeit Robert Dundas begründet liegt, der als wenig konfliktfroh oder sich gar als innovativer Denker gebärtete.<sup>179</sup>

---

<sup>176</sup>Siehe: Letter from the Right Honorable Robert Dundas to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 5.

<sup>177</sup>S.o.

<sup>178</sup>Desai, Brief Survey, S. 229.

<sup>179</sup>Philips beschreibt Dundas ferner als wenig führungsstark, das gespaltene Direktorium der EIC auf eine Position zu

Wiederholt betont Dundas Anfang Januar 1809 gegenüber dem CoD, dass „alterations may probably be deemed indispensably necessary“.<sup>180</sup> Auch droht er, dass Alternativen zum bisherigen System Britisch-Indiens möglich wären, ohne diese Szenarien aber zu elaborieren; eine solche gravierende Kursänderung hätte auch überdies nur mit Zubilligung der gesamten Regierung und der überragenden Mehrheit des Parlaments geschehen können, was zu Recht als unwahrscheinlich galt.<sup>181</sup> Obgleich sich Dundas und der CoD in der grundsätzlichen Situation der kolonialen Ökonomie einig waren, gibt Dundas zu Bedenken,<sup>182</sup> dass sich die Erwartungen an die Modifikationen und die generelle Beibehaltung des Monopols 1793 so nicht erfüllt hätten:

*„The Court should now understand distinctly, that I cannot hold out to them the expectation, that His Majesty's Ministers will concur in an application to Parliament for a renewal of any privileges to the East-India Company, which will prevent British merchants and manufactures from trading to and from India, and the other countries within the present limits of the Company's exclusive trade (the dominions of the Empire of China excepted), in ships and vessels hired or freighted by themselves, instead of being confined, as at present, to ships in the service of the Company, or licensed by the Court of Directors.“*<sup>183</sup>

Dundas verweist auf die privaten Händler und Manufakturen, deren Interessen man nicht länger missachten könnte; ein Hinweis darauf, dass diese Gruppe als Referenzgruppe einen höheren Einfluss zugebilligt bekam. Auch auf die ausländischen Handelsgesellschaften geht er ein mit dem Vorschlag, diese in das imperiale Handelsnetzwerk einbinden zu wollen. Die EIC müsse daher stärker der Kontrolle des BoC selbst zu unterstellt werden: „to extend the controuling authority of the Board of Commissioners to such proceedings of the Court of Directors in England, as are immediately connected with the government or revenues of the Company's territorial possessions in India“<sup>184</sup>; hierbei bezieht er sich auf die Forderung nach einer Erleichterung der Schuldenlast der EIC, dem das Parlament nur über einen solchen weitreichenden Schritt zustimmen könnte.<sup>185</sup> Die EIC behielt aber ihre Schlüsselrolle in der britischen Handelspolitik. Dundas' Aussagen zeigen auf, wie die britische Regierung und das BoC sich zu Beginn der Verhandlungen positionierten.

Die Erwidern auf diesen ersten Vorstoß des BoC seitens des SCoC vom 12.10.1808 waren

---

bringen und hierdurch eine zügige Einigung der Charter zu erreichen, vgl. Philips, East India Company, S. 179f.

<sup>180</sup>Secret Court of Directors, held on friday, 13<sup>th</sup> January, 1809. Letter from the Right Honorable Robert Dundas, dated 28<sup>th</sup> December last, to the Chairman and Deputy, in reply to their letter of the 16<sup>th</sup> December, was read, in: Papers, S. 12.

<sup>181</sup>„It is possible that the same effects might have been produced under a government immediately dependent on the Crown“, siehe: ebd., S. 13.

<sup>182</sup>Insbesondere in Bezug auf die Schuldenlast der EIC und der erwartbaren, zusätzlichen Militärausgaben und Involvierungen im südasiatischen Kontinent aufgrund der Auseinandersetzung mit dem Napoleonischen Frankreich, siehe: ebd., S. 14.

<sup>183</sup>Ebd., S. 16.

<sup>184</sup>S.o.

<sup>185</sup>Secret Court of Directors, held on friday, 13<sup>th</sup> January, 1809. Letter from the Right Honorable Robert Dundas, dated 28<sup>th</sup> December last, to the Chairman and Deputy, in reply to their letter of the 16<sup>th</sup> December, was read, in: Papers, S. 13f.

umfangreich. Man erklärte, im „interest of the Public and the Company“ die Verhandlungen gleichermaßen zügig und schnell angehen zu wollen.<sup>186</sup> Zugleich wurde die Sorge formuliert, keine Verhandlungen zu zustimmen, die nicht „in some degree matured“ wären, weil andernfalls dem Wohle der Allgemeinheit geschadet würde.<sup>187</sup> Und um die Verwaltung und die Ordnung in Britisch-Indien nicht zu gefährden, wurde ebenfalls darauf verwiesen, nicht an den „main principles“ oder der „substance of the present system“ zu rühren.<sup>188</sup> Die Einhaltung der „main principles“ entscheide, ob „minor points“ debattiert werden könnten. Einen Verlust an Glaubwürdigkeit durch die Verfehlungen der wirtschaftlichen Zielsetzungen hält der CoD entgegen, dass die Kriege gegen Frankreich und die indischen Fürstentümer die Wirtschaftlichkeit der EIC beeinträchtigt hätten, und die EIC dabei nicht der Aggressor gewesen war. Ein Schuldenschnitt der sog. Indian Debt sei deshalb legitim und notwendig.<sup>189</sup>

Diese ersten Korrespondenzen verdeutlichen die unscharfen Trennlinien merkantiler und liberaler Denkmuster. Der Hinweis auf das Wohl der Öffentlichkeit wird bereits von beiden Seiten genutzt. Gleichsam aber verweist die EIC darauf, keine größeren Änderungen der regulativen Institutionen anzustreben. Stattdessen strebe man dort vielmehr eine Erleichterung der Bedingungen der EIC über einen Schuldenschnitt an, ohne aber umfassende Reformen der institutionellen Rahmenbedingungen anzustoßen. Die Unverzichtbarkeit der EIC in der Handelspolitik und der administrativen Kontrolle Südasiens war sowohl dem CoD und dem BoC klar, Drohungen dienten lediglich der instrumentellen Verhandlungstaktik. Seitens des CoD waren alternative Modelle, die die „main principles“, d.h. die tradierten merkantilen Überzeugungen verletzen, keine legitime Möglichkeit. Eine gewisse Verhandlungsbereitschaft zeigte man zwar, verfolgte allerdings eine grundsätzliche Beibehaltung der Leitlinien von 1793. Das bekannteste Beispiel ist David Scott, der mit David Scott & Co eines der erfolgreichsten Agency Houses jener Tage aufbaute, wo er geschickt die Strukturen der EIC für den legalen privaten Handel nutzte; Erleichterungen im private trade sollten im Rahmen der Ordnung von 1793 möglich sein.<sup>190</sup> Insgesamt hielt die EIC eine grundsätzliche Veränderung der regulativen Institutionen aber für unangemessen.

Eine zentrale Argumentationslinie, die während der gesamten Charter-Act-Verhandlungen

---

<sup>186</sup>Secret Committee of Correspondence, the 12<sup>th</sup> October, 1808. Agreed to the following draft of an answer to the letter of the 30<sup>th</sup> ultimo, from the Right Honorable Robert Dundas, in: Papers, S. 6-7. Autoren des Schreibens sind Edward Parry (1755 - 1822) und Charles Grant (1746 - 1823), die beide dem sog. Indian interest zugerechnet werden nach Philips und den Vorsitzenden (Grant) und dessen Stellvertreter (Parry) im SCoC stellten, vgl. Philips, East India Company, S. 336 – 337.

<sup>187</sup>Secret Committee of Correspondence, the 12<sup>th</sup> October, 1808. Agreed to the following draft of an answer to the letter of the 30<sup>th</sup> ultimo, from the Right Honorable Robert Dundas, in: Papers, S. 6.

<sup>188</sup>Ebd., S. 7.

<sup>189</sup>Secret Court of Directors, held at 17<sup>th</sup> December 1808. Minutes of the 7<sup>th</sup> instant were read and approved. Draft of a letter from the Chairman and Deputy to the Right Honorable Robert Dundas, offering some suggestions of a general nature, as the principal foundations on which a new agreement between the Public and the East-India Company may be placed, was read and unanimously approved, being as follows, in: Papers, S. 10.

<sup>190</sup>Vgl. Webster, Strategies, S. 746.

beibehalten wird, zeigt sich schon an diesem frühen Punkt der Verhandlungen. Die Handelspolitik könne nicht losgelöst von der Verantwortung gegenüber der einheimischen Bevölkerung Britisch-Indiens und der Stabilität des Regierungssystems betrachtet werden: „The Court have no hesitation in declaring their decided conviction that it would effectually supersede and destroy, not merely the rights of the East-India Company, but the system of Indian administration, established by the Acts of 1784 and 1793.“<sup>191</sup> Die koloniale Ökonomie und mithin die Interessen der EIC als kolonialer Agentur fassen eben nicht auf den Präferenzen individueller Händler, so Parry und Grant: „With respect to the Private Trade, the Company are not governed by narrow considerations of commercial profit or commercial jealousy“, und dass:

*„unlimited freedom, for which some persons have, of late years, contended, would have political consequences more injurious to the power of this country and of British India, than the advantages anticipated by sanguine minds, from an enlargement of the commerce, could compensate, if those advantages were to be realized“*<sup>192</sup>

Ökonomie und Kultur könnten nicht getrennt werden. Immer wieder werden im Folgenden Planspiele der Monopolgegner als abstrakte Annahmen ohne gesicherte Erfahrungswerte abgetan. Die Stabilität und die Sicherheiten der kolonialen Vorherrschaft wären ernsthaft gefährdet. Eine mögliche, liberale Freihandelspolitik, die von den privaten Kaufleuten favorisiert wurde, charakterisierte der CoD folgendermaßen:

*„the leading objects must be to export as many as possible of our home manufactures, and to import those commodities, which would either beneficially supply our own consumption, or the demand of other countries, European or Transatlantic: and it is, no doubt, imagined by many persons, that if trade to India were perfectly free, these objects could be attained, in a degree extending far beyond its present scale. The ardour of individual enterprize, it will be thought, could find out channels, which the settled routine of a Company cannot explore, and carry on commercial operations more economically and expeditiously than suits with the habits of monopoly, whilst our most active rivals in the Indian trade would thus be best counteracted“*<sup>193</sup>

Eine solche Perspektive auf die Handelspolitik wurde in dem Schreiben zwar als verlockend, aber als langfristig schädlich für die koloniale Ökonomie und die britische Paramouncy dargestellt. Wiederum zeigt sich die Fundierung in der merkantilen Denktradition, dass „from opening the trade with India, [...] no material enlargement, if any enlargement at all, is to be expected in the exports of our manufactures to that quarter“.<sup>194</sup> Gemäß des Verständnisses des CoD wären keine Steigerungen der

---

<sup>191</sup> „The mutual benefit of their immense population and of the paramount state, the Court must, of course, believe, that the propositions which have just been quoted, are supposed to be compatible with the continuance of that system, or reducible to a consistency with it“, siehe: Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Robert Dundas, noticed in the preceding Minute, East-India House, 13<sup>th</sup> January 1809, in: Papers, S. 19.

<sup>192</sup>Ebd., S. 20.

<sup>193</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Robert Dundas, noticed in the preceding Minute, East-India House, 13<sup>th</sup> January 1809, in: Papers, S. 20.

<sup>194</sup>Ebd., S. 21. Verwiesen wird dezidiert auf folgende Merkmale, die aus zweihundert Jahren Erfahrungen gewonnen

Profite möglich, sondern lediglich Umverteilungen der bisherigen Gewinne. Es wäre demnach völlig kontraproduktiv, die Produktionsstätten, welche die EIC in Indien aufbaute, und über welche man z.B. mit italienischen Textilgewerben sehr gut konkurrieren könnte, zu schädigen.<sup>195</sup>

Die starke Bindung an merkantilistische Wirtschaftspraktiken wird auch in den Widerlegungen der Argumente des BoC deutlich. So ging der CoD auf deren „speculations“ ein, die den Handel mit ausländischen Staaten betreffe und die entgegen der „navigation laws“ ggf. über Drittländer wie Portugal, russische Regionen wie Georgien, oder die beiden Amerikas ausgeführt werden könnten: „But such a measure would essentially exclude the mother country from being the medium and emporium of our Indian trade; and whilst it served to enrich India, rather than Britain, would facilitate the progress of the former to independence.“<sup>196</sup> Zusätzlich wären Kontrollen der sensiblen und viralen Regionen des Welthandels, insbesondere Chinas, in der Aufhebung des Indienmonopols nicht mehr zu gewährleisten:

*„so dangerous an innovation were not adopted into our commercial code, it is altogether probable that English ships, admitted without limitation into the Indias Seas, would take the liberty of sailing to those markets which would be thought the most promising; so that in effect, the opening of the Indian trade would be not soley or chiefly for this country alone, but for other, perhaps for all parts of the world.“*<sup>197</sup>

So gesehen konstatiert der CoD, es könne nach Reformen, außer in Vorteil für andere Staaten, keinen Vorteil für das Britische Weltreich geben könnte:

*„that the opening of the Indian trade to the subjects of Great Britain could not materially increase, either the export of the manufactures of this country, or its commerce in the production of India, it will next be proper to consider, what the effects of the proposed change would be upon the East-India Company and upon British India.“*<sup>198</sup>

Generell stellte sich der CoD gegen die Behauptung, Schuld zu tragen an der Abgabe von Marktanteilen im Indischen Ozean an amerikanische Händler; hier wird auf den Jay-Vertrag von 1794 verwiesen, der es den amerikanischen Händlern ermöglichte, freien Zugang zu den britischen Territorien im Indischen Ozean zu erhalten und Handelsgüter von Asien nach Europa und den Amerikas zu transportieren.<sup>199</sup> Wie Philips allerdings aufzeigte, war das Direktorium in diesem Thema stark gespalten; eine Gruppe von Direktoren unter Francis Baring befürwortete das amerikanische Engagement in den südasiatischen Märkten und den Transporte nach Europa unter Verweis auf die Schwierigkeiten, die andernfalls bei unzureichenden Schiffstransporten entstünden,

---

wurden: Wesen der indischen Bevölkerungen, Klima, Produktionsverhältnisse u.ä.

<sup>195</sup>Vgl. ebd., S. 24.

<sup>196</sup>Ebd., S. 27-28.

<sup>197</sup>S.o.

<sup>198</sup>Ebd., S. 28.

<sup>199</sup>Ebd., S. 27. Obschon den Amerikanern weitreichende Rechte in den East Indies eingeräumt worden waren, blieben die Rechte in den West Indies eingeschränkt, was den Vertrag in der amerikanischen Öffentlichkeit sehr unbeliebt machte. Hier zeigt sich noch der Mangel an Aufmerksamkeit, der der Region Südasiens im Vergleich zur Atlantikregion entgegengebracht worden war.

und warf der Regierung und der EIC eine mangelhafte wirtschaftspolitische Weitsicht vor. Die Uneinigkeit gegenüber den USA in der Handelspolitik und die seit 1806 unklare Rechtslage galten demnach als ein Ursache für den Kriegsausbruch 1812, da die britische Regierung durch die sog. Order of Councils 1807 eine aggressive Antwort der USA im sog. Jefferson's Embargo provoziert hatten und so letztlich die diplomatischen Spannungen erst militärisch gelöst werden konnten.<sup>200</sup>

Die EIC verwies auf die besondere Situation Britisch-Indiens, die nicht mit den Bedingungen anderer Kolonien, insbesondere denen der West Indies, zu vergleichen wären:

*„The admission of all private merchants, at their pleasure, and of their ships, into that trade, would make it as perfectly free as the trade to our American or West-Indian colonies. There would, as to India, be an end of all exclusive privilege of trade. This would not be any modification of the Act of 1793, but an essential departure from it. That act permitted only the export of British manufactures, and intended only to provide for the returns to them, and for the remittance, in goods, of British fortunes from India; both on the ships of the Company.“<sup>201</sup>*

Die dargelegten Modifikationen wäre demnach keine einfache Reform, sondern eine Aufhebung der merkantilen Handelspolitiken in der Region Südasiens:

*„The loss of the Indian monopoly, such as it was left by the Act of 1793, would lead, by no slow process, to the entire subversion of the Company, both in their commercial and political capacity, and of that system which the Legislature has appointed for the government of British India, of which system the Company forms an integral and essential part“<sup>202</sup>*

Eine gewisse Verhandlungsbereitschaft wurde aber in Aussicht gestellt, was aber auf das gespaltene Direktorium innerhalb der EIC zurückzuführen war, das in Teilen der Ausweitung von Konzessionen an private Händler positiv gegenüber eingestellt war:

*„They will be ready to enter into a serious inquiry concerning the concessions with may be made, without trechning upon the principles established by the Act of 1793; and they trust that he justice and wisdom of His Majesty's Ministers will not require the Company to make essential sacrifices, for the sake of giving the Public, what would, after all, be more an ideal than a real benefit, and be, in other respects, productive of incalculable disadvantages“.<sup>203</sup>*

Diese Spaltung des Direktoriums aber schwächte neben der Verschuldung der EIC die

---

<sup>200</sup>Vor allem Grant und Baring waren Kontrahenten in den Debatten; ersterer verlangte eine Wiederaneignung der amerikanischen Marktanteile. Letztlich wurde aber der Jay-Vertrag 1806 von Seiten der Amerikaner nicht im Senat zur Ratifizierung vorgelegt und die Konflikte beider Nationen nahmen in der Folge rapide zu, vgl. Philips, East India Company, S. 156-158.

<sup>201</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Robert Dundas, noticed in the preceding Minute, East-India House, 13<sup>th</sup> January 1809, in: Papers, S. 28. Hierbei verwies man zusätzlich auf die unangemessenen Folgen einer Ausweitung der „main principles“: *„And what is a still more radical change, instead of a limited amount of tonnage not incompatible with the Company's system, it admits all ships, without any limitation, or option on the part of the Company: it throws all India open to those ships, and thus sets aside the Company from being the sole channel and medium of the trade, through their own shipping, or shipping engaged by them, which completely divests them of the last remnant of exclusive privilege in that trade.“*

<sup>202</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Robert Dundas, noticed in the preceding Minute, East-India House, 13<sup>th</sup> January 1809, in: Papers, S. 28.

<sup>203</sup>Ebd., S. 33.

Verhandlungsbasis nachhaltig.<sup>204</sup> Erst der politische Druck, der durch die Wiederaufnahme des Krieges mit dem Napoleonischen Frankreich ab 1803 entstand, hatte die EIC zu Konzessionen genötigt, 5.000 Tonnen an Frachtladungen den privaten Kaufleuten einzuräumen.<sup>205</sup> Weiteren Konzessionen aber stand man sodann 1809 kritisch gegenüber:

*„But such an increase, in the present and prospective state of the trade in Indian imports, enough has been above said to shew the improbability; and before that supposition could, in any case, be realized, the ruin of the parties immediately embarked in the trade (a trade so distant, requiring large capitals, and making slow returns) might be completed, with the ruin also of the Company, whose establishments would have been deranged by this great change. If the change itself did not occasion the fall of the Company, the disappointments which the private adventures could not fail to experience would, by them, be charged to the influence of the remaining privileges of the Company, and they would not rest until the whole were extinguished.“<sup>206</sup>*

Dundas, Grant und Parry kamen Ende Februar 1809 zu einem Gespräch zusammen. Sie vereinbarten, die Gespräche über eine Charter-Act-Verhandlung erst dann fortzusetzen, wenn das Parlament in den Untersuchungsausschüsse in hinreichender Weise über die verschiedenen Aspekte der EIC und Südasiens zu Ergebnissen gekommen war.<sup>207</sup>

Die aufgeführten Sondierungen zeigten bereits die Positionierungen des CoD und des BoC für die anstehenden Verhandlungen. Während beide Seiten Verhandlungsbereitschaft signalisierten, die wesentlich auf die exogenen Herausforderungen zurückzuführen waren, blieb die EIC gespalten, in welcher Höhe man Konzessionen an den BoC machen sollte; einige Inhaber der Agency Houses unter Francis Baring forderten eine deutliche Abkehr strikter merkantiler Handlungsweisen. Der BoC verdeutlichte die Absicht, künftig sowohl stärker in die Kontrolle der EIC eingebunden zu werden als auch privaten Händlern mehr Rechte einzuräumen.<sup>208</sup> Die Interessen der privaten Händler und Bankiers, als einer zentralen Referenzgruppe, waren deutlich hervorgetreten. Dieses Zugeständnis war eine Folge der legitimierten Ansprüche dieser Akteursgruppen und der zeugten davon, dass die

---

<sup>204</sup>Im Jahre 1807 garantierte Napoleon die Integrität Persiens im Vertrag von Finkenstein und forcierte eine Annäherung an Russland, indem er etwa eine militärische Expedition nach Teheran entsandte. Dies nötigte den neuen General Gouverneur Earl of Minto (1751–1814; im Amt: 1807–1813) zu weiteren militärischen Schlägen in Punjab und Afghanistan sowie zur Einnahme des kolonialen Besitzes der Portugiesen in Goa und der Holländer auf Java und Sumatra. Gleichsam blockierte der Shipping Interest den Aufbau einer Handelsflotte in den indischen Werften, wodurch man die Erhöhung von Handelsumsätzen erhoffte hatte seitens einiger Direktoren der EIC, die zugleich auch Inhaber von Agency Houses waren, vgl. Philips, East India Company, S. 176ff.

<sup>205</sup>Vgl. Desai, Brief Survey, S. 245.

<sup>206</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Robert Dundas, noticed in the preceding Minute, East-India House, 13<sup>th</sup> January 1809, in: Papers, S. 29.

<sup>207</sup>Secret Committee of Correspondence, the 28<sup>th</sup> February, 1809, in: Papers, S. 39; vgl. auch: Philips, East India Company, S. 179f. „Between 1808 and 1812, four reports were issued, which in general gave a favourable account of the Company's management of its China and India trade since 1793.“; überdies war die Regierung und die EIC nicht an einer Eröffnung der Debatten interessiert; erstere wegen der Kriege in Europa und letztere, weil man sich eine Verbesserung der finanziellen Ausgangslage erhoffte durch eine zeitliche Pause, vgl. Philips, East India Company, S. 181.

<sup>208</sup>Das BoC hatte um 1800 noch die Zufriedenheit dargelegt, mit welcher man das Monopol betrachtete und war von diesem Standpunkt ein Jahrzehnt später ziemlich entfernt, siehe: An Impartial Reporter, The preliminary debate of the East India House, January, 5<sup>th</sup>, 1813, Extract of a letter from Lord Melville to the Chairman dated 2<sup>nd</sup> April, 1800, Appendix No. XII, S. 59-61.

merkantile Bevorzugung einer Handelsgesellschaft zuungunsten der britischen Staatsbürger nicht mehr die Staatsräson bildete.

### 3.2 Analysezeiträume

Die drei Analysezeiträume sind chronologisch strukturiert. Die Zäsuren gliedern sich entlang der Übernahme des BoC durch Lord Buckinghamshire im dem Frühjahr 1812 und der Verhärtung der Verhandlungsfronten Ende 1812. So war man mit Robert Dundas im Frühjahr 1812 zu einem Kompromiss gekommen, London als Hafen in vollem Umfang für den Importhandel auch für private Händler zu öffnen. Auf Druck der Agency Houses und Londoner Händlern war dieser Schritt letztlich auch seitens der EIC akzeptiert worden.<sup>209</sup> Diese Anpassung entsprach der Position der Gentlemanly Capitalists, die lediglich den Importhandel von London aus deregulieren wollten. Ab April 1812 aber wurde die grundsätzliche Aufhebung von Restriktionen debattiert, was nicht mehr im Interesse des sog. private interests lag und Ausdruck der Lobbyarbeiten der provinziellen Verbände Nordenglands und Schottlands war.<sup>210</sup> Diese Wendung geht wesentlich auf Buckinghamshire zurück, der bereits den Zeitgenossen als Gegner der EIC galt.<sup>211</sup> Die zunehmend polemischen und moralisierenden Diskussionen verhärteten sich bis Ende 1812 endgültig und wurden erst im Parlament im Juli 1813 abschließend geklärt. Wenngleich sich die Lobbyverbände mit dem Verweis auf eine gleichberechtigte Behandlung aller britischer Staatsbürger auch einen uneingeschränkten Zugang zum Indischen Ozean erhofften, blieb der Chinahandel wegen der außenpolitisch sensiblen Lage mit dem Kaiserreich China und der Machtposition der EIC weiterhin im Monopol bestehen. Liberale Denk- und Argumentationsweisen spielten aber insgesamt eine besondere Rolle in der teilweisen Aufhebung der Privilegien der EIC und markierten eine Neuausrichtung der britischen Handelspolitik.

#### 3.2.1 Dezember 1811 – März 1812

Am 17.12.1811 antwortete Lord Melville dem CoD, dass man die Gespräche unter der genannten Voraussetzung führen könnte, Anpassungen der Charter vorzunehmen.<sup>212</sup> Zentral war die Ablehnung wesentlicher merkantilen Ansprüche, die er gleich zu Beginn der Verhandlungen darlegte:

*„A considerable portion of their reasoning, applicable to all cases of foreign and distant trade, that a monopoly war more beneficial to both countries than an*

---

<sup>209</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 181.

<sup>210</sup>Vgl. Kumagai, Lobbying-Activities, S. 90.

<sup>211</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 82.

<sup>212</sup>Letter from the Right Honorable Lord Voscount Melville to the Chairman and Deputy Chairman, dated the 17<sup>th</sup> December, 1811, noticed in the preceding Minute, India Board, 17<sup>th</sup> December, 1811, in: Papers, S. 43f. Robert Dundas war seit dem Tod seines Vaters Henry Dundas der neue Lord Melville.

*unrestrained commerce, and that the facilities intended to be afforded to private trade with India, by the Act of 1793, were inexpedient and impolitic“ 213*

Hieraus leitete er überdies ab, seinerseits keine abstrakten Gedankenspiele vorzunehmen oder in große theoretische Abhandlungen einsteigen zu wollen: „I do not feel it requisite, in this stage of the business, to enter upon a minute examination of the arguments from which that conclusion was drawn.“ Die seiner Meinung nach angemessene Reaktion des CoD könnte lediglich in der Übernahme seiner Vorschläge liegen. Die privaten Handelsaktivitäten arbeiteten seit 1803 profitabel und deren Handelsvolumina hätte sich auch mehr als verdoppelt. Und wie Philips anmerkt, war Melville kein großer Verfechter einer Liberalisierung des Indienhandels, wie etwa noch dessen Vater, aber aufgrund der evidenzbasierten Darlegung der Agency Houses und der Berichte des Parlaments nun zu dieser Überzeugung gelangt.<sup>214</sup> Gleichsam signalisierte Lord Melville, dass die britische Regierung zusätzliche Truppen für die militärischen Aktionen in Südasien bereitstellen würde. In Bezug auf die steigenden Schulden teilte er mit, dass das Parlament der Übernahme unter der Voraussetzung zustimmte, die Forderungen der Regierung zu akzeptieren. Sollte das geschehen, so Melville, könnte man weitere Verhandlungen vornehmen.<sup>215</sup>

Im März 1812 gab der CoD eine Denkschrift an den CoP weiter, die inhaltlich bereits an Lord Melville übermittelt worden war. Darin wurde die Haltung des CoD zum Ausdruck gebracht. Grundsätzlich galt es, „no greater extension of the trade shall be granted than what was allowed by the Act 1793“ zu tolerieren. Allerdings übernahm man die Forderung von Melville, Modifikationen für den privaten Handel zu akzeptieren.<sup>216</sup> London würde als Umschlagspunkt aller Handelsaktivitäten mit Indien beibehalten, nur eben im vollen Umfang auch für die privaten Kaufleute.<sup>217</sup> Neben weiteren Hinweisen, Einschränkungen und Darlegungen zu den Besonderheiten, die sich im Indien- und Chinahandel für die britische Regierung und private Kaufleute ergeben würden,<sup>218</sup> bestand man aber darauf, die Mobilität und Einreise britischer Händler und Bürger nach Indien weiterhin zu reglementieren.<sup>219</sup> Auch verlangte man die Sicherheit für die Teilhaber der EIC, weiterhin eine Dividende von 10,5% zu erhalten.<sup>220</sup> Insbesondere diese Forderungen nach einer Sicherheit und Profitabilität der Teilhaber der EIC sollten eine Annahme seitens des CoP ermöglichen.<sup>221</sup>

---

<sup>213</sup>Ebd., S. 44.

<sup>214</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 181.

<sup>215</sup>Letter from the Right Honorable Lord Viscount Melville to the Chairman and Deputy Chairman, dated the 17<sup>th</sup> December, 1811, noticed in the preceding Minute, India Board, 17<sup>th</sup> December, 1811, in: Papers, S. 45.

<sup>216</sup>Hints, S. 7.

<sup>217</sup>„There does not appear to exist any sufficient reason for preventing ships from clearing out for the East-Indies from ports of the United Kingdom besides the port of London, vgl. ebd., S. 11.

<sup>218</sup>Man verlangte Einschränkungen im Seiden- und Salpeterhandel und konkrete Aussagen zur Tonnage privater Handelsflottillen. Als Grenze zwischen dem Indien- und dem Chinahandel wurde Point Romania im heutigen Malaysia festgelegt, ebd., S. 11-20.

<sup>219</sup>Vgl. ebd., S. 14.

<sup>220</sup>Vgl. ebd., S. 18.

<sup>221</sup>So begründete man diese Forderung an Lord Melville, siehe: Letter from the Deputation to the Right Honorable Lord

Der CoD schrieb zu Beginn des März 1812 an Lord Melville, dass man die Lösung des BoC und der Regierung zwar annehmen wollte, gleichsam die Befürchtung äußerte, dass „it will not give to the nation those commercial advantages, which it has been the habit of many of the commercial interests of this Country to contemplate“.<sup>222</sup> Vor allem die Ausdehnung ausländischer Schiffe bei der Aufkündigung des Monopols in den Handel wären eine Gefahr der britischen Handelsnetzwerke: „the spirit of the navigation laws, which have always been considered to be the basis of the maritime strength of this country, may be viewed by the nation with extreme alarm, and will probably give rise to many disorders.“<sup>223</sup> Man wies ebenfalls daraufhin, dass die Aufhebung der Privilegien der EIC im Sinne der Staatsräson als angemessen galten und nicht einfach der Befriedigung individueller Interessen:

*“taking this opportunity to offer some remarks, and to answer, in a cursory manner, part of those public accusations, which have been so assiduously urged against the East-India Company, and against the further continuance of a system, which, they hope, will appear to rest, not upon the grounds of individual interest, but upon the firm basis of national advantage”*<sup>224</sup>

An dieser Stelle wurden auch die positiven Erfolge des kommerziellen Managements der EIC betont und darauf verwiesen, dass immerfort nur die schlechten Zahlen und Nachrichten öffentlich debattiert würden.<sup>225</sup> Vor allem die Kriegsfolge und die hohen Schulden wären eine permanente „source of the Company’s embarrassment“.<sup>226</sup> Als Folge der Eroberung Indiens, der Stabilisierung und Einführung einer staatlichen Ordnung waren die Schulden aber nötig gewesen und das Funktionieren der EIC stellte trotz dieser Belastungen gewissermaßen eine „historische Leistung“ dar:

*„the Company may have the satisfaction of thinking, that they, at their own risk and expense, have rescued it from contending Nations, and may claim the merit of having laid it at the feet of their country; [...] as not only to reflect the highest credit upon the East-India Company, but also to raise, as the page of history will testify, the national character. They venture to hope, that, when all the great political relations of this acquisition are considered, the price paid for it will not be deemed as out of proportion to its intrinsic value. [...] It is true, that the Company have been favoured with this exclusive trade; but it may fairly be asked, would India India have belonged to Great Britain if this exclusive trade had not existed?”*<sup>227</sup>

Die Betonung des nationalen Prestiges, einer stabilen Herrschaft und der Abwehr ausländischer

---

Viscount Melville, also noticed in the preceding Minute, East-India House, 19<sup>th</sup> March 1812, in: Papers, S. 82.

<sup>222</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Lord Viscount Melville, with its Enclosures, noticed in the preceding Minute, East India House, 4<sup>th</sup> March 1812, in: Papers, S. 49.

<sup>223</sup>Ebd., S. 50.

<sup>224</sup>S.o.

<sup>225</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Lord Viscount Melville, with its Enclosures, noticed in the preceding Minute, East India House, 4<sup>th</sup> March 1812, in: Papers, S. 50-52.

<sup>226</sup>Die sog. Indian Debt belief sich den Kalkulationen der EIC nach auf: 51.182.127 Pfund. Diese hohe Summe sei insbesondere auf die Kriege gegen Frankreich und beispielsweise die Expedition nach Ägypten geschuldet gewesen, siehe, ebd., S. 51-52.

<sup>227</sup>Ebd., S. 53.

Nationen stehen im Vordergrund der Aussagen. Die historischen Errungenschaften rechtfertigten es, die Privilegien zugunsten theoretischer Überlegungen behalten zu können: „The wisdom of Parliament will, [...] be applied to preserve what has been obtained, and not to be induced to barter positive, and very large immediate advantage, against speculative notions and theoretical plans.“<sup>228</sup>

Ferner betonte Lord Melville am 21.03.1812 gegenüber der EIC, dass die Kompromisse zwischen dem CoD und dem BoC in Folge einer Veränderung der öffentlichen Meinung in der Indienfrage doch noch weitreichendere Veränderungen bringen könnten.<sup>229</sup> Jenen Meinungsumschwung könne man auf die Entwicklung seit 1793 zurückführen: „the source of constant dispute, and they have even entailed a heavy expence upon the Company, without affording to the Public any adequate benefit from such a sacrifice.“<sup>230</sup> Eine Entscheidung des Parlaments letztlich:

*„it will be the duty of Parliament to consider, not merely whether it may be safe to prolong it, but whether it may be unsafe to abridge or abolish it. As far as relates to the trade with India, and several other countries included within the limits of the Company's Charter, the Court do not appear to have succeeded in establishing the proposition, that any detriment will arise to the public interest, either in this country or in India, or ultimately even to the interest of the Company themselves, from the introduction of private adventures.“<sup>231</sup>*

Melville bezog sich explizit auf normative Argumente, dass die privaten Händlern dem wirtschaftlichen Wohle der Nation mehr dienen würden, als dass die alleinige Monopolstellung der EIC in der Lage wäre:

*„If the Company carry on their trade more expensively and with less activity and industry than private individuals, it is unjust to the country, as well as to the inhabitants of British India, that the exclusive monopoly should be continued; and in such a state of thing, the trade is more likely to be advantageous to the country, and beneficial to the individuals in their hands, than in those of the Company.“<sup>232</sup>*

Melville betonte zudem, dass die EIC in der Lage sein sollte, die Konkurrenz mit den anderen Händlern aufzunehmen; vorausgesetzt, dass die eigenen Strukturen effizient genug wären und effektiv geführt würden. Hieran zeigt sich, was Webster mit dem sog. liberal Toryism bezeichnete, d.h. die „strategy for managing conflict through free competition and compromise with and between competing pressure groups“.<sup>233</sup>

Wie Webster aufzeigt, waren diese Aussagen auch Folgen von Hintergrundgesprächen zwischen George Rose, dem Vizepräsidenten des Board of Trade, und Lord Melville aus dem Frühjahr 1813,

---

<sup>228</sup>S.o.

<sup>229</sup>Vgl. Letter from the Right Honorable Lord Viscount Melville to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minute, India Board, 21<sup>st</sup> March 1812, in: Papers, S. 84.

<sup>230</sup>S.o.

<sup>231</sup>Letter from the Right Honorable Lord Viscount Melville to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minute, India Board, 21<sup>st</sup> March 1812, in: Papers, S. 85.

<sup>232</sup>S.o.

<sup>233</sup>Webster, Trade Liberalization, S. 410.

wo es darum ging, die zugesprochenen Privilegien der EIC möglicherweise doch wieder zu revidieren. Rose war wiederholt von den Lobbygruppen aus Nordengland kontaktiert worden, die auf die immensen Vorteile hinwiesen, die man im Indien- und Chinahandel auszumachen gedachte.<sup>234</sup> Gleichsam konnte der CoD keine Fürsprache in der Regierung erwarten, wie die Korrespondenz des vormaligen Kriegs- und Kolonialminister und späteren britischen Außenminister, Lord Viscount Castlereagh (1769–1822), der eine Ablehnung von Begünstigungen der EIC befürwortete, zeigte.<sup>235</sup> Ausschlaggebend für die Haltung dieser politischen Entscheidungsträger waren auch Petitionen an das Parlament und Politiker, die dort im Frühjahr 1812 eingingen. Kristallisationspunkt der Kritik der Monopolgegner war die fortgesetzte Bevorteilung amerikanischer Händler, die auch durch den Kompromiss nicht beendet würde. Man schaffte es sodann, Handelskammern einzelner Städte in einer großen Dachorganisation der GEIA zu verbinden und ab dem Frühsommer 1812 mit einer großangelegten Agitationswelle anzuheben.<sup>236</sup> In einer Petition der GEIA vom 19.03.1813 heißt es beispielhaft:

*„and that the merchants of the United States of America, availing themselves of the liberty which they have been allowed to enjoy, at the expence of our own people, have prosecuted the East India trade in a manner and to a degree which has enriched the individuals, increased the national wealth of that country.“<sup>237</sup>*

Der ökonomische Druck auf die politischen Eliten, auf die Engpässe an Textilien, Rohstoffen und vor allem Nahrungsmitteln während der Napoleonischen Kriege zu reagieren, war eine Ursache für die Adaptierung liberaler Leitideen. Gleichwohl wäre die alleinige Betonung rein ökonomischer Gründe nicht plausibel. Die Konzessionen an die nordenglischen und schottischen Industriegruppen war vielmehr auch der Ausdruck einer ideengeschichtlichen Wandlung, die zwar über wirtschaftliche Faktoren angestoßen worden war, aber letztlich über ideologische Auseinandersetzung durchgesetzt worden war.<sup>238</sup>

Der General Court der EIC gab den weiteren Verhandlungen des SCoC die volle Rückendeckung. In einer Zusammenkunft vom 02.04.1812 wurden die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen, auch mit Blick auf die baldige Ablösung an der Spitze des BoC, resümiert. Einstimmig wurden die bisherigen Bemühung gelobt:

*„powerful and convincing arguments by which they have shown the danger which*

---

<sup>234</sup>Vgl. ebd., S. 406f.

<sup>235</sup>Correspondence with the Right Honorable Lord Viscount Castlereagh, noticed in the preceding Minute. Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable Lord Viscount Castlereagh, in: Papers, S. 71 – 73; und: Letter from the Right Honorable Lord Viscount Castlereagh, to the Chairman and Deputy Chairman, Whitehall, 20<sup>th</sup> December 1803, in: Papers, S. 73-74.

<sup>236</sup>Vgl. Kumagai, Breaking, S. 75ff.

<sup>237</sup>House of Parliament. Hansard 1803-2005, Petition from Glasgow respecting the East India Company. HC Deb 19 March 1812 Bd. 22 cc89-92. <http://hansard.millbanksystems.com/commons/1812/mar/19/petition-from-glasgowrespecting-the> [zuletzt eingesehen am 20.12.2017].

<sup>238</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 274. In Teilen also schwächt Webster seine früheren Positionen deutlich ab und gesteht auch ideologischen Komponenten eine bedeutsame Ursächlichkeit zu.

*would await the British empire, from opening the trade of India, and the immense advantages which the nation has derived, in strength, revenue, territory, and character, from the capital and the exertions of this Corporation.*“<sup>239</sup>

Die niedrigen Ausschüttungen, die seit 1793 den Aktienteilhabern im CoP zuteil wurden, waren aber ebenso Anlass zur Sorge wie die Aussicht, dass die Verhandlungen seitens der Regierung und des Parlaments kein „liberal treatment“ erwarten ließen.<sup>240</sup> Diesbezüglich und mit Voraussicht auf eine Öffnung des Indienhandels für Einzelhändler, wurden bereits Richtlinien abgesteckt:

*„the opening of the trade to India be the ultimate determination of Parliament, this Court cannot but express its hope, that all due care will be taken to accompany the enlargement which shall be given to individuals in the Indian trade, with such regulations as shall most effectually guard against the dangers to which those enlargements might expose the existing system of Indian administration“.*<sup>241</sup>

Die EIC wandte sich schließlich in einer Petition an das House of Commons und signalisierte gleichzeitig die Bereitschaft zu weiteren Reformen. Wiederholt wurde, dass die Kriege gegen die europäischen Mächte den enormen Gebietszuwachs in Indien erzwungen und so die Kredite notwendig geworden wären.<sup>242</sup> Doch sah man sich angesichts der dringend benötigten Kredite gezwungen, Reformen zu akzeptieren.<sup>243</sup> Anpassungen im Rahmen der gewohnten institutionellen Regelungen bisheriger Charter war man dort bereit hinzunehmen. Die privaten Händler im Importhandel sollten über den Londoner Hafen in vollem Umfang an den Geschäften mit Indien teilhaben, so Melville am 21.03.1812 an den CoD.<sup>244</sup> Insbesondere mit Blick auf den Chinahandel aber, verwies man in der Petition darauf, dass „the trade with China could not be opened in any degree, without extreme danger“.<sup>245</sup>

Lord Melvilles Abberufung geschah im Frühjahr 1812. Die Nachfolge des Präsidenten des BoC war im Vorfeld in der Regierung geklärt worden und fiel auf Lord Buckinghamshire.<sup>246</sup> Um die ablehnende Haltung Lord Buckinghamshires gegenüber der EIC wissend versuchte der CoD in den Gesprächen mit Lord Melville eine Vertagung der Charter-Act-Verhandlungen durchzusetzen, was dieser allerdings mit Bezug auf die gängige Praxis einer zwanzigjährigen Dauer der Charters

---

<sup>239</sup>At a General Court of the United Company of Merchants of England Trading to the East-Indies, held on Thursday, the 2<sup>nd</sup> April 1812, in: Papers S. 98.

<sup>240</sup>Ebd., S. 98-99.

<sup>241</sup>Ebd., S. 99.

<sup>242</sup>Die Einnahmen aus Steuern in Indien selbst wären Einschätzungen gewesen aus der Zeit vor 1793 und konnten deshalb die Kriegskosten, die ab 1795 einsetzten, nicht vorhersehen bzw. kalkulierbar machen, siehe: Copy of a Petition from the East-India Company to the Honorable House of Commons, noticed in the preceding minutes, in: Papers, S. 104.

<sup>243</sup>Vgl. Tripathi, Trade and finance, S. 98.

<sup>244</sup>Vgl. Webster, Trade Liberalization, S. 406. Webster verweist hier auf eine Quelle zu den persönlichen Dokumenten von Lord Melville, die in der John Ryland Library der Universität von Manchester einsehbar sind.

<sup>245</sup>Copy of a Petition from the East-India Company to the Honorable House of Commons, noticed in the preceding minutes, in: Papers, S. 104.

<sup>246</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 183.

ablehnte.<sup>247</sup>

### 3.2.2 April 1812 – Dezember 1812

Der Wechsel an der Spitze im BoC im April 1813 war ein wesentlicher Wendepunkt der Verhandlungen. Wie Philips schreibt, war Lord Buckinghamshire eine ungünstige Besetzung für den Posten als Präsident des BoC: „Knowing neither how to manage nor conciliate others, [...] particularly when important negotiations were taking place between the Ministry and the Directors.“<sup>248</sup> Das Direktorium war weiterhin auch bei grundsätzlichen Fragen zerstritten, darüber etwa, wie stark man den privaten Interessen Konzessionen machen sollte. Man verständigte sich aber, eine Kommission von acht Direktoren zu ernennen, um gegen Buckinghamshires zu erwarteten, radikalen Kurs vorzugehen. Denn er war seit jeher ein Befürworter einer Ausweitung des Handels, also der Öffnung aller britischen Häfen für den Importhandel.<sup>249</sup> So erinnerte man den neuen Präsidenten des BoC in einem Schreiben vom 15.04.1812 daran, dass:

*„it was not the intention of his Majesty’s Ministers, that the East-India Company should be broken down and despoiled of those faculties, necessary to enable it to perform the important part assigned to it by the Legislature in the government of the British empire in the East“<sup>250</sup>*

Die Administration des kolonialen Systems könne nur für den Fall sichergestellt werden, dass Handelspolitik weiterhin restriktiv behandelt würde. Die Elemente wären nicht nur wesentlich für das Funktionieren der indischen Kolonie, sondern im Falle einer Aufhebung mit tiefgreifenden Konsequenzen für das Empire verbunden:

*„These powers have now become so incorporated, that it is impossible to separate them, without essentially endangering the whole of a system that has proved in the practice eminently useful. If, therefore, the commercial part of that system were now to be destroyed, the political functions exercised by the Company would be so weakened, as necessarily to bring into questions of the last importance to the safety of the British empire in India, and of the British constitution at home.“<sup>251</sup>*

Die EIC befand sich wegen der Schuldenlast aber in einer deutlich schwächeren Verhandlungsposition. Die ökonomische Depression der britischen Wirtschaft war zudem noch nicht wieder überwunden, und der EIC gelang es nicht, auf die Forderung nach einer Erhöhung der Einfuhren von beispielsweise Lebensmittel in vollem Umfang zu entsprechen. Die Konzessionen an

---

<sup>247</sup>Vgl. Letter from the Deputation to the Right Honorable Lord Viscount Melville, noticed in the preceding Minute, East-India House, 18<sup>th</sup> March 1812, in: Papers, S. 79 -80.

<sup>248</sup>Philips, East India Company, S. 183.

<sup>249</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 184.

<sup>250</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15<sup>th</sup> April 1812, in: Papers, S. 110.

<sup>251</sup>Ebd., S. 111.

die privaten Händler hätten hingegen bewiesen, dass in diesem Segment noch deutliche Steigerungen an Warenumsätzen zu erwarten wären, die auch seitens der Agency Houses weiter befördert wurden.<sup>252</sup> Der Wechsel im BoC motivierte die nordenglischen und schottischen Lobbyverbände, die Chance nach weitreichenderen Forderungen zu nutzen. Beispielhaft das Pamphlet von Lee Thomas: „to mercantile, more than other men, facts whereon to form their judgement must be submitted, and reasoning unsupported or uncorroborated by facts in their views takes it proper character of specious sophistry.“<sup>253</sup> Philips schreibt diesbezüglich, dass 1812 bis 1813 ungefähr dreißig Pamphlete ähnlicher Art in Großbritannien zirkulierten; meist mit Glasgow und Edinburgh als Herkunft.<sup>254</sup> Das resignierte Fazit von Charles Grant auf diesen enorm angestiegenen öffentlichen Druck: „Old inveterate prejudices, private interests, popular meetings, combinations, canvass and a diligent use of the press have raised a great tide against the Company.“<sup>255</sup> So fügte man im Schreiben des CoD an Lord Buckinghamshire an:

*„The genuine result of such knowledge and experience as the Court possess, upon a subject respecting which they have better means of information, than any of those associations, who are now eager to take full possession of the Eastern trade, and upon which also it is certainly material that the Public should form just ideas“.*<sup>256</sup>

Neben dem neuerlichen Hinweis auf „the safety of the British empire in India, and of the British constitution at home“,<sup>257</sup> richtete man sich insbesondere gegen diese geschilderten Pamphlete und den Umschwung der öffentlichen Meinung:

*„Until of late, the general language held on the subject of the Indian trade, was rather, that the merchants of Great Britain should be allowed to apply their industry to such branches of it, and to such ports of the Indian Seas, as the commerce of the Company did not embrace, than that they should invade the portion of the trade which the Company carried on. [...] The large concessions at first required from the Company by His Majesty's government, appear only to have encouraged the merchants of the outports to make still further demands, regardless, as it would seem, of the political consequences that might ensue from a compliance with them, and apparently unaware, too, that the corporate capacity of the East-India Company is perpetual, and cannot be annulled, even if the qualified monopoly they have enjoyed were to cease“.*<sup>258</sup>

Mit Bezug auf die Kompromisse, die man mit Lord Melville fand, beharrte die EIC darauf, die wesentlichen Prinzipien der Handelspolitik zu wahren, jedoch „with certain modifications, upon the

---

<sup>252</sup>Vgl. Webster, Twillight, S. 40f; und vgl. Philips, East India Company, S. 181.

<sup>253</sup>Lee, Free Trade, S. 11ff. Dieser unbekannt Autor schickte sich in einem veröffentlichten Zeitungsartikel an, mittels philosophischer Reflexionen das Recht auf einen freien Zugang zu Waren und Gebieten für britische Staatsbürger zu fordern auf Grundlage von „Knowledge, Truth, Justice, and Common Sense“.

<sup>254</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 182. Viele dieser Pamphlete zeichneten sich aus durch ein hohes Nichtwissen der tatsächlichen Bedingungen in Südasien und waren deshalb oft sehr polemischer Natur.

<sup>255</sup>Zitiert nach: Philips, East India Company, S. 182.

<sup>256</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15<sup>th</sup> April 1812, S. 109.

<sup>257</sup>Ebd., S. 111.

<sup>258</sup>Ebd., S. 110.

renewal of the Act of 1793“. Die grundsätzliche Kritik, dass bereits mit dem Charter Act 1793 eine Abkehr der „preliminary principle“ vollzogen worden wäre, und die den privaten Handel in den Indienhandel inkorporierte, wurde ebenfalls vorgetragen.<sup>259</sup>

*„the merchants of different towns, proceeding upon theoretical ideas, and overlooking most material facts, now appear to intend, without any certainty, even of extending the commerce of this country, but to the unavoidable detriment of its political interests abroad and its financial interests at home.“*<sup>260</sup>

Die Kritik entzündet sich besonders an den liberalen Theoremen der Freihandelsbefürworter, die fernab der tatsächlichen Gegebenheiten Maximen aufstellten, die nicht evidenzbasiert wären. Die normativen Grundlagen der jeweiligen Argumentationen wurden besonders heftig kritisiert, um die Ideen der Gegenseite innerhalb der breiteren Öffentlichkeit und der politischen Klasse zu diskreditieren. Wie Philips schreibt, wurde bereits am 01.05.1812 von Seiten Buckinghamshires das Memorandum, welches der CoD mit Lord Melville zur Vorlage vor dem Parlament ausgearbeitet hatte, für nichtig erklärt und stattdessen die Ausweitung des Importhandels auf alle sog. outports, d.h. größeren Hafenstädte Großbritanniens beschlossen.<sup>261</sup>

In einer Besprechung mit Lord Buckinghamshire vom 19.04.1812 war schon Sir Hugh Inglis (1744–1820), der Vorsitzende des CoD, in Kenntnis gesetzt worden, dass die Ausweitung des freien Handels auf alle sog. Outport-Häfen Großbritanniens zu erfolgen wäre: „it seems to be the present disposition of His Majesty's Ministers, to extend to the merchants of this country the privilege of importing goods from India into all outports of the United Kingdom, to which the Warehousing Act extends.“<sup>262</sup> Sir Hugh Inglis entgegnete, eine solche Politik wäre verherrend: „should consider it his duty to resist, [...] a measure so fatal to the vital interests of the Company and to the public revenue.“<sup>263</sup>

Unterstützung erhielt die EIC im Folgenden durch die Londoner Agency Houses, die am Standort London als alleinigem Umschlagsort festhalten wollten.<sup>264</sup> Die starke Formierung der Monopolgegner über die GEIA und weitere Interessensgruppen machte es unumgänglich, weitere Modifikationen der Charter zu verhindern, und den erreichten Kompromiss mit Lord Melville in der

---

<sup>259</sup>Ebd., S. 111.

<sup>260</sup>S.o.

<sup>261</sup>Vgl. Philips, East India Company, S. 182.

<sup>262</sup>At a Secret Court of Directors, held on Monday, the 20th April 1812, The Chairman from the Committee of Correspondence laing before the Court minutes of a conversation between the President of the Board of Commissioners and himself, held yesterday evening, in: Papers, S. 132. Der 1803 verabschiedete Warehousing Act bezog sich auf die Leitlinien des ehemaligen britischen Premierministers Robert Walpole (1676 – 1745), siehe: Taylor, Stephen: Walpole, Robert, first earl of Orford (1676 – 1745), vom 23.09.2004, in: Oxford Dictionary of National Biography, <https://doi.org/10.1093/ref:odnb/28601> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].

<sup>263</sup>Minutes of a Conversation between the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire and Sir Hugh Inglis, held on Sunday Evening the 19th April 1812, concerning the Trade, and noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 133.

<sup>264</sup>„But it was evident that the Company was on defensive, and their defenders could find no reply to the Deputation's pointed query, 'Why should British private merchants not freely participate in the East India trade to which the Americans have already been admitted?'“, siehe: Philips, East India Company, S. 183.

öffentlichen Auseinandersetzung zu stärken.<sup>265</sup> Beispielhaft die Argumentation eines unbekanntem Autors, der schrieb:

*„The little interest taken in this country about the affairs of India, is matter of wonders as well as of regret. The consequence of general indifference upon the subject has been general ignorance; [...] it is yet to be feared, that under the existing want of information, the most dangerous errors will be committed, unless much wisdom and caution are applied to repress fallacious hopes, as well as to harmonize jarring pretensions and reconcile conflicting claims“<sup>266</sup>*

Die Fokussierungen wären demnach zu stark gerichtet auf: „the East India Company endeavouring to preserve their commercial privileges, and another set of merchants struggling to invade them.“<sup>267</sup> Auch von den Londoner Wirtschaftsverbänden wurden verstärkt Petitionen im Parlament eingebracht:

*„That as piece goods are of an uncertain value, and depend very much on competition, it would not be possible to obtain the same prices for them at an outports, as they fetch in London; and, consequently, that we should be undersold at the outports, unable to carry on our business with the honour, respectability, and advantage we have hitherto done“<sup>268</sup>*

Die Arbeitsteilungen verschiedener Händler aus unterschiedlichen Ländern brächten keinen gesteigerten Wohlstand, ebenso wenig wie eine unkontrollierte Konkurrenz, stattdessen würden sich lediglich die Marktanteilsverhältnisse verschieben, ohne einen Mehrwert zu erzeugen. Der CoP kam in einer Vollversammlung vom 05.05.1812 zu einem ähnlichen Ergebnis:

*„the trade now enjoyed by the Company and individuals will be the only certain trade to which new adventures can have recourse. And this will be no addition to the commerce of the Country, but only a transfer from one set of hands to another: so that, old establishments will be subverted, without substituting any thing equally good in their place; and, to all appearance, with great detriment to the nation, particular in the defalcation of a large part of the duties now collected on tea, to the amount of four millions sterling per annum; for all which defalcation, whether, one, or two, or three millions, new taxes must be laid on the people.“<sup>269</sup>*

Aber auch auf die moralischen Argumente, insbesondere die Forderungen nach Gleichheit und Gleichbehandlung der britischen Händler, nahm man Stellung:

*„the natural right; the freedom of trade; allowing every man to carry on his own business in his own way; the odium of the principle of monopoly; the disadvantage with*

---

<sup>265</sup>Vgl. ebd., S. 184f.

<sup>266</sup>Consideration on the danger, S. 8.

<sup>267</sup>Und wie Philips schreibt, waren vor allem die Direktoren der EIC selbst oftmals die Autoren der Zeitungsartikel; wie etwa in dem vorliegenden Fall aus dem „Morning Chronicle“, vgl. Philips, East India Company, S. 183.

<sup>268</sup>At a Meeting of the Buyers and Others, interested in the Sale of East-India Piece Goods, held at the City of London Tavern, the 21st of April 1812, in : Papers, S. 134.

<sup>269</sup>Resolutions of a General Court of Proprietors, held the 5<sup>th</sup> May 1812, referred to in the preceding Minutes, in: Papers, S. 188.

*which they would carry on the trade, if they were obliged to bring back their ships to London, instead of their own ports; the disadvantage to the consumers.*"<sup>270</sup>

Der scheinbare Vorteil der Bevölkerung wäre der Argumentation nach zum großen Schaden der Konsumenten. Neben einer ungewissen Preisentwicklung stünde vor allem die Korruption hier als zentrales Thema im Vordergrund. London als Hauptumschlagsplatz für Tee, Seide und Tüchern litt zwar an dem Vergehen einzelner Mitarbeiter der EIC, die ihre Position ausnutzten für Schmuggel.<sup>271</sup> Allerdings würde dieser Missbrauch durch eine unkontrollierte Ausdehnung auf alle Häfen sogar noch zunehmen, dabei aber weder einen effizienten Handel noch eine Preissenkung für die Bevölkerung gewährleisten. Überdies garantierten die großen East-Indiaman, dass lediglich die großen Häfen in Großbritannien angelaufen werden konnten; kleinere private Schiffe hingegen könnten in der Folge die Häfen und Zölle umgehen, einem verstärkten Schmuggel wurde bloß Vorschub geleistet.<sup>272</sup> In der Vollversammlung des CoP vom 05.05.1812 kam man deshalb überein, dass die angestrebten Entwicklungen der Charter-Act-Verhandlungen auf eine Verletzung der gängigen und bewährten Prinzipien abzielen würden:

*„That the cause of the Company has been deeply injured by prejudice, ignorance, erroneous assumptions, and of late by extensive combinations, and by unfair representation, canvas, and intimidation: in all which the merits and rights of the Company, the political interests of British India, and of this country as connected with them, have been left out of sight, and the single object of the extension of commerce, an object too only of speculation, in opposition to past experience, is the governing principle.*“<sup>273</sup>

Die institutionellen Rahmenbedingungen Britisch-Indiens sollten nicht entlang einer „representations and demands of private interests“ ausgestaltet werden, sondern „on just and comprehensive views on national policy“<sup>274</sup>. Der Druck des CoP auf das Direktorium war also groß, keiner Öffnung des Monopols zu zustimmen<sup>275</sup>

Die Aussagen des sog. Select Committee of the House of Parliament, die zu den finanziellen Ausgaben, Spielräumen und Entwicklungen des Indien- und Chinahandels Stellung nahm, kamen 1812 aber zu dem Ergebnis, dass die die Expansionen der EIC eine stärkere staatliche Kontrolle einerseits zwingend notwendig machten, während andererseits in der Öffnung des Indienhandels für

---

<sup>270</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15th April 1812, in: Papers, S. 119-120. Vergleiche mit anderen, ähnlichen Handelsgesellschaften wären deshalb unzulässig, da beispielsweise die Hudson's Bay Company Felle verkaufte, was nicht vergleichbar wäre von der Nachfrage wie die der indischen Produkte.

<sup>271</sup>Ungeachtet der Strafmaßnahmen und Androhungen seitens der EIC, siehe: Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15th April 1812, in: Papers, S. 115.

<sup>272</sup>Ebd., S. 118-119.

<sup>273</sup>Resolutions of a General Court of Proprietors, held the 5<sup>th</sup> May 1812, referred to in the preceding Minutes, in: Papers, S. 188.

<sup>274</sup>Ebd., S. 187.

<sup>275</sup>Vgl. Desai, Brief Survey, S. 252.

private Händler größere Gewinne für den Staat zu erwarten wären, was auch die zu erwartenden Schäden an den Londoner Manufakturen überwiegen würden.<sup>276</sup>

Wo der BoC die Aufhebung des Monopols im Indienhandel anstrebte, so war der Sachverhalt in Bezug auf den Chinahandel verschieden. Stabilität und sichere Beziehungen zum Kaiserreich China standen hier viel stärker noch in den Vordergrund. Die dortigen Aufgaben der EIC wurden als staatstragende Pflicht der merkantilen Handelsgesellschaft verstanden:

*„The Company have the actual possession of the monopoly of that trade which was given them for national purposes, and by the perpetuity of their corporate capacity must be more capable of maintaining it against the competition of private merchants, than those merchants would be drive them out of it. But such competition would be ruinous to the public interests“<sup>277</sup>*

Luxusgüter würden bereits in hinreichendem Maße über die EIC nach Europa gebracht, ohne die fragilen Beziehungen zum chinesischen Kaiserhof zu gefährden.<sup>278</sup> Interventionen in diesem Fall mit Folgen verbunden, die „eventually endanger the security of the British possessions in the East“.<sup>279</sup> In der Verlautbarung der Generalversammlung vom 05.05.1812 hieß es: „the destruction of the Company's China trade, [...]; the failure of their dividend; the depreciation of their stock, [...] inability on their part to continue to perform the functions assigned to them in the Government of British India“.<sup>280</sup> Der Chinahandel wurde als das neuralgische Glied der britischen Handelspolitik in Asien charakterisiert. Vor allem die EIC generierte seit dem 19. Jahrhundert hohe Gewinne in Ostasien, gleichsam war der Austausch zwischen östlicher und westlicher Kulturen im chinesischen Küstenland nicht ohne Spannungen geblieben.<sup>281</sup>

Mit Blick auf den hohen Anteil an amerikanischen Schiffen im Südasien- und Chinahandel, der von den privaten Händlern beklagt und als Ungerechtigkeit tituliert worden war, befand sich die EIC unter einem starken öffentlichen Druck. Man verwies auf einige technische Details und die Sachzwänge, die durch den Krieg in Europa entstanden waren, um die Partizipation der Amerikaner im Chinahandel zu erklären.<sup>282</sup> Zwar handelten diese Händler bloß mit Silber für Tee oder Seide; führten

---

<sup>276</sup>Vgl. Webster, Twilight, S. 53.

<sup>277</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15th April 1812, in: Papers, S. 112-113. Die sog. Supra-cargoes der EIC bildeten hierbei den zentralen Baustein der Handelsgeschäfte mit dem chinesischen Kaiserreich.

<sup>278</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 280.

<sup>279</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15th April 1812, in: Papers, S. 109.

<sup>280</sup>Resolutions of a General Court of Proprietors, held the 5<sup>th</sup> May 1812, referred to in the preceding Minutes, in: Papers, S. 187.

<sup>281</sup>Vgl. Greenberg, Opening of China, S. 144.

<sup>282</sup>Letter from the Deputation to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minute, East India House, 15th April 1812, in: Papers, S. 113. Zwar handelten diese Händler bloß mit Silber für Tee oder Seide; führten also selbst keine Fertigwaren oder veredelten Waren nach Südasien ein und waren somit keine Konkurrenz des heimischen Gewerbes. Und andererseits wäre die Partizipation der USA in die Handelsaktivitäten eine Folge der Kriege in Europa.

also selbst keine Fertigwaren oder veredelten Waren nach Südasien ein, und waren somit keine Konkurrenz des heimischen Gewerbes. Die amerikanischen Schiffe, die aufgrund der Neutralität der USA weiterhin ungehindert segeln durften, spielten aber eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung des globalen Handelsnetzwerkes, wovon auch Großbritannien stark profitierte: „The neutral countries like America were able to provide cheaper freight than the Company's ships, as they were less expensively built, and they did not have to pay the high war time insurance that the Company's ships had to pay.“<sup>283</sup>

Lord Buckinghamshire wiederholte Ende April 1812 die Absicht, entlang der Vereinbarungen von Melville die Charter-Act-Verhandlungen zu führen, verwies zugleich aber darauf, dass die britische Regierung lediglich der öffentlichen Meinung folgen und deshalb so weitreichendere Modifikationen der Charter vornehmen würde:

*„You would therefore, not been wholly unprepared for the communication made by me to the Chairman at a personal interview, when he was informed that the representation which had been brought before His Majesty's Government, [...] that they would be best consult the public interest, by not confining the import trade from the East-Indies to the port of London.“*<sup>284</sup>

In Bezug auf den Chinahandel war das BoC gewillt, eine privilegierte Stellung der EIC auch weiterhin zu akzeptieren.<sup>285</sup> Es galt, „the existing restraints, respecting the commercial intercourse with China, should continue, and that the exclusive trade in tea should be preserved to the Company, for whatever term the charter may be renewed“<sup>286</sup>. Die Monopolöffnung im Indienhandel würden keine Auswirkungen auf den Chinahandel haben, und somit die Sorge der EIC nach unkontrollierbaren Folge wäre daher unbegründet.<sup>287</sup>

Lord Buckinghamshire argumentierte sowohl entlang merkantiler und liberaler Denktraditionen, wie in dem abschließenden Statement deutlich wurde, Beschränkungen der persönlichen Rechte britischer Bürger nur in Fällen der staatlichen Sicherheit zu gewähren:

*“In submitting therefore, the propositions to Parliament in this shape, the Government are persuaded, that whilst they would thus be supporting interests justly entitled to public consideration, they would, at the same time, pursuing a course, essential to the collection of a revenue of nearly four million sterling, without breaking in upon that system, under which the salutary provisions of the Commutation Act secure the people of the United Kingdom against any failure in the regular and constant supply of an article, which has become a necessary of life.“*<sup>288</sup>

---

<sup>283</sup>Desai, Brief survey, S. 244.

<sup>284</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire, to the Chairman and Deputy Chairman, referred to in the preceding Minute, India Board, April 27<sup>th</sup> 1812, in: Papers, S. 146.

<sup>285</sup>S.o.

<sup>286</sup>S.o.

<sup>287</sup>S.o.

<sup>288</sup>Ebd., S. 147. Der sog. Commutation Act war 1784 eingeführt worden und hatte die Zollabgaben von Tee reduziert, um der EIC einen größeren Gewinn aus den Umsätzen zu ermöglichen. Diese Maßnahme galt insbesondere im

Solche Erklärungen empfand der CoD aber als unangemessen. Schließlich würde der Indienhandel völlig geöffnet werden. Wichtig ist hierbei, dass seitens der EIC weiterhin innerhalb der merkantilen Sinnsystems argumentiert wurde, etwa in der Feststellung eines Schreibens des SCoC vom 29.04.1812 an Lord Buckinghamshire, in dem man den Gegner des Monopols mangelhafte Vorstellungen (engl. Representations) in Bezug auf die komplexen Zusammenhänge der britischen Handelspolitik in Asien vorwarf:

*„Not having been made acquainted with the particulars of those representations, and having urged various arguments which remain unanswered against the measure of opening the outports to the trade of India, under the disadvantages of such a situation, [...], of the new Charter should open the outports of the United Kingdom to the returns of the Indian trade“<sup>289</sup>*

Die EIC wiederholte, dass die fragile aber notwendige Verflechtung zwischen Handelspolitik und politischer Herrschaft die Kontrolle mittels eines Monopols notwendig machte, und auch die historischen Leistungen und die einhergehenden Ansprüche der EIC diese Leistungen rechtfertigten.<sup>290</sup> Die öffentliche Meinung wurde kritisiert, die Konzessionen der Charter von 1793 misszuverstehen:

*„the concessions frankly made by the Court of Directors and Proprietors, who regard themselves always as a part of the Public, and wish, as much as possible, to be in union with it, have, it appears, only encouraged further demands; and if the tide of prejudice, of popular clamour, of most extravagant expectation and unbounced pretension, which have been more industriously than fairly excited, were now to determine the public counsels, not a vestige would remain of that great fabric, which has been reared in the course of two centuries, uniting with commerce an imperial dominion, which would be shaken to its foundations by the destruction of that system which has aquired and preserved it.“<sup>291</sup>*

Während sich die britische Regierung und stellvertretend der BoC immer stärker auf die Interessen der britischen Öffentlichkeit berief, verwies die EIC auf die Interessen der Anteilhaber, die als Maßstab des angemessenen Verhaltens herangezogen wurden. Buckinghamshire kritisierte diese Haltung:

*„My Lords, since the assailants of the Company's privileges are so loud in representing their interests as those of the nation at large, to add this remark concerning the national interest in the present question; [...] and whether the nation will gain so much otherwise, by the proposed enlargements of trade, may be a serious question with those*

---

Hinblick auf die Schuldenlast der Handelsgesellschaft.

<sup>289</sup>Letter from the Deputation of the Right Honorable the Early of Buckinghamshire, noticed in the preceding minutes, East-India House, 29<sup>th</sup> April, 1812, in: Papers, S. 149.

<sup>290</sup>„A trade still intimately connected with the security of the vast empire which the same Company have gained, and administer for the benefit of the nation at large“, s.o.

<sup>291</sup>S.o.

*who have to decide on this momentous concern; with us it is none*“<sup>292</sup>

Buckinghamshire wollte die Diskussion ins Parlament tragen, da er keine Chance sah, eine kompromissvolle Aushandlung mehr zwischen den beiden Organisationen zu erreichen. Aufgrund der anstehenden Wahlen kam das Parlament nach den Sitzungen im Frühjahr erst gegen Ende des Jahres wieder zusammen. In einer Konferenz zwischen dem CoD und dem BoC kam man immerhin überein, dass es einer grundsätzlichen Vermittlung der britischen Regierung in dieser Angelegenheit bedürfte.<sup>293</sup> Diese einberufenen Konferenzen blieben aber ergebnislos.<sup>294</sup> Die britische Regierung vertrat zwar die Position der Monopolgegner, wollte jedoch in Anbetracht der außenpolitischen Umstände, die der Krieg mit den USA verursachte, noch keine Gesetzesentwürfe dem Parlament vorlegen.<sup>295</sup>

Die EIC berief eine Sitzung des gesamten Rates der Direktoren ein, um einstimmig verlautbaren zu lassen, dass der derzeitige Plan der Regierung „pregnant with ruin to the affairs of the Company“ wäre, diese kommerzielle Destabilisierung unmittelbare Auswirkungen auf die politische Funktionalität der Kompanie und Indiens haben würde. Die Gefahren für die Londoner Manufakturen wurden ebenfalls beschworen, die erheblich unter einer Ausdehnung des Importhandels leiden würden.<sup>296</sup> Wie Bowen zeigte, hatten sich aber im Zuge der zunehmenden Industrialisierung und der französischen Kontinental Sperre einige der Londoner Gewerbebezüge, wie die Porzellanmanufakturen und die Textilhändler, gut entwickelt, weshalb eine Erwartung nach Schäden der britischen Industrie schon den Zeitgenossen als wenig glaubhaft erschien.<sup>297</sup>

So rückten die Gerechtigkeitsfragen zunehmend in den Vordergrund; etwa am 24.12.1812 in einem Schreiben Lord Buckinghamshires. Hierin zeigt sich, dass Buckinghamshire deutlich die Idee der Freiheit und somit die Gerechtigkeit als zentralen moralischen Maßstab einer Beurteilung einer neuen Charter in den Mittelpunkt rückte:

*„the principle uniformly maintained, as the basis of any arrangement for the renewal of the East-India Company's Charter, viz. that the merchants of this country have as substantial claim to as much liberty of trade as they can enjoy, without injury to other important national interests, cannot be departed from*“<sup>298</sup>

Es galt als schlichtweg nicht mehr angemessen und zeitgemäß, die britischen Bürger und Händler

---

<sup>292</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire, to the Chairman and Deputy Chairman, referred to in the preceding Minute, India Board, April 27<sup>th</sup> 1812, in: Papers, S. 153.

<sup>293</sup>At a Secret Committee of Correspondence, the 27<sup>th</sup> November, 1812, in: Papers, S. 161.

<sup>294</sup>So traf man sich am 02.12., 05.12. und 12.12.1812, siehe: At a Secret Court of Directors, held on Tuesday, the 15<sup>th</sup> December 1812, in: Papers, S. 164.

<sup>295</sup>Vgl. Kumagai, Lobbying-Activities, S. 95. Überdies war der Premierminister Spencer Perceval (1762–1812) am 11.05.1812 ermordet worden, was die Verhandlungen zusätzlich paralyisiert hatte.

<sup>296</sup>At a Secret Court of Directors, Held on Friday, the 18<sup>th</sup> December 1812, in: Papers, S. 165.

<sup>297</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 243.

<sup>298</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire to the Chairman and Deputy Chairman, referred to in the preceding Minutes, India Board, 24<sup>th</sup> December, 1812, in: Papers, S. 168.

von ihren Rechten auszuschließen. Insbesondere auch, da man hierdurch keinen Schaden für die koloniale Ökonomie Indiens und die Stabilität Südasiens erwartete. Buckinghamshire ging auch auf die Lobbyisten und Interessengruppen ein, die seit der Verlautbarung im Frühjahr, dass der Importhandel nicht für alle Häfen geöffnet werden sollte, einen Protest hervorrief:

*„several persons, interested in the commerce of the outports, represented in the strongest terms, that the proposed limitation of the import trade from India, rendered the extension of the export of no value to them; and they declared themselves prepared to maintain, that this limitation was not called for by any adequate motive of public interest“<sup>299</sup>*

Die Formel der Monopolgegner lautete deshalb, „equal participation in the general trade to India“. Obgleich Buckinghamshire betonte, wie wichtig die EIC für das Britische Weltreich in Asien wäre, räumte er der EIC nicht mehr die gleichen privilegierten Rechte in der britischen Handelspolitik ein. Hier zeigt sich, dass man nicht alle Aufgaben, Rechte und Privilegien in einer Organisation allein bündeln wollte. Die Gründe, die seitens der EIC vorgetragen worden waren, insbesondere der Schmuggel und die Gefährdung der politischen Beziehungen zum Chinesischen Kaiserreich, wären nur vorgeschoben und könnten über Regulierungen eingeschränkt bzw. ganz verhindert werden.<sup>300</sup> Der Chinahandel bliebe nach Buckinghamshire eine Angelegenheit, die aber nicht so einfach zu behandeln wäre wie der Indienhandel. Dieser Handel aber wäre künftig nicht mehr restriktiv zu behandeln; „the merchants belonging to the outports had established a claim against an absolute restriction of the import trade to the port of London.“<sup>301</sup>

Mit Bezug auf die Menge an Gütern, die importiert werden sollten, stellte sich das BoC dem CoD entgegen. Denn selbst wenn die Menge an Gütern der privaten Händlergruppen noch geringer wären als die Handelsvolumina der EIC, so wäre es „nevertheless of sufficient importance to demand the attention of Government as the question may affect the interests of the East-India Company, as well as those of the public revenue“.<sup>302</sup> Diese Aussage ist auch deshalb so interessant, weil hier mit der handelspolitischen Devise des Merkantilismus gebrochen wurde, weniger Zölle und Handelsbeschränkungen zu erheben, um den nationalen Handel zu fördern.<sup>303</sup> Gleichsam verwies Buckinghamshire darauf, dass die politische und staatsrechtliche Gewalt weiterhin bei der EIC läge, und demnach nicht so leicht Handelsvorteile für ausländische Kaufleute entstünden. Und er erhöhte zugleich den politischen und ökonomischen Druck auf die EIC. Obwohl die enormen

---

<sup>299</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire to the Chairman and Deputy Chairman, referred to in the preceding Minutes, India Board, 24<sup>th</sup> December, 1812, in: Papers, S. 169.

<sup>300</sup>Ebd., S. 168.

<sup>301</sup>S.o. Das BoC bezog sich in seiner Stellungnahme auch auf Informationen, die es von anderen Behörden, die als kompetent galten, etwa aus dem sog. Board of Customs and Excise (entspricht ungefähr einer Zollbehörde).

<sup>302</sup>Ebd., S. 171.

<sup>303</sup>S.o. Lord Buckinghamshire betonte letztlich aber, dass keine Regulierungen getroffen würden, die „likely to operate injuriously to the manufactures of this country“.

Ausgabensteigerungen in Bezug auf die militärischen Unternehmungen, die sich auch gegen den europäischen Rivalen Frankreich richteten, anerkannt und respektiert würden, wären solche Mehrkosten nicht unbeschränkt zu dulden; hier erwähnte er beinahe beiläufig, dass auch Alternativen denkbar wären in Bezug auf die koloniale Administration.<sup>304</sup> Eine weitere Eskalationsstufe in diesen Verhandlungen läge nach Buckinghamshire deshalb in der Hand EIC, denn immerhin hätte diese eine Verpflichtung gegenüber ihren Angestellten oder anderweitig Abhängigen, eine geregelte Ordnung vor Ablauf der Charter zu finden, sowie auch gegenüber dem Königshaus, welches mit der Eröffnung des neuen Parlaments eine Rede mit der Agenda des Parlaments zu halten hätte.<sup>305</sup>

Die letzte Entgegnung des Jahres 1812 seitens des CoD enthielt lediglich bekannte Punkte, zeigt also die Resignation auf, dass keine übergreifende Angemessenheit der eigenen Darstellung mehr anerkannt würde.<sup>306</sup> Die Regierung wurde beschuldigt, die eigentliche Absicht sehr lange verheimlicht und auf das Entgegenkommen der EIC wiederum mit weiteren Forderungen reagiert gehabt zu haben.<sup>307</sup>

*„the Company will not be reduced to the hard alternative, of thus having to contend for all that is dear to them, or to accept a Charter, on terms which will not enable them to execute the part hitherto assigned to them in the Indian system.“<sup>308</sup>*

Der Dezember 1812 gilt nach Kumagai als abschließender Triumph der Monopolgegner. Lord Buckinghamshire gab dem CoD am 24.12.1812 zu verstehen, dass der Indienhandel auf alle Häfen erweitert würde. Hieran zeigte sich der zentrale Erfolg der Lobbyverbände, wie z.B. der GEIA, die über die Verhandlungen berichtete: “ability and zeal of the Deputation of last year have produced a decided conviction on the minds of his Majesty's Ministers with regard to the propriety of permitting to the Outports a free exercise of the Import and Export Trade with India...”<sup>309</sup>

Die Berichte des Select Committee hatten zudem ergeben, dass zwar in Teilen die Kritik an der finanziellen Lage der EIC von Seiten der Monopolgegner überzogen wären, insgesamt aber die Schuldenlast der EIC in Indien zu hoch war. Dieser Umstand hatte die Legitimität der EIC im Parlament und bei dem BoC seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu stark unterminiert. Gleichsam war das Direktorium der EIC aufgrund der verschiedenen Interessengruppen gespalten und hatte somit der vollständigen Öffnung des Importhandels nach London noch zugestimmt, konnte der

---

<sup>304</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire to the Chairman and Deputy Chairman, referred to in the preceding Minutes, India Board, 24<sup>th</sup> December, 1812, in: Papers, S. 172.

<sup>305</sup>S.o.

<sup>306</sup>Letter from the Chairman and Deputy Chairman to the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire, noticed in the preceding Minutes, East-India House 30<sup>th</sup> December 1812, in: Papers, S. 174-175.

<sup>307</sup>Ebd., S. 176ff. Auch wird auf die Herausgabe der Informationen bestanden, die die Regierung durch die Lobbyisten erhalten hatten.

<sup>308</sup>Ebd., S. 178-179.

<sup>309</sup>Zitiert nach: Kumagai, Lobbying-Activities, S. 96.

anschließenden Forderung nach einer völligen Öffnung keinen Einhalt gebieten.<sup>310</sup> Allerdings ließ sich eine solche Haltung auch nicht mehr rechtfertigen in Zeiten des neuen imperialen Zeitgeistes und der Gleichstellung aller britischer Bürger.

### 3.2.3 Januar 1813 – Juli 1813

Anfang 1813 verweigerte das BoC weitere Verhandlungen und verwies wiederholt auf die Zuständigkeiten des Parlaments in dieser Angelegenheit.<sup>311</sup> Auf die Vorwürfe nach den Absprachen mit Lobbyverbänden und der Forderung nach Veröffentlichungen erwiderte man, jene wären mündlichen abgelaufen, keine Protokolle verfügbar, und dass diesbezüglich weitere Stellungnahmen nicht zu erwarten wären.<sup>312</sup>

*„It will be for the Parliament to determine, whether the nation is, in this respect, without an alternative; or whether, if a change of system should be rendered necessary by the decisions of the East-India Company, measures might not be taken for opening the trade, and the same time providing such an administration of the government of India, as might be found compatible with the interests and security of the British constitution.“<sup>313</sup>*

Im Parlament war die Lage für die EIC kritisch, hatten die Teilhaber der Handelsgesellschaft in den Parlamentswahlen von 1812 von den 90 Sitzen zehn verloren und waren nun mehr noch mit 80 Sitzen vertreten. Die EIC setzt sich kritisch und offensiv mit den Petitionen auseinander, die die Meinung des BoC und der britischen Regierung so nachhaltig beeinflussten<sup>314</sup> Das SCoC resümierte, dass die Petitionen der Monopolgegner an das britische Parlament, so wie Ende 1812 vorgelegt, darauf abzielten,

*„in a very material degree the arguments which are directly urged for the abolition of the whole of the Company’s exclusive commercial privileges; and the claims of the Outports are contended for, as a part of the entire freedom in the Eastern trade, which is demanded for all the subjects of the empire.“<sup>315</sup>*

Diesen Argumenten und Prämissen wurde die angemessene Geltung abgesprochen. Wieder wurde auf die abstrakten Theoreme der Monopolgegner eingegangen: „But these are mere assertions if opinion, to be classed with the ‚untried theories‘ of the time, and, as far as the light of experience goes, opposed by it“.<sup>316</sup> Die aus diesen Theorien abgeleiteten Erwartungshaltungen wären

---

<sup>310</sup>Vgl. Desai, Brief Survey, S. 251.

<sup>311</sup>Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minute, India Board, 4<sup>th</sup> January, 1813, in: Papers, S. 182.

<sup>312</sup>S.o.

<sup>313</sup>Ebd., S. 183.

<sup>314</sup>At a Secret Committee of Correspondence, the 27<sup>th</sup> January 1813, in: Papers, S. 201.

<sup>315</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9<sup>th</sup> February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 202.

<sup>316</sup>Ebd., S. 203.

mangelhaft: “they are in no degree, [...], by any means, satisfy all the great interests abroad and at home, which are involved in the question of the Outports.”<sup>317</sup>

Die Staatsräson müsste entlang strategischer Ziele abgesteckt werden, denn „any definite idea is to be obtained of that degree of ‚liberty‘ of trade which the merchants may enjoy, without injury to other important ‚national interests‘“.<sup>318</sup> Nationales Interesse wäre keine Frage der Gerechtigkeit, sondern der Stabilität von Handelswegen, der kolonialen Ökonomik und hierdurch eine spezielle Privilegierung von Handelsgesellschaften im Namen des Staates nötig. Das ScoC sprach sich deshalb dafür aus, nur Maßnahmen zu ergreifen, die auf belastbaren Erfahrungswerten basierten. Die Schriften, Petitionen und Verlautbarungen der Monopolgegner müssten öffentlich gemacht und öffentlich widersprochen werden.<sup>319</sup>

Die “doctrine of monopolies in general”, wie es das ScoC in einem Bericht vom 09.02.1813 betonte, wäre es überdies nicht wert, in eine Debatte einzutreten, denn es würde seitens der Gegner eine Konfusion und Unwissenheit bezüglich der besonderen Bewertung der Stellung der EIC vorherrschen:

*„the monopoly of the East-India Company is, as it now exists and has long existed, an institution of a singular nature, formed upon principles peculiar to itself, not merely or chiefly for the purposes of trade, and must be examined with reference to the ends of its institution, and the importance of those ends”*<sup>320</sup>

Mit Bezug auf das Chinamonopol wurden die Argumente wiederholt, dass das chinesische Königshaus den Außenhandel selbst stark reglementierte, und so lediglich den sog. Hong der Handel mit ausgewählten Ausländer, z.B. Portugiesen in Macao, vorbehalten bliebe; nur diese hätten zu den Handelsstützpunkten der Chinesen Zutritt.<sup>321</sup> Über amerikanische Händler wurde ebenfalls wiederholt, dass:

*„That if the trade between India and England had been as open as is now contended for, the quantity of Indian goods, circulated through the world, could not have been greater than it has been, under the competition that has actually existed between the merchants of the United States and the East-India Company: and that a greater share in the export trade from India could only have been obtained for the free British traders in one of these ways, either by America abandoning, or Great Britain returning to her pacific relations with other countries.”*<sup>322</sup>

Die EIC fragte abschließend: „can the Court, with these convictions, lend themselves to promote a

---

<sup>317</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 203.

<sup>318</sup>S.o.

<sup>319</sup>Ebd., S. 203-204.

<sup>320</sup>Ebd., S. 209.

<sup>321</sup>Ebd., S. 221. „The trade with Europeans is given in monopoly to a company of ten or twelve Chinese merchants, styled the Hong; and these merchants become responsible to the government for the conduct of the foreigners with whom they deal.”

<sup>322</sup>Ebd., S. 228.

dangerous deception, already too prevalent, at the sacrifice of so much individual interest, and of that public interest, the care of which is entrusted to them?“<sup>323</sup> Über diese Thematiken wurde auch die Frage angeregt, ob eine Ausweitung des Handels überhaupt realisierbar mit Blick auf kulturell-ökonomischen Eigenarten Südasiens möglich wäre:

*„The practicability of extending, in any great degree, the commerce of this country with the natives of the East, in exports and imports, is undoubtedly a vital question in the whole of the discussion respecting the renewal of the charter; for, if no such extension be indeed practicable, to what end should the present system, with all the establishments which have grown out of it, be destroyed?“<sup>324</sup>*

Die Sorge vor weiteren Krisen bildete eine weitere Argumentationslinie der EIC.<sup>325</sup> Auf die Natur und das Wesen der Inder Bezug genommen, erwiderte man: „They are indolent by nature, frugal by habit, under manifold religious restrictions:-what demand of the manufactures from Europe is to be expected from these?“<sup>326</sup> Insbesondere die Regionen im Norden Indiens, die nicht mehr der direkten Kontrolle Großbritanniens unterstünden, dort wären die Bedingungen derart, dass kein Konsum von Luxusgütern oder britischer Textilien zu erhoffen wäre.<sup>327</sup> Gleichsam hätten die enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krisen in Bengalen der 1770er Jahre gezeigt, was in einem unkontrollierten und unbedachten Kontakt auslösen könnte.

Die Vorstellungen der Monopolgegner über die Handelsbeziehungen in Südasiens beruhten der EIC auf „imagination“, die im starken Gegensatz zu den konkreten Erfahrungen der EIC stünden, dass „it is not now possible greatly to extend among the inhabitants of the East the consumption of British productions; or, in this country, the sale of Asiatic commodities“.<sup>328</sup> So schrieb man seitens des SCoC, dass auf Seiten der Monopolgegner nichts weiter zu finden wäre als „a sanguine theory“, wohingegen auf Seiten der EIC praktische Erfahrungen stünden:

*„the experience of all the nations of Europe for three centuries, there is the testimony of ancient history; there are the climate, the nature, the usages, tastes, prejudices, religious and political institutions of the Eastern people“.<sup>329</sup>*

Die merkantile Denkweise wurde bemüht, dass politische und ökonomische Sphären nicht so leicht zu trennen wären. Die Vorwürfe richteten sich neben den theoretischen Unzulänglichkeiten auf die Falschinformationen, denen sich die Gegner in ihren Beurteilungen bedienten. Das betraf

---

<sup>323</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 231.

<sup>324</sup>S.o.

<sup>325</sup>Vgl. Peers, Colonial Rule, S. 32ff.

<sup>326</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 233.

<sup>327</sup>„As to the north of India, though the climate there be less dissimilar to ours, the people are extremely so: and in poor, ill-governed countries, where property is insecure and concealed, what hope can there be of a vent for foreign luxuries?“, s.o.

<sup>328</sup>Ebd., S. 232.

<sup>329</sup>S.o.

insbesondere, wie der SCoC betonte, „the Company’s System, conduct, and affairs“. Die mangelhafte Fokussierung auf die kommerziellen Aspekte, die die staatlichen und politischen Aufgaben unzureichend einbezögen, erlaubten keine gute Analyse der Situation Britisch-Indiens: „The commercial monopoly therefore is, in a word, an instrument in the hands of the Company, for the political government of India.“<sup>330</sup>

*“it ought to be again and again pressed upon the public attention, that the first and great object, in any new arrangement for India, is not commercial, but political; and that the safe and beneficial administration for that empire is a consideration paramount to all others”.*<sup>331</sup>

Auf die Arbeiten von Adam Smith zur politischen Ökonomie kam man ebenfalls zurück, die zwar honoriert würden, die Passagen allerdings, die sich auf die EIC im speziellen bezögen, fehlerhaft wären: „[he] was very defective, and erroneous; his prejudices against the East-India Company extreme, and his prognostic concerning their Indian government, wholly mistaken“.<sup>332</sup> Auf das zu Beginn der Arbeit vorgebrachte Zitat aus dem Wealth of Nations, dass in Südasien riesige Absatzmärkte zu finden wären, ging das SCoC auch ein:

*„the endeavours of all Europe and America have made no discovery of that immense market for European manufactures, which, he said, was offered by the East-Indies: yet the same doctrine seems to be still in the minds of some of the Petitioners, who make it a serious charge against the Company, that its exports to the immense regions of the East do not amount to a fifth of the exports this country to North America.“*<sup>333</sup>

Webster schreibt, dass die Charter-Act-Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1813 wegen des Krieg gegen das napoleonische Frankreich, und seit dem Juni 1812 auch gegen die USA, zu stark die Machtposition der EIC weiter schwächten: die enorm gestiegene Inflation, die Nahrungsmittelengpässe und die sozialen Unruhen.<sup>334</sup> Man erhoffte sich in dem Bericht des SCoC aber, den mit Melville erreichten Kompromiss, der bereits nach Aussagen des CoD große Konzessionen enthielt, weiter als Grundlage der neuen Charter zu begreifen:

*„if an experiment is still required to be made in the vast continent of Hindostan and its adjacent islands [...] through the port of London, are now offered; means which shall*

---

<sup>330</sup> „The acquisition, the government, and the preservation oft a great Indian empire“, so die Verflechtungen, die das Monopol in ein vielschichtiges Geflecht aus staatsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Elementen verbindet, sei zu beachten, entweder als “fact or as a principle”, siehe: Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 211.

<sup>331</sup>Ebd., S. 213. Die Vorteile, die sich aus der Regierung und Administration durch die EIC für Südasien ergaben, hätten die “security and happiness of the vast population that empire contains” gesteigert.

<sup>332</sup>S.o.

<sup>333</sup>Ebd., S. 232f. An dieser Stelle verwies der SCoC darauf, dass die Kaufleute auch in den Kolonien Afrikas beispielsweise, die seit dem Sklavenhandel offene Häfen führten, nicht an Gewinnen zunehmen würden. Auch hier liege der Fall so, dass die dortigen Menschen andere Auffassungen von Luxus und Konsum hätten; Einschätzung zu menschlichen Natur und wie die Umweltbedingungen darauf Einfluss nehmen, die der SCoC explizit von den Arbeiten von Montesquieu (1689 - 1755) ableitete.

<sup>334</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 281. Vor allem der Import von Reis war ein wesentliches Ziel, um die Knappheit an Nahrungsmitteln effektiv einzudämmen.

*give the fairest opportunity to ascertain the practicability of extending the trade without breaking down present establishments, or exposing the empire, in case of failure, to the most disastrous consequences“.*<sup>335</sup>

Die politischen Analysen der EIC waren eindeutig: Der Wegfall der Monopolstellungen in Indien würde auch eine Debatte zur Lockerung der Privilegien in China entfachen:

*„Whether it be more for the interest of the nation, to maintain the Indian empire under the system which has hitherto preserved and improved it,-a system greatly relaxed as to the trade with India, and which has also preserved a lucrative commercial intercourse with China-or to adopt a system entirely free commercial communication with both countries, at the hazard of losing that empire and the China trade, or of rendering the tranquillity and retention of the one, and the enjoyment of the other, less secure?“*<sup>336</sup>

Aus diesen Beobachtungen leitete der SCoC ab, dass es keine adäquaten Alternativen zum gängigen System gäbe. Die Öffnung der sog. Outports würde einen Prozess in Gang setzen, der die Profitabilität der EIC und dadurch die Stabilität der regionalen Herrschaft gefährden würde.<sup>337</sup> Mit Bezug auf das Argument der Monopolgegner, die von einem sog. „natural inherent right, and of the necessity of the exercise of that right“ sprachen, gab der SCoC die vielfach betonte Meinung zurück, dass ein solch radikaler Schritt die Stabilität der politischen Ökonomie Südasiens bedrohen würde. Die Frage drehte sich folglich darum, in welchem Ausmaß die Öffnung auf mehrere Häfen geschehen sollte, oder welche Formen des Handels, d.h. des Import- und Exporthandels, darunter fallen dürften.<sup>338</sup>

Der Chinahandel bildete zwar ein zentrales Anliegen der Lobbyverbände, wurde allerdings seitens der britischen Regierung und des BoC nicht weiter thematisiert. Ein wichtiges Dokument in den Charter-Verhandlungen stellt das Positionspapier von Sir George Staunton (1781–1859) dar, einem Super-Cargo der EIC in Kanton. Seine Darstellung, die neben der EIC auch Lord Buckinghamshire erhielt, ist auf den 15.03.1813 datiert.<sup>339</sup> Deziert rät Staunton ab, den Chinahandel auf Privatpersonen zu erweitern, da sie die extremen Risiken wie Warenverspätungen, Kreditverzügen oder persönlicher Animositäten nicht stemmen könnten, und die letztlich auch eine Gefahr in der Stabilität des Handels selbst darstellten.<sup>340</sup> Die EIC handelte mit dem exklusiven Monopol eine genügend große Menge an chinesischen Gütern, voran Tee, zu handeln, und war überdies gegenüber bei den Chinesen selbst durch die jahrelange Gewöhnung und Handelspraxis und des Rufes als

---

<sup>335</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 246.

<sup>336</sup>Ebd., S. 217.

<sup>337</sup>Als sog. „master-theel in the mechanism of their import trade“ klassifiziert der SCoC die Fokussierung auf den Londoner Hafen als wichtiges Ziel der Verhandlungen, s.o.

<sup>338</sup>Ebd., S. 218.

<sup>339</sup>Letter from Sir George Staunton, Bart., to the Chairman, noticed in the preceding Minute (No. XCIV), Devonshire Street, 15<sup>th</sup> March, 1813, in: Papers, S. 280-281; und: Paper entitled „Considerations upon the China Trade“, enclosed in the preceding Letter from Sir George Staunton, Bart, in: Papers, S. 281-303.

<sup>340</sup>Paper entitled „Considerations upon the China Trade“, enclosed in the preceding Letter from Sir George Staunton, Bart, in: Papers, S. 295-296.

Herrscher in Indien respektiert. So riet er ab, ein derzeit gut funktionierendes System zugunsten von Spekulation aufzugeben.<sup>341</sup> Hier zeigte sich die Wirkungsmächtigkeit der merkantilen Denkweise, die in bestimmten Kreisen weiterhin eine hohe normative Kraft behielt. Am 27.04.1812 hatten die Gesandten der GEIA zwar noch geschrieben: „the strong point will be the China trade and that all the others will be cancelled probably with little difficulty.“<sup>342</sup> Die Gegner der Monopolstellung konnten ihre Vorstellungen zum Chinahandel im Parlament im Verlaufe der Charter-Act-Verhandlungen allerdings nicht durchsetzen.<sup>343</sup> Wie Kumagai in Bezug auf die Argumentationen von Philips und Webster festhält, galt dieses Schreiben Stauntons an das BoC wohl als entscheidendes Dokument, welches die vollen Rechte im Chinahandel weiterhin der EIC zusicherte.<sup>344</sup>

In einer Petition der EIC an das House of Commons vom 23.02.1813 wurden die wesentlichen Punkte der Argumentation für eine Beibehaltung des Monopols nochmals detailliert aufgeführt.<sup>345</sup> Gleichsam wurde nun wieder das historisch angelegte Argument vorgetragen, das auf die mentale Disposition der indischen Bevölkerung und derer Bevölkerungsschichten abzielte. Seit der Zeit der Moghul-Dynastie, die sich durch despotische Willkür des Kaisers auszeichnete, hätten die Europäer den aus dem Wettbewerb der verschiedenen Handelsgesellschaften günstigsten Vorteil für sich zu ziehen vermocht.<sup>346</sup> Doch die Zeiten hätten sich nun geändert geändert:

*„yet the tranquillity of the country is not maintained by a physical force, but chiefly by moral influence, and in a great degree even by prejudice“; und betont zugleich, dass „any change would alarm them; and their submission to British authority would be greatly endangered by an unrestrained resort of Europeans in search of wealth, either by commerce or other means.“<sup>347</sup>*

Im Interesse der Öffentlichkeit und des Staates, wollte man die Charter nach den Prinzipien verlängern, die bereits 1793 zur Anwendung kamen:

*„Your Petitioners ask not for an exclusive trade upon the narrow principles of monopoly, for the mere purpose of commercial gain; they have under their care interests of a much more extended and liberal nature, which it is their duty to attend to.“<sup>348</sup>*

Die tradierten merkantilen Grundsätze sollten auch weiterhin Bestand haben:

*„Your Petitioners do not question, as an abstract principle, the right of any of His*

---

<sup>341</sup>Ebd., S. 303.

<sup>342</sup>Zitiert nach: Kumagai, Lobby-Activities, S. 92.

<sup>343</sup>Vgl. ebd., S. 166. Auch einige Versuche, die Charter lediglich auf zehn Jahre zu beschränken, wurden mit Blick auf die traditionelle Ausgestaltung der Charters abgelehnt.

<sup>344</sup>Vgl. ebd., S. 98, vgl. auch: Webster, Liberalization, S. 412, vgl. auch: Philips, East India Company, S. 186.

<sup>345</sup>Copy of a Petition from the East-India Company to the Honourable House of Commons, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 252. Diese Petition ging unverändert auch an das House of Lords, siehe: Copy of a Petition from the East-India Company to the Right Honourable House of Lords, noticed in the preceding Minutes (Nos. XCIX and CII), in: Papers, S. 314.

<sup>346</sup>Ebd., S. 256.

<sup>347</sup>Ebd., S. 263.

<sup>348</sup>Copy of a Petition from the East-India Company to the Honourable House of Commons, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 268-269.

*Majesty's subjects, to trade with any part of His Majesty's dominions; but your Petitioners humbly submit, that it cannot be contended, that any persons can have a right, except the consent of your Petitioners, to use the settlements, factories, and seats of trade, or to avail themselves of the means and facilities, moral and physical, which your Petitioners, at a great expence and risk, have created or acquired, and now, at great current charge, maintain, for the purpose of commerce and civil intercourse.* <sup>349</sup>

Auf die moralischen Imperative, dass Freihandel ein Geburtsrecht jedes britischen Bürgers wäre, wog man das Staatsräson gegenüber dem öffentlichen Interesse wie folgt ab:

*„It is an obvious principle, that men, living in society, must submit to the laws of the society, and to restraints upon their natural liberty, when the public interest, in the opinion of the legislative authority, requires it“* <sup>350</sup>

Den Monopolgegnern, insbesondere den nordenglischen und schottischen Lobbyverbänden, warf man die mangelnde Übersicht dieser Zusammenhänge vor:

*“By some [...] of those wollen manufacturers, who have owned their chief employment, who have owed their chief employment to the Company's commissions, continued for the benefit of the nation, under a certainty of deriving no prof from the exported article.”* <sup>351</sup>

Im Parlament wurden in den folgenden Wochen die Auseinandersetzungen fortgesetzt. Alexander Baring, der nun mehr ein Unterstützter der EIC wurde, argumentierte noch in der letzten Debatte zur Charter am 14.06.1813, den Importhandel auf London zu beschränken. <sup>352</sup> Sein Gegenspieler Lord George Canning (1770–1827) hingegen kritisierte ein solches Verhalten, da es die Metropole London einseitig zu Ungunsten der nordenglischen Wirtschaftszentren benachteiligen würde. <sup>353</sup>

Ein erster Vorschlag zur Erneuerung der Charter ging am 22.03.1813 im House of Commons ein: „All privileges, authorities and immunities granted to the United Company of Merchants trading to the East-Indies“ <sup>354</sup> sollten auch weiterhin durch jegliche Akte, Regulierungen und Gesetze des Parlaments für weitere zwanzig Jahre Fortbestand haben. Der Handel innerhalb des Einflussbereiches der EIC, ausgenommen des Chinahandels, sollte für alle Bürger des Britischen Weltreiches geöffnet werden. <sup>355</sup> Begleitet wurden diese Vorschläge von Untersuchungen des Select Committee über die möglichen Folgen einer Öffnung des Indienhandels. Wie Kumagai betont, konnten selbst prominente Verteidiger der EIC, etwa der vormalige Gouverneur General Thomas Munro, das Parlament nicht

---

<sup>349</sup>Ebd., S. 270.

<sup>350</sup>Report of the Committee of Correspondence, dated the 9th February 1813, noticed in the preceding Minute, in: Papers, S. 216-217.

<sup>351</sup>Ebd., S. 215.

<sup>352</sup>The Parliamentary Debates, Bd. 26 (1813), S. 681.

<sup>353</sup>Ebd., S. 695-696. Ab 1816 wurde George Canning Präsident des BoC.

<sup>354</sup>Resolution proposed in the House of Commons by Lord Visount Castlereagh, on the 22d March 1813, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 306-311.

<sup>355</sup>In dem langen Unterabschnitt III werden die Regularien definiert, unter denen der freie Handel stattfinden soll, siehe: Resolution proposed in the House of Commons by Lord Visount Castlereagh, on the 22d March 1813, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 307.

überzeugen.<sup>356</sup> Gleichsam erhöhte sich der Druck auf die Regierung, die Angelegenheit noch in der Sitzungszeit des Parlaments abzuschließen; der Krieg mit den USA bündelte die Konzentration der Regierung.<sup>357</sup>

In einem Schreiben an den neuen Premierminister, dem Earl of Liverpool (1770–1828), vom 27.05.1813 wurde um die Unterstützung gebeten „in the present momentous crisis of the East-India Company’s affairs“.<sup>358</sup> Die bevorstehende Annahme einer Resolution im Unterhaus wurde für den 31.05.1813 angesetzt und lief auf die endgültige Aufhebung des Indienmonopols hinaus. Die Furcht vor dem unkontrollierten Zuwachs an europäischen Siedlern stand im Zentrum der Argumentation dieser letzten Aktion der EIC: „Must prove dangerous to the peace and security of those invaluable possessions, now so highly improved under the Company’s administration“.<sup>359</sup> An zweiter Stelle, dass das “system of the Company’s public sales would be broken down; a system on which the regularity, order, and advantage of their import commerce depend, and which has materially contributed to improve the commercial intercourse between this country and foreign Europe”.<sup>360</sup>

Man versuchte ein letztes Mal, die Grundlagen der Monopolgegner als unangemessen zurückzuweisen und die Durchsetzung der traditionellen merkantilen Wirtschaftsauffassung in den Vordergrund zu rücken:

*“The agents of the Out-Ports have not attempted to bring forward evidence on their part, in support either of the theories or facts advanced by them; and it is hence clear, that it is not on this species of support they depend for success.”<sup>361</sup>*

Mit Blick auf die Entwicklungen, die sich in Südasiens als Folge der Aufhebung zutragen könnten, wählte man nun zum Abschluss der Verhandlungen auch drastische Worte, etwa die Beschwörung revolutionärer Umbrüche in Britisch-Indien:

*„This experiment we think compatible with the preservation of the Company’s system; and, my Lord, since the hazards, political and commercial, of an entire revolution in the system of Indian commerce have been shown to be great, we humbly and earnestly submit to your Lordship and to His Majesty Ministers, whether it will not be, in every view, more prudent and salutary to make this experiment for some years, and to await the result of it, instead of beginning by destroying the existing system, without the least assurance of substituting any thing good in its place“<sup>362</sup>*

---

<sup>356</sup>Etwa fünfzig Zeugen wurden vorgeladen, die das bisherige System im Namen der EIC erfolglos verteidigten, vgl. Kumagai, Lobbying Activities, S. 99.

<sup>357</sup>S.o.

<sup>358</sup>Bezug genommen wird auf die mögliche Annahme einer Resolution des House of Commons, die die neue Charter bestätigen würde, siehe: Copy of a Letter from the Chairman and Deputy Chairman of the Right Honourable the Earl of Liverpool, East-India House, 27th May, 1813, in: Debates, Bd. 2, S. 288.

<sup>359</sup>Ebd., S. 289.

<sup>360</sup>Ebd., S. 290.

<sup>361</sup>Copy of a Letter from the Chairman and Deputy Chairman of the Right Honourable the Earl of Liverpool, East-India House, 27th May, 1813, in: Debates, Bd. 2, S. 291.

<sup>362</sup>Copy of a Letter from the Chairman and the Deputy Chairman to the Right Honourable the Earl of Liverpool, noticed in the preceding Minutes, East-India House, 27th May, 1813, in: Papers, S. 322.

In der Antwort des Premierministers Earl of Liverpool betonte er trotz des Schreibens des CoD die Haltung der britischen Regierung: “after thoroughly considering the contents of this communication, I can see no ground for recommending any alteration in the course of proceeding now before Parliament on the subject of the renewal of the East-India Company's affairs.”<sup>363</sup> Der seit 1812 amtierende Premierminister galt des Krieges mit Napoleon als wenig interessiert an den Details der Charter-Act-Verhandlungen.<sup>364</sup> Jegliche weitere inhaltliche Kontroverse wurde unter dem Verweis abgelehnt, dass man bereits in “repeated and most ample discussion between the Prince Regent's Servant's and the Committee of Correspondence” geführt habe, wobei allerdings die Möglichkeit betont wurde, etwaige künftige Problemfelder in persönlichen Gesprächen unter Einbezug von Lord Buckinghamshire wieder zu verhandeln.<sup>365</sup>

Die letzte Verhandlung zwischen den beteiligten Akteuren fand am 10.06.1813 statt. Der Premierminister Lord Liverpool, Lord Buckinghamshire, der Außenminister Lord Castlereagh und eine Gesandtschaft der Direktoren aus Robert Thornton (1768–1837), Mountstuart Elphinstone (1779–1859), Sir Hugh Inglis, Charles Mills (1755–1826) und Charles Grant trafen sich.<sup>366</sup> Offen verlangte der CoD zu wissen, wie die EIC ihre Ausgaben und insbesondere die Dividenden an die Teilhaber ohne den Indienhandel ausschütten sollte, und der Schaden kompensiert würde, der durch den Schmuggel im Chinahandel aufkommen müsste. Die Regierung ihrerseits erwiderte, dass „a fair experiment to be made by the private merchants, and not using the power of the Company to cramp the efforts of individuals, and particularly not to carry on a losing trade for the purpose of remittance“.<sup>367</sup> Die EIC könne ihre Zahlungen an den britischen Staat über andere Geldquellen garantieren, ebenso wie durch eine reduzierte Aktivität im Indienhandel keinesfalls ein Schaden für die Kompanie zu erwarten wäre. Auch könnten die Dividenden an die Aktienteilhaber über die Steuereinnahmen aus den Gebieten in Indien generiert werden. Maßnahmen gegen einen möglichen Schmuggel wären dann alsbald zu erwägen. Zum Abschluss betonte man seitens der Regierung, dass das „fair experiment“ nur unter Zuhilfenahme und Assistenz der EIC gelänge, die Regierung darauf vertraue und erst in zwanzig Jahren wieder eine Charter auszuhandeln wäre.<sup>368</sup>

---

<sup>363</sup>Copy of a Letter from the Right Honourable the Earl of Liverpool to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minutes, Fife House, 29<sup>th</sup> May, 1813, in: Papers, S. 328.

<sup>364</sup>Vgl. Desai, Brief Survey, S. 252.

<sup>365</sup>Copy of a Letter from the Right Honourable the Earl of Liverpool to the Chairman and Deputy Chairman, noticed in the preceding Minutes, Fife House, 29<sup>th</sup> May, 1813, in: Papers, S. 328-329.

<sup>366</sup>Memorandum of a Conversation between Lords Liverpool, Buckinghamshire, and Caslereagh, and a Deputation of the Court of Directors, consisting of the Chairman, Deputy Chairman, Sir Hugh Inglis, Mr. Mills, and Mr. Grant, on Thursday, 10<sup>th</sup> June, 1813, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 333-335. Wie aus einem Briefwechsel zwischen dem SCoC und dem BoC vom 13.06.1813 hervorgeht, ist die Denkschrift im beiderseitigen Verständnis und Intention verfasst, siehe: Copy of a Note from the Right Honourable the Earl of Buckinghamshire to the Chairman, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 332-333.

<sup>367</sup>Memorandum of a Conversation between Lords Liverpool, Buckinghamshire, and Caslereagh, and a Deputation of the Court of Directors, consisting of the Chairman, Deputy Chairman, Sir Hugh Inglis, Mr. Mills, and Mr. Grant, on Thursday, 10<sup>th</sup> June, 1813, noticed in the preceding Minutes, in: Papers, S. 333.

<sup>368</sup>d., S. 335.

Am 21.06.1813 wurde die erste Lesung der „East India Company's Charter Bill“ gehalten, die zweite Lesung über den Charter-Act dann am 01.07.1813.<sup>369</sup> Es gab Vorwürfe seitens des Abgeordneten Peter Moore (1753–1828), der als Händler in Bengalen selbst aktiv war, dass das BoC die einstmals profitable und mächtige EIC in den Ruin treiben würde. Weitere Parlamentarier, wie etwa Alderman John Atkins (1760–1838), sprachen sich angesichts der starken amerikanischen Handelsexpansion für die Öffnung des Indienhandels aus.<sup>370</sup> Aufgrund der kriegsbedingten Erschütterungen im europäischen Handel hatten die USA bereits ab den 1790er Jahren die zweitgrößte Handelsmarine; wie Ward aufzeigt, halfen diese Handelsaktivitäten auch dem Empire, da die indischen, chinesischen und britischen Waren auf den verschiedenen Märkten durch die amerikanische Neutralität verstärkt zirkulieren konnten.<sup>371</sup> Und mit Blick auf den Chinahandel wurde der EIC vorgehalten, dass die Aufhebung des Indienmonopols dort keine Auswirkungen und negativen Entwicklungen besäße: „The Company described themselves not as a commercial body, but rather as an instrument which the country had permitted to be constructed for the government of India.“<sup>372</sup> Der politische Charakter der EIC sollte bestehen bleiben, die Finanzierung der staatsrechtlichen Aufgaben über den britischen Staat erfolgen und somit der Handel freigegeben werden.<sup>373</sup> Man wollte die Rechte, die amerikanische Händler bereits besaßen, auch britischen Kaufleuten zugestehen.<sup>374</sup> Abschließend stellte der Außenminister Castlereigh dar, warum die Öffnung des Indienhandels letztlich unabdingbar wäre: „the existing mode by which an amicable understanding had been preserved with a country jealous and prejudiced“. Und weiter, dass:

*„without some very strong motive, the existing system ought not to be broken in upon. The mode of communication adopted by the East India Company had secured the confidence of the Chinese, and it would be most unwise and imprudent lightly to risk the loss of such an advantage“*<sup>375</sup>

Die beiden Parlamentskammern, das House of Commons und das House of Lords besprachen in einer Konferenz von Abgeordneten, dass das bestehende System für weitere zwanzig Jahre unter den Modifikationen fortgesetzt werden sollte.<sup>376</sup> Die Charter galt als der Ordnungsrahmen, innerhalb

<sup>369</sup>Die zweite Lesung des Gesetzestexts, siehe: East India Company's Charter Bill, July 1, 1813, in: The Parliamentary Debates, S. 1005.

<sup>370</sup>[O.A.:]Alderman John Atkins. Profile & Legacies Summary. 1760 - 26<sup>th</sup> Oct 1838, in: Legacies of British Slave ownership <http://www.depts-live.ucl.ac.uk/lbs/person/view/22420> [zuletzt aufgerufen am 20.02.2018]. Er war ein Sklavenhändler aus den West Indies und Befürworter der Aufhebung der Monopolstellung da er wieder zu einer ökonomischen Profilierung der EIC zurückwollte, wie er im September 1813 kundtat: „regularity and order were the soul of business“, zitiert nach: Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 281.

<sup>371</sup>Vgl. Ward, John R.: The Industrial Revolution and British Imperialism, 1750 – 1850, in: The Economic History Review, Jg. 47 (1, 1994), S. 60.

<sup>372</sup>East India Company's Charter Bill, July 1, 1813, in: The Parliamentary Debates, S. 1010.

<sup>373</sup>S.o.

<sup>374</sup>Allerdings solle dieser neue Handelsmodus nicht unmittelbar, sondern in einer speziellen zehnjährigen Jahresfrist erfolgen, ebd., S. 1011.

<sup>375</sup>East India Company's Charter Bill, July 1, 1813, in: The Parliamentary Debates, S. 1012.

<sup>376</sup>Resolutions (communicated by the Honorable the House of Commons to the Right Honorable the House of Lords at a Conference) respecting the Affairs of the East India Company, in: Papers, S. 345.

derer die Anwendung des freien Handels für die britischen Bürger im Indienhandel zum Einsatz kommen konnte.<sup>377</sup> In der ersten Lesung der Resolutionen wurde der EIC das Recht weiterhin zugesprochen, die territoriale Herrschaft über Indien zu behalten. In der zweiten Lesung wurde der exklusive Chinahandel bestätigt und in der dritten Lesung dann die Ausdehnung des Indienhandels auf alle sog. outports beschlossen.<sup>378</sup> So wurde am 13.07.1813 der Charter-Act verabschiedet. Ab dem 10.04.1814 galt fortan:

*„the right of trading, trafficking, and adventuring in, to, and from, all ports and places within the limits of the said United Company's present Charter; (save and except the dominions of the Emperor of China) should be open to all His Majesty's subjects [...] during the further term hereby limited“*,<sup>379</sup>

#### **4. Ausblick des neuausgerichteten Entwicklungspfad bis 1833**

Im Zuge der Öffnung des Indienhandels sicherten sich die provinziellen Unternehmen ab 1814 zügig Marktanteile, indem sie die Gründungen von neuen Handelshäusern förderten, die fortan in Indien aktiv wurden und während der 20er Jahre stetig an Umfang zunahmen.<sup>380</sup> Aus dieser Perspektive betrachtet, kulminierte im Charter-Act 1813 die Verflechtungsgeschichte zwischen sog. private interests und der sog. corporate interests im Wettstreit um die künftige konstitutionelle Ordnung des britischen Handelspolitik mit der ersteren Gruppe als Sieger.<sup>381</sup> So nahmen die Verflechtungen aus provinziellen Industriegruppen und London East India Houses weiter zu und verstärkten Ende der 20er Jahre den politischen Druck auf das Parlament, auch die letzte Monopolstellung der EIC aufzulösen.<sup>382</sup> Wie Webster aufzeigt, verzeichnete die EIC in den folgenden Jahren einen spürbaren Rückgang der Profite im Indienhandel und war somit abhängig von den Erträgen aus dem Chinahandel.<sup>383</sup> So sieht er auch eine starke Entwicklungslinie zwischen der Etablierung der „Lord Liverpool's 'liberal' Tory administration“ von 1815, und der späteren Freihandelsoffensive der 1850er Jahre:

*„the alliance of landed and financial interests had transformed the protectionist and mercantilist edifice of the eighteenth century into a liberal regime of free trade, low taxation, sound government finance and the gold standard“*<sup>384</sup>

---

<sup>377</sup>Einige Einschränkungen, wie etwa die Anordnung, dass nur Warenladungen von 350t oder mehr für diesen freien Handel in Betracht gezogen werden, oder bestimmte Warengüter wie Seide, Haare, Baumwolle in London umgeschlagen werden mussten, um Schmuggel und Missbrauch vorzubeugen, siehe ebd., S. 346ff.

<sup>378</sup>Vgl. Kumagai, Lobbying-Activities, S. 100.

<sup>379</sup>A Bill [as passed by the Honourable the House of Commons] for continuing in the East-India Company, for a further Term, the Possession of the British Territories in India, together with certain exclusive Privileges; for establishing further Regulations for the Government of the said Territories, and the better Administration of Justice within the same; and for regulating the Trade to, and from, the Places within the Limits of the said Company's Charter. [13<sup>th</sup> July, 1813], in: Papers, S. 405.

<sup>380</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 285.

<sup>381</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 13.

<sup>382</sup>Vgl. Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 285.

<sup>383</sup>Vgl. ebd., S. 281.

<sup>384</sup>Webster, Anthony: Gentlemen Capitalists: British Imperialism in South East Asia 1770-1890, London 1998, S. 16.

Es bleibt zu konstatieren, dass „die Abkehr von den merkantilistischen Prinzipien in der englischen Wirtschaftspolitik [...] langsam und kaum merklich“ stattfand, so das Urteil Schaefers.<sup>385</sup> Kopsidis fügt diesbezüglich an, dass „oft starke außerökonomische Zwänge, die sich aus dem zwischenstaatlichen Konkurrenzkampf ergaben, zu einer staatlich forcierten Modernisierung traditioneller Wirtschaftsstrukturen in Richtung liberale Marktwirtschaft“ ursächlich waren.<sup>386</sup> Der sog. private trade interest, der künftig mehr an Einfluss in der EIC und in dem britischen Parlament gewann, forcierte die Entscheidung, die Zölle auf indische Waren zu erhöhen und gleichzeitig einer Senkung der Zölle in der indischen Kolonie zu zustimmen. Die neuen Erzeugnisse der Industrialisierung sollten möglichst ohne Konkurrenz der indischen Manufakturen abgesetzt werden.<sup>387</sup> Gleichsam nahmen die Investitionen in Bengalen und den restlichen indischen Kolonien seitens der britisch-indischen Kaufleute und Bankiers zu, insbesondere in Indigo, Baumwolle und Opium. Vor allem letzteres wurde die bedeutende Ware, um in China das wichtige Luxusgut Tee zu handeln. Diese Geschäfte gipfelten in einer Spekulationsblase und einem enormen Preiseinsturz Anfang der 1830er Jahre.<sup>388</sup> Diese Entwicklung weitete sich zur Bankenkrise in Bengalen, die in Teilen auch London erfasste. Die EIC war gespalten in der Auffassung, wie man auf die Krise der einheimischen Industrie und Banken reagieren sollte und verpasste dadurch das Momentum zur Stabilisierung der kolonialen Ökonomie. So forcierten 1833 die Gegner der EIC auch eine Öffnung des Chinahandel für alle britischen Händler. Mit dem Charter-Act 1813 wurden die Territorien bereits rechtlich der Krone unterstellt und ab 1833 war die EIC fortan nur noch der territoriale Herrscher Indiens.<sup>389</sup>

Der Liberalismus wurde im 19. Jahrhundert die „Ideologie der gesellschaftlichen Elite“, die maßgeblich die englische Wirtschaftspolitik beeinflusste; Ökonomen agierten oftmals als Politikberater für Regierungen und Kommissionen und schrieben mit an Gesetzesvorschlägen oder Änderungen. „Entscheidend war aber ihre unangefochtene Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit“, so Kopsidis.<sup>390</sup> Der moralische-philosophische Utilitarismus wirkte ab 1815 noch verstärkter auf die britische Gesellschaft; eine Entwicklung, die sodann eine enorme Auswirkung auch auf Britisch-Indien besaß.<sup>391</sup> Der utilitaristische Philosoph, liberale Ökonom und Angestellter der EIC James Mill (1773–1836) veröffentlichte 1817 sein Hauptwerk „The History of British

---

<sup>385</sup>Schaefer, merkantilistische Wirtschaftspolitik, S. 17.

<sup>386</sup>Obwohl diese Aussage am Beispiel Preußens des 19. Jahrhunderts entlang begründet worden ist, kann man diese Aussage mit Blick auf die dargelegten Fakten auch für das Beispiel des Britischen Weltreiches anwenden, vgl. Kopsidis, liberale Wirtschaftspolitik, S. 37.

<sup>387</sup>Vgl. Desai, Brief Survey, S. 253.

<sup>388</sup>Vgl. Ward, Industrial Revolution, S. 53.

<sup>389</sup>Vgl. Bowen, Business, S. 10ff.

<sup>390</sup>Kopsidis, liberale Wirtschaftspolitik, S. 37.

<sup>391</sup>Auch wurde Südasien für die christliche Missionierung geöffnet, was bis dato seitens der EIC vehement verhindert worden war, vgl. Desai, Brief Survey, S. 253.

India“ und verurteilte darin den Hinduismus als niedere Religion, die erst über die Vermittlung aufgeklärter, europäischer Werte „stufenförmig“ ein höheres Kulturniveau einnehmen könnte.<sup>392</sup> Diese chauvinistische Politik schlug sich Jahre später auch in der Herrschaft von dem Generalgouverneur Lord William Bentinck (1774–1839) nieder, der „die indische Gesellschaft gezielt von oben reformieren wollte“.<sup>393</sup>

Nach 1793, 1813 sollte 1833 letztlich der Freihandel als dominante Form der Wirtschaftspolitik vollständig in Asien durchgesetzt werden. Ein „world empire of trade“ war das Schlagwort von Thomas Babington Macaulay (1800–1859), dem späteren „Secretary to the Board of Control“ (1832–1833), der damit den Grundstein legte für „diese tiefgreifende Strukturveränderung im britisch-indischen Handelsverkehr“, der in Teilen der Bevölkerung und der Forschung „als die langfristig verheerendste Folge des Kolonialismus“ bezeichnet worden war.<sup>394</sup> Unter den Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts aber galt der Freihandel alsbald „als unbedingte Voraussetzung zum Erhalt der Prosperität der britischen Wirtschaft“.<sup>395</sup> Diese „Freiheit“ war fortan Grund für Debatten und Anlass zur Kritik. Die wohl schärfsten Kritiken kamen diesbezüglich von Karl Marx 1858, der in der Freihandelspolitik lediglich eine verschleierte Maßnahme der britischen Regierung ausmachte, um die heimische Wirtschaft zu stärken: „While openly preaching free trade in poison, it secretly defends the monopoly of its manufacture. Whenever we look closely into the nature of British free trade, monopoly is pretty generally found to lie at the bottom of its 'freedom'“.<sup>396</sup>

## 5. Fazit

In einem erstaunlichen institutionellen Wandel hatte die EIC innerhalb von zwei Jahrzehnten rapide an Vertrauen und Legitimität eingebüßt:

*„It was a dramatic fall from grace, and has heralded by some historians as a victory for the growing power of non-company commercial interests, especially the industrial capitalists of northern Britain, who lobbied assiduously during the period immediately before the Charter negotiations of 1812-1813.“<sup>397</sup>*

Webster fügt aber auch an: „In fact this view oversimplifies what was a very complex process, which was by no means an untrammelled victory for industrialism“.<sup>398</sup> So muss man die gesamte Entwicklung des Britischen Weltreiches in einem umfassenderen institutionellem Wandel verorten,

---

<sup>392</sup>Vgl. Mill, James: The History of British India, London 1826, S. 456ff.

<sup>393</sup>Lütt, Indien, S. 33.

<sup>394</sup>Vgl. ebd., S. 34.

<sup>395</sup>Vgl. Kopsidis, liberale Wirtschaftspolitik, S. 49.

<sup>396</sup>Karl Marx, „The Opium Trade“, New-York Daily Tribune vom 25. September 1858, zitiert nach: Marx, K.: The Opium Trade, in: Marx, Karl/ Engels, Friedrich.: On Colonialism, hrsg. vom Foreign Languages Public House Moskau, Moskau 1978, S. 221.

<sup>397</sup>Webster, Twilight, S. 40.

<sup>398</sup>S.o.

der den Grad einer sog. Neuausrichtung angenommen hatte. So hat die vorgelegte Arbeit nachgewiesen, dass einer Veränderung der regulativen Institution, der Aufhebung der Monopolstellung der EIC innerhalb der britischen Handelspolitik 1813, eine Veränderung der kulturell-kognitiven Institutionen im Laufe des ausgehenden 18. Jahrhunderts vorausgegangen war. Und mit der Jahrhundertwende hatte sich auch die normative Institution, d.h. das Wertefundament dessen, was gesellschaftlich legitim war, von einer traditionellen merkantilen hin zu einer liberalen Auffassung gewandelt, sodass eine Monopolstellung keineswegs mehr als das gängige Instrument betrachtet wurde, um eine Handelspolitik zu gestalten. Vielmehr waren im Zuge des gestiegenen Nationalismus ein neues imperiales Selbstverständnis innerhalb der politischen Entscheidungsträger und der Gentlemanly Capitalists gewachsen, welchem die Prämisse einer gleichberechtigten Behandlung britischer Bürger als moralisches Fundament innewohnte. Es galt als zunehmend unangemessen, britischen Bürgern solche Privilegien vorzuenthalten, welche den amerikanischen Kaufleuten gestattet worden waren; ganz unabhängig davon, dass die Gewährung der Privilegien an die Amerikanern den kriegsbedingten, politischen und ökonomischen Ereignissen geschuldet war, die seit den 1790er Jahren enorm an Häufigkeit und Intensität zugenommen hatten.

Es zeigte sich vielmehr, dass die Petitionen der nordenglischen und schottischen Lobbyverbände, die ab Ende 1812 intensiv an die Mitglieder des britischen Parlaments, Beamte der britischen Regierung und Teilhaber der EIC vorgebracht worden waren, die Öffnung des Handels auf alle sog. outports zu fordern, oftmals des konkreten Wissens um die Sachverhalte in Südasien und die koloniale Ökonomik vermissten. Stattdessen basierten die Forderungen stärker auf moralischen denn auf evidenzbasierten Fakten. Die EIC reagierte ihrerseits auf diese Forderungen, die eine Abkehr des Kompromisses mit Lord Melville aus dem Frühjahr 1812 darstellte, mit moralisch und symbolisch überhöhten Argumenten. Der Kompromiss hätte die Öffnung des Handels allein auf London begrenzt, was so auch im Sinne der Londoner East India Agency Houses gewesen wäre, die seit 1793 einen verstärkten Einfluss im CoP und dem Direktorium der EIC gewonnen hatten, einer Beibehaltung des Monopols der EIC im Indienhandel aber kritisch gegenüber standen. In einer radikal empfundenen Ausdehnung des Handels auf die sog. outports aber sahen auch diese Agency Houses eine Bedrohung ihrer Vorteile in der britischen Handelspolitik und unterstützten durch Petitionen an das britische Parlament die Position der EIC.

Die komplexe und unterschwellige Entstehung der Agency Houses bildete die zentrale Entwicklung, die erst den entscheidenden Bedeutungsverlust der EIC nachvollziehbar macht. Obschon ihre Bedeutung bis zur vollständigen Auflösung des Handelsmonopols der EIC 1833 wachsen sollte, war bereits 1813 der Einfluss der Inhaber der Londoner Agency Houses auf die Entscheidungen des East India House derart groß, dass es wegen der gegensätzlichen Interessenlagen innerhalb der EIC und des CoD zu keiner einheitlichen Verteidigungsstrategie kam. So zieht Webster auch das Fazit:

*„In the debate on the 1813 Charter, the houses divided between longstanding supporter of trade liberalization such as David Scott, and those who feared that new competition would overstock and destabilize the Indian market. Consequently EIC hopes that the London houses would defend the monopoly were disappointed“.*<sup>399</sup>

Im Gegensatz zu den „fundamental changes of framework of the East India trade“ blieb das administrativ-politische System unberührt, so auch Kumagais Fazit.<sup>400</sup> Er konstatiert weiter, dass die Charter-Act-Verhandlungen gezeigt hätten, wie instabil die heterogenen Interessen der Gentlemanly Capitalists im Gegensatz zu denen der nordenglischen und schottischen Lobbyverbände gewesen wären.<sup>401</sup>

Die EIC befand sich um 1800 in der paradoxen Situation, zwar die verbliebenen indischen Potentaten, die der britischen Vorherrschaft gefährlich hätten werden können, unterworfen zu haben und auch die französische Einflussnahme auf dem indischen Subkontinent war endgültig eingedämmt, gleichsam aber verlor die EIC an Rückhalt in London aufgrund der stark gestiegenen Schuldenlast und der Schwierigkeiten, die kriegsnotwendigen Güter und Nahrungsmittel im geforderten Umfang nach Großbritannien zu transferieren, wie Webster betonte.<sup>402</sup> Im Zusammenspiel mit Vorurteilen, denen sich die Handelsgesellschaft bereits seit ihrer Gründung, aber verstärkt seit 1757 ausgesetzt sah, die Korruption der Mitarbeiter zu befördern, Südasiens auszubeuten und mit Gewalt und Unbarmherzigkeit der indigenen Bevölkerung gegenüber zu regieren, entwickelten die Krisensituationen und Beschuldigungen eine enorme Wirkungsmächtigkeit. Die Kritik entzündete sich auch entlang der doppelten Funktion als Handelsgesellschaft und politischem Körper, die der Auffassung der Monopolgegner unverträglich waren.<sup>403</sup> Dieser Sachverhalt wird von Webster gut zusammengefasst, der schrieb:

„More generally, the East India Company gradually came to be synonymous with commercial incompetence, inefficiency, corruption, and selfish sectional interest unprepared to make concessions in the national interest.“<sup>404</sup>

Der hohe Organisations- und Verständigungsgrades der britischen industriellen Klasse und die Spaltung des Direktoriums der EIC im Zuge der neuen Interessenslage der Londoner Agency Houses führte somit in der Wechselwirkung der militärischen und ökonomischen Herausforderungen zur Auflösung des Monopols im Indienhandel 1813. Gleichsam zeigte es sich, dass die liberalen Forderungen nicht umfassend an Geltung gewannen, denn im Chinahandel wurden die Rechte der EIC bis 1833 beibehalten. Die Staatsräson auch weiterhin ein wichtiger Faktor in der politischen Beurteilung der britischen Regierung und die normativen Verschiebungen konnten trotz der enormen

---

<sup>399</sup>Webster, Strategies, S. 747.

<sup>400</sup>Vgl. Kumagai, Lobbying-Activities, S. 41.

<sup>401</sup>Vgl. ebd., 102.

<sup>402</sup>Webster, Reassessing Gentlemanly Capitalism, S. 281.

<sup>403</sup>Vgl. ebd. S. 281f.

<sup>404</sup>Ebd., S. 281.

Agitationen seitens der GEIA nicht in allen Institutionen wirksam werden. Die EIC war zwar 1813 angeschlagen, doch im politischen Tagesgeschäft und innerhalb der institutionellen Ordnung insgesamt auch weiterhin ein bedeutender Machtfaktor. So waren die militärischen Expansionen der EIC in Südasiens auch gleichsam ein Ausdruck des neuen imperialen Geistes.<sup>405</sup>

Die vorgelegte Arbeit bildet eine zusätzliche Fokussierung auf institutionelle Merkmale; neben der klassischen Studien, die den sozioökonomischen Wandel sowie die politische Ereignisgeschichte für die entscheidenden Faktoren des „institutional change“ im Britischen Weltreich ausmachten. So reiht sich die Arbeit ein in die zeitgemäße Verflechtung von globalhistorischen Ansätzen und Analysen zu ökonomischen Strukturwandel bei der Beurteilung von kolonialen Ökonomien.<sup>406</sup> Die neoinstitutionalistische Perspektive ergänzt die gängigen strukturgeschichtlichen und politiktheoretischen Ansätze, ohne sich nicht allerdings der Spannung bewusst zu sein, die sich nach Osterhammel in der übermäßigen Bezugnahme von „Kontext“ einer multikausalen Darstellungsform ergibt: „Im Hintergrund steht dabei das in der soziologischen Theorie altbekannte agent/structure-Problem.“<sup>407</sup> Mit der Re-Fokussierung und stärkeren Betonung von Ideologien bei Vertrags- und Machtaushandlungen gewinnen spezifische Weltbilder von Akteuren und Organisationen eine größere Bedeutung in der Beurteilung jener Sattelzeit., die grundlegende Weichenstellungen der viktorianischen Periode liefern sollte. Gleichsam ist eine solche Arbeit aufgrund ihrer Einbettung in multikausale Erklärungen in besonderer Weise abhängig von aktuellen Forschungsergebnissen. Die unternehmenshistorischen Arbeiten zu den Lobbygruppierungen von Kumagai oder Webster haben beispielsweise nachgewiesen, welchen gewichtigen Anteil diese Gruppierungen in der Aushandlung des Charter-Acts 1813 eingenommen hatten. Oder Baylys und Bowen Studien zur Genese des Nationalismus im Britischen Weltreich. Für die Beurteilung eines institutionellen Wandels sind solche Bestimmungen von Akteursgruppen und Ideenkomplexen unabdinglich, denn erst so können Macht- und Durchsetzungsverhältnisse abschließend und umfassend bestimmt werden.

Die Quellenlage aus den Charter-Act-Verhandlungen zeigt deutlich, dass die institutionelle Neuausrichtung der britischen Handelspolitik im Zuge der äußeren Herausforderungen und der gewandelten ideologischen Weltbilder innerhalb der konstitutionellen Rahmenbedingungen des Britischen Weltreiches, also innerhalb der Aushandlungen zwischen dem BoC und CoD sowie in den Lesungen des britischen Parlaments, sich mit deutlicher Stärke durchsetzte. Der Entwicklungspfad

---

<sup>405</sup>„Imperialism was a vital component of this new nationalist ideology, and militarism and aggression became important manifestations of this British nationalism“, Webster, *British Imperialism*, S. 18.

<sup>406</sup>Vgl. Akita, Shigero: Introduction: from Imperial History to Global History, in: Ders. (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism, and Global History*, New York 2002, S. 1-18; vgl auch: Darwin, John: *Globalism and Imperialism: the Global Context of British Power 1830–1960*, in: Akita, Shigero (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism and Global History*, Basingstoke 2002, S. 43-64.

<sup>407</sup>Osterhammel, Jürgen: Kausalität. Bemerkungen eines Historikers, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. *Debatte*, Heft 5, Kausalität. Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 9. Dezember 2005 und am 5. Mai 2006, S. 77.

der britischen Wirtschafts- und Handelspolitik wurde entschieden klar den neuen Anforderungen angepasst. Wichtig ist das neue imperiale Selbstverständnis des britischen Weltreiches, welches sich aus verschiedenen ideengeschichtlichen Entwicklungslinien ableitete. Hieraus speiste sich die imperiale Agenda, die folgende Prioritäten nach Peers festsetzte: Sicherheit, Stabilität und Profitabilität. Ergänzt werden sollte diese Agenda dann in der Sattelzeit um einen chauvinistischen Nationalismus als Reaktion auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa und die militärischen Konflikte, vorrangig mit dem Napoleonischen Frankreich. Die Gedanken der Aufklärung vermengten sich mit den progressiven Ideen der Nationenbildung.

Die beabsichtigten Reformen allerdings waren weitaus tiefgreifender und wirkmächtiger, als es selbst die Monopolgegner antizipieren konnten. Die EIC hatte durchaus zutreffende Szenarien entworfen, wie sich eine gesteigerte Involvierung auf dem südasiatischen Kontinent auf die Bewohner dort und die koloniale Ökonomie insgesamt auswirken könnte. Mit Blick auf die Entwicklung bis 1833 waren wirtschaftliche Turbulenzen und der eindeutige Verfall indischer Textilgewerbe und der Verlust von Vermögen indischer Kaufleute zu konstatieren. Die imperiale Agenda blieb zwar auch weiterhin ein ambivalentes Spannungsfeld aus moralischen Theoriegebilden und wirtschaftlicher Realpolitik, die sich aus den Erkenntnissen und Pamphleten der Aufklärung und den Bedingungen der Industrialisierung und der internationalen Beziehungen speiste, aber über einen für das 19. Jahrhundert typischen Nationalismus letztlich dann in diejenigen Spielarten der rassistischen und chauvinistischen Erklärungsmuster endete, wie man es bei James Mill oder Thomas B. Maucalay bereits erkennen konnte.

„Als die Ostindien-Kompanien wirtschaftlich nicht mehr effektiv waren, wurden sie auch politisch unzeitgemäß und im 19. Jahrhundert durch explizitere Kolonialregierungen ersetzt“, so das Urteil von Bin Wong.<sup>408</sup> Diese makrohistorische Perspektive aber blendet die Möglichkeiten aus, die das institutionelle Gefüge um 1800 besaß und mithin, welche Machtkämpfe, Aushandlungen und strukturellen Zufälle letztlich erst diese scheinbar notwendige Entwicklung ermöglichten. Folglich wäre es in einem nächsten Schritt interessant zu fragen, wie sich beispielsweise im India House die Debatten zutrugen mit Bezug auf eine Verortung der Direktoren entlang ideologischer Wahrnehmungsmuster und normativer Fundierungen.<sup>409</sup> Der immense Quellenfundus zu den Charter-Act-Verhandlungen erlaubt tiefe Einblicke in die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der operationalen Felder von Parlamentsabgeordneten, Teilhabern der EIC, den Lobbyverbänden Nordenglands und Schottlands sowie auch den Beamten der britischen Regierung. Die selektive

---

<sup>408</sup>Bin Wong, Überfluss, S. 266.

<sup>409</sup>Eine solche Untersuchung wäre auch im Hinblick auf literaturwissenschaftliche und sprachliche Erkenntnisinteressen bedeutsam, galten die Debatten im India House als die rhetorisch eindrucksvollsten in dem Londoner Politikbetrieb des frühneuzeitlichen und modernen Großbritanniens, vgl. Philips, East India Company, S. 3f.

Herausnahme einzelner Korrespondenzen, die zwar die wesentlichen Verhandlungen zwischen dem CoD und BoC beinhalten, lässt dennoch viele interne Papiere, Stellungnahmen und Abhandlungen außer Betracht, die in einer anschließenden Studie genutzt werden müssten, um noch differenziertere Einblicke in die einzelnen mentalen Handlungsoptionen der Akteure zu erhalten.

Der erstaunliche Einblick in die beinahe prophetischen Aussagen des CoD bezüglich einer Entwicklung Britisch-Indiens, die sich im folgenden 19. Jahrhundert größtenteils bewahrheiteten, zeigt die Ambivalenz mit der die „Kolonialagentur“ der EIC ihre eigene Arbeit und die Zusammenhänge in Südasien reflektierte.<sup>410</sup> Und neben der Erkenntnis, dass politische Entscheidungsträger in Krisensituationen und unter Zeit- und Informationsmangel nicht immer die rationalsten Entscheidungen im Sinne einer Kosten-Nutzen-Entscheidung treffen können, bilden wertvolle Quintessenzen der Arbeit. Es zeigt sich, dass eine historisch bedingte Kulturrationalität die historischen Akteure in einer Weise zu beurteilen erlaubt, die einer angemessenen Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Zeitgeist und spezifischen Problemen, vor denen sich die Akteure bewusst oder unbewusst konfrontiert sahen, ermöglicht. Eine solche Verbindung aus Struktur- und Kulturgeschichte scheint für weitere Phasen des institutionellen Wandels künftig eine belastbare Methodik zu sein.

---

<sup>410</sup>Anknüpfungspunkt an solche kontroversen Fragestellungen, die sich gegenwärtig mit der Bewertung der EIC und der kolonialen Herrschaft Südasiens beschäftigt, findet sich beispielhaft bei: Ferguson, Niall: *Empire. How Britain Made the Modern World*, London 2004, S. 157ff.

## 6. Abkürzungsverzeichnis

EIC	East India Company
CoD	Court of Directors
CoP	Court of Proprietors
SCoC	Secret Committee of Correspondence
Consideration on the danger	[O.A.:] Considerations on the danger and impolicy of laying open the trade with India and China; including an examination of the objections commonly urged against the East India Company's commercial and financial management, London 1812.
Debates	Debates at the East-India House, during the Negotiation for a Renewal of the East-India Company's Charter, held at various Courts of Proprietors of East-India Stock, in the Year 1813, hrsg. von „an impartial Reporter“, Vol. II, London 1813.
GEIA	Glasgow East India Association
Hints	Hints respecting the negotiation for a renewal of the East-India Company's exclusive privileges, submitted, 4 <sup>th</sup> March 1812, to the consideration of the Rt. Hon. Lord Melville, by the deputation of the Court of Directors, with His Lordship's observations on them, 21 <sup>st</sup> March 1812, hrsg. von der East India Company, London 1812.
Parliamentary Debates	The Parliamentary Debates From the Year 1803 to the Present Times: Forming a continuation of the work entitled 'The Parliamentary History of England from the earliest period to the year 1803', hrsg. von T.C. Hansard, Jg. 26 (11 <sup>th</sup> May to 22 <sup>nd</sup> July 1813), London 1813.
Papers	Papers respecting the Negotiation for a renewal of the East-India Company's exclusive privileges, hrsg. von der East India Company, No. I., London 1813.
Preliminary debate	The preliminary debate at the East-India House, on Tuesday, the 5 <sup>th</sup> January, 1813, on the negotiation with His Majesty's ministers relative to a renewal of the charter; with an appendix containing all the letters and documents referred to upon the subject, hrsg. von der East India Company, London 1813.

## 7. Literaturverzeichnis

1. [o.A.:] Alderman John Atkins. Profile & Legacies Summary. 1760 - 26<sup>th</sup> Oct 1838, in: Legacies of British Slave ownership <http://www.depts-live.ucl.ac.uk/lbs/person/view/22420> [zuletzt aufgerufen am 20.02.2018].
2. Akita, Shigeru: Introduction: from Imperial History to Global History, in: Ders. (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism, and Global History*, New York 2002. S. 1-18.
3. Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaftsordnung, in: Gerold Ambrosius/ Dietmar Petzina/ Werner Plumpe (Hg.): *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, München 2006, S. 369-390.
4. Anderson, Gary M./ Mc Cormick, Robert E./ Tollison, Robert D.: The Economic Organization of the English East India Company, in: *Journal of Economic Behaviour and Organization*, 4 (1983), S. 221-238.
5. Bandyopadhyay, Sekhar: *From Plassey to Partition and After. A History of Modern India*, New Delhi 2015.
6. Bayly, Christopher A.: The first age of global imperialism, c. 1760–1830, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History*, Jg. 26 (2, 1998), S. 28-47.
7. Ders.: The British Military-Fiscal State and Indigenous Resistance. India 1750–1820, in: Stone, L. (Hg.): *An Imperial State at War: Britain from 1689 to 1815*, London/ New York 1994, S. 322-354.
8. Ders.: *Imperial Meridian: The British Empire and the World 1780–1830*, London 1989.
9. Black, Jeremy: *Trade, Empire and British Foreign Policy, 1689–1815. The politics of a commercial state*, London/ New York 2007.
10. Bowen, Huw V.: *Business of Empire: The East India Company and Imperial Britain, 1756–1833*, Cambridge 2006.
11. Ders.: Gentlemanly Capitalism and the Making of a Global British Empire: Some Connections and Contexts, 1688-1815, in: Shigeru Akita (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism and Global History*, New York 2002, S. 19-42.
12. Carlos, Ann: Principal-Agent Problems in Early Trading Companies: A Tale of Two Firms, in: *The American Economic Review*, Jg. 82 (2, 1992), S. 140-145.
13. Csigó, Monika: *Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive*, Wiesbaden 2006.
14. Darwin, John: Globalism and Imperialism: the Global Context of British Power 1830–1960, in: Akita, S. (Hg.): *Gentlemanly Capitalism, Imperialism and Global History*, Basingstoke 2002, S. 43-64.
15. Desai, Tripta: *The East India Company. A Brief Survey From 1599–1857*, New-Delhi 1984.
16. Dutt, Romesh: *The Economic History of India under Early British Rule. From the Rise of the British Power in 1757 to the Accession of Queen Victoria in 1837*, London 1956.
17. Ferguson, Niall: *Empire. How Britain Made the Modern World*, London 2004.
18. Frank, Andre Gunder: India in the World Economy, 1400–1750, in: *Economic and Political Weekly*, Jg. 31 (1996), S. 50-64.
19. Franz, Albrecht: *Felder. Die Arbeitszeitsenkung im späten 19. Jahrhundert*, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): *Studienbuch institutionelle Wirtschaft- und Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 2015, S. 88-102.
20. Furber, Holden: The Beginning of American Trade with India, 1784–1812, in: Rosane Rocher (Hg.): *Private Fortunes and Company Profits in the India Trade in the 18<sup>th</sup> Century*, London 1997, S. 257-259.
21. Gallagher, John/ Robinson, Ronald: The Imperialism of Free Trade, in: *The Economic History Review*, 6 (1953, 1), S. 1-15.

22. Greenberg, Michael: *British Trade and the Opening of China 1800–1842*, Cambridge 1952.
23. Habib, Irfan: *Indian Economy under Early British Rule, 1757–1857*, Delhi 2014.
24. Heckscher, Eli F.: *Der Merkantilismus*, Jena 1932.
25. von Hirschhausen, Ulrike: *A New Imperial History? Programm, Potenzial, Perspektiven*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (41) (2015, 4), S. 718-757.
26. Jungkind, Thilo: *Grundelemente institutionalistischer Theorie*, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): *Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte*, S. 17-19.
27. Ders.: *Neoinstitutionalismus*, in: Wischermann, Clemens u.a. (Hg.): *Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte*, S. 33-46.
28. Kleinschmidt, Christian: *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Die Weltwirtschaft 1500–1850*, München 2017.
29. Kopsidis, Michael: *Liberale Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Industrialisierung*, in: Richard H. Tilly u.a. (Hg.): *Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft*, München/ Wien 1993, S. 34-68.
30. Kumagai, Yukihisa: *Breaking into the Monopoly. Provincial Merchants and Manufacturers' Campaigns for Access to the Asian Market, 1790–1833*, o.O. 2012.
31. Ders.: *The Lobbying Activities of the Provincial Mercantile and Manufacturing Interests against the Renewal of the East India Company's Charter, 1812–1813 and 1829–1833*, Glasgow 2008.
32. Lütt, Jürgen: *Das moderne Indien, 1498 bis 2004*, München 2012.
33. Lutz, Martin: *Akteurszentrierter Institutionalismus*, in: Clemens Wischermann u.a. (Hg.): *Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 2015, S. 48-52.
34. Mann, Michael: *Bengalen im Umbruch. Die Herausbildung des britischen Kolonialstaates 1754–1793*, Stuttgart 2000.
35. Marshall, Peter J.: *Introduction*, in: Ders. (Hg.): *Problems of Empire*, o.O. 1968 (Repr. [Nachdr.] o.O. 2000), S. 15-106.
36. Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse*, in: *Forum Qualitative Sozialforschung | Forum: Qualitative Social Research*, Jg. 1 (2, 2000), Art. 20 <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].
37. McNabb, David E.: *A Comparative History of Commerce and Industry, Volume I: Four Paths to an Industrialized World*, Basingstoke 2016.
38. Moss, Dan J.: *Birmingham and the Campaigns against the Orders in Council and East India Company Charter 1812–1813*, in: *Canadian Journal of History*, Jg. 11 (1, 1976), S. 173-188.
39. Münkler, Herfried/ Straßenberger, Grit: *Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*, München 2016.
40. North, Douglass C.: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen 1992.
41. Osterhammel, Jürgen/ Pettersson, Niels P.: *Geschichte der Globalisierung. Dimension, Prozesse, Epochen*, München 2007.
42. Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010.
43. Ders.: *Kausalität. Bemerkungen eines Historikers*, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Debatte*, Heft 5, *Kausalität. Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 9. Dezember 2005 und am 5. Mai 2006*, S. 75-80.
44. Ders.: *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 1997.
45. Peers, Douglas M.: *India under Colonial Rule: 1700–1885*, Harlow u.a. 2006.

46. Philips, Cyril H.: *The East India Company 1784 to 1834*, Manchester 1940 (Repr. [Nachdr.] Manchester 1961).
47. Recktenwald, Horst C.: Adam Smith (1723–1790), in: Joachim Starbatty (Hg.): *Klassiker des ökonomischen Denkens*, München 1989, S. 134-156.
48. Rothermund, Dietmar: *An Economic History of India. From Pre-Colonial Times to 1991*, London/ New York 2003.
49. Richard W. Scott: *Institutions and Organizations: Ideas, Interests, and Identities*, Thousands Oaks 2007.
50. Schaefer, Karl Christian: Die merkantilistische Wirtschaftspolitik, in: Richard H. Tilly u.a. (Hg.): *Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft*, München/ Wien 1993, S. 8-33.
51. Schreier, Margrit: Varianten qualitativer Inhaltsanalysen: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research*, Jg. 15 (1, 2014), Art. 18 <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1401185> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].
52. Schuppert, Gubbar Folke: *Verflochtene Staatlichkeit. Globalisierung als Governance-Geschichte*, Frankfurt/ New York 2014.
53. Senge, Konstanze: *Das Neue am Neo-Institutionalismus. Der Neo-Institutionalismus im Kontext der Organisationswissenschaften*, Wiesbaden 2011.
54. Stern, Philip J.: *The Company-State, Corporate Sovereignty and the Early Modern Foundation of the British Empire in India*, Oxford 2011.
55. Taylor, Stephen: Walpole, Robert, first earl of Orford (1676–1745), vom 23.09.2004, in: *Oxford Dictionary of National Biography*, <https://doi.org/10.1093/ref:odnb/28601> [zuletzt aufgerufen am: 20.02.2018].
56. Tilly, Richard: Vorwort, in: Ders.: *Geschichte der Wirtschaftspolitik: vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft*, München/ Wien 1993, S. 1-7.
57. Tirthankar, Roy: *Rethinking the Origins of British India: State Formation and Military-Fiscal Undertakings in an Eighteenth Century World Region*, London 2010.
58. Tripathi, Amal: *Trade and Finance in the Bengal Presidency. 1793–1833*, Delhi/ Bombay/ Madras 1979.
59. Walgenbach, Peter/ Meyer, Renate: *Neoinstitutionalistische Organisationstheorie*, Stuttgart 2008.
60. Walther, Rudolf: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd 3. H-Me, Stuttgart 1982, S. 787-816.
61. Ward, John R.: The Industrial Revolution and British Imperialism, 1750–1850, in: *The Economic History Review*, Jg. 47 (1, 1994), S. 44-65.
62. Washbrook, David: The Indian Economy and the British Empire, in: Douglas M. Peers/ Nandini Gooptu (Hg.): *India and the British Empire*, Oxford 2012, S. 44-74.
63. Webster, Anthony: Reassessing Gentlemanly Capitalism: British Economy Interests and Colonial Policy in Asia, 1790–1860, in: Toyin Falola/ Emily Brownell (Hg.): *Africa, empire and globalization: essays in honor of A.G. Hopkins*, Durham 2011, S. 273-293.
64. Ders.: *The Twilight of the East India Company. The Evolution of Anglo-Asian Commerce and Politics 1790–1860*, Woodbridge 2009.
65. Ders.: *The Debate on the Rise of the British Empire*, Manchester 2006.
66. Ders.: The strategies and limits of gentlemanly capitalism: the London East India agency houses, provincial commercial interests, and the evolution of British economic policy in South and South East Asia, 1800–1850, in: *Economic History Review*, Jg. 59 (4, 2006), S. 743-764.
67. Ders.: *Gentlemen Capitalists: British Imperialism in South East Asia 1770–1890*, London 1998.

68. Ders.: The political economy of trade liberalization: the East India Company Charter of 1813, in: *The Economic History Review*, Jg. 43 (3, 1990), S. 404-419.
69. Wischermann, Clemens/ Nieberding, Anne: Vorwort, in: Dies. (Hg.): *Institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2004, S. 9-13.
70. Wischermann, Clemens: Institutionelle versus Industrielle Revolution, in: Wischermann, Clemens/ Nieberding, Anne (Hg.): *Institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2004, S. 14-29.
71. Wong, Roy Bin: Möglicher Überfluss, beharrliche Armut. Industrialisierung und Welthandel im 19. Jahrhundert, in: Sebastian Conrad/ Jürgen Osterhammel (Hg.): *1750–1870. Wege zur modernen Welt*, München 2016, S. 255-410.

## 8. Quellenverzeichnis:

### a. gedruckte Quellen:

1. [o.A.:] A Defence of the Company's Monopoly, o.O. 1813, in: Marshall, Peter J. (Hg.): Problemes of Empire, o.O. 1968 (Repr. [Nachdr.] o.O. 2000), S. 229-230.
2. Bruce, J.: Report on the negotiation, between the Honorable East-India Company and the public, respecting the renewal of the Company's exclusive privileges of trade, for twenty years from March, 1794, London 1811.
3. Considerations on the policy of renewing the exclusive privileges of the East India Company, hrsg. von R. Jennings, London 1812.
4. Considerations on the danger and impolicy of laying open the trade with India and China; including an examination of the objections commonly urged against the East India Company's commercial and financial management, hrsg. von Cossim., London 1812.
5. Correspondence and proceedings in the negociation for a renewal of the East-India Company's charter, hrsg. von der East India Company, London 1812.
6. East India Company's Charter Bill, July 1, 1813, in: The Parliamentary Debates From the Year 1803 to the Present Times: Forming a continuation of the work entitled 'The Parliamentary History of England from the earliest period to the year 1803', hrsg. von T.C. Hansard, Jg. 26 (11<sup>th</sup> May to 22<sup>nd</sup> July 1813), London 1813, S. 1006 – 1082.
7. Fourth report from the Select Committee on the Affairs of the East India Company, hrsg. von dem Great Britain. Parliament. House of Commons. Select Committee on the Affairs of the East India Company, London 1812.
8. General Index to the Journal of the House of Commons; 1801-1820, London 1825.
9. Gold, John: Free trade; or, an inquiry into the pretensions of the Directors of the East India Company, to the exclusive trade of the Indian and China Seas: addressed to the great body of merchants and manufactures of the United Kingdom, London 1812.
10. Hansard's Catalogue and Breviate of Parliamentary Papers, 1696-1834, hrsg. von dem House of Commons, London 1834 (Repr. [Nachdr.] London 1953).
11. Hints respecting the negociation for a renewal of the East-India Company's exclusive privileges, submitted, 4<sup>th</sup> March 1812, to the consideration of the Rt. Hon. Lord Melville, by the deputation of the Court of Directors, with His Lordship's observations on them, 21<sup>st</sup> March 1812, hrsg. von der East India Company, London 1812.
12. Journal of the House of Commons, Jg. 45 – 48.
13. Lee, Thomas: The right of every British merchant to trade within the geographical limits defined by the charter of the East India Company, vindicated; with important, authentic, and hitherto unpublished documents, peculiarly applicable to the question of a modified open trade to China, uncontrouled by the Company's agents, factors, or servants, an affording a satisfactory reason why the tonnage to that country assigned by Parliament has not been occupied, London 1812.
14. Mill, James: The History of British India, London 1826.
15. Marx, K.: The Opium Trade, in: Marx, K./ Engels, F.: On Colonialism, hrsg. vom Foreign Languages Public House Moskow, Moskau 1978, S.
16. Papers relating to the East-India Company's charter; vz. Correspondence between the President of the Board of Controul, and the Chairman and Deputy Chairman of the East India Company, hrsg. von der East India Company,

London 1812.

17. Papers respecting the negociation for a renewal of the East-India Company's exclusive privileges, hrsg. von der East India Company, London 1812.
18. Pickett, Catherine: Bibliography of the East India Company. Contemporary Printed Sources. 1786-1858, London 2015.
19. Smith, Adam: Wealth of Nations. Introduction by Robert Reich, New York/ Toronto 2000.
20. Supplement to the appendix to the fourth report from the Select Committee on the Affairs of the East India Company. Appendix, no. 47.- (private trade), London 1812, hrsg. von dem Great Britain. Parliament. House of Commons. Select Committe on the Affairs of the East India Company, London 1812.

#### b. Onlinequellen:

1. House of Parliament: <http://hansard.millbanksystems.com/commons/1812/feb/> (zuletzt eingesehen am: 10.07.2017)

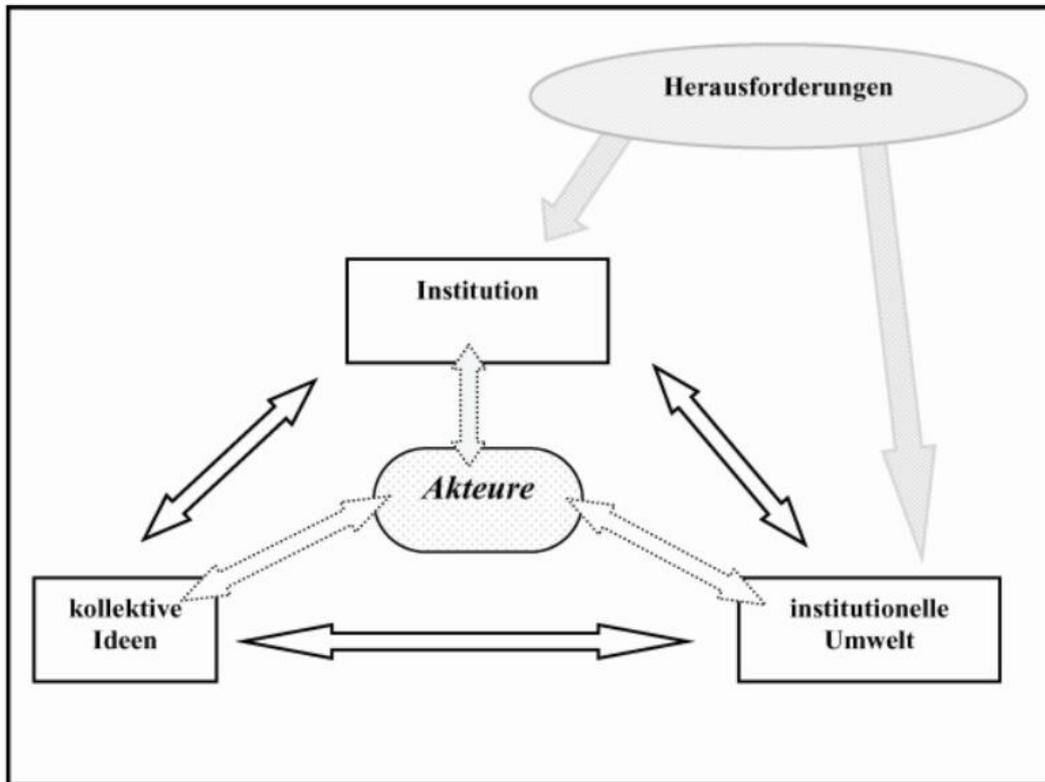
Tabelle 3: Übersicht über die Formen institutionellen Wandels

	Anpassung	Reform	Neuausrichtung	Transformation	Revolution
<i>Grundcharakteristika</i>	kleine Kurskorrekturen	Neuordnung des Bestehenden; kann aber eine Eigendynamik entwickeln und weitere Prozesse auslösen	Bruch mit den geistigen Grundlagen der Institutionen/ Institutionen	„Phase des totalen Umbruchs“	ein Schlüsselereignis markiert den Anfang
<i>Ebene</i>	Institution	Institution / Politikfeld	Institution / Politikfeld	System	System
<i>Leitideen/ Ziele</i>	bleiben gleich; gleiche Prioritäten	bleiben gleich; unterschiedliche Prioritäten	gänzlich bzw. teilweise neu; neue Prioritäten	gänzlich neu	gänzlich neu
<i>Funktion (instrumentelle und symbolische)</i>	Problemlösung: marginale Veränderungen; symbolische Funktionen: marginale oder keine Veränderung	Problemlösung: marginale bis deutliche Veränderungen; symbolische Funktionen: marginale bis mäßige Veränderungen	Problemlösung: deutliche Veränderungen; symbolische Funktionen: große Veränderungen	Problemlösung: deutliche Veränderungen; symbolische Funktionen: große Veränderungen	Problemlösung: deutliche Veränderungen; symbolische Funktionen: große Veränderungen
<i>Funktionsweise/ institutionelle Mechanismen/ Strategie</i>	leicht verändert	deutlich verändert	deutlich verändert	stark verändert	stark verändert
<i>Institutionelle Logik</i>	gleich bleibend bis leicht verändert	leicht bis deutlich verändert	deutlich verändert	stark verändert	stark verändert
<i>Status</i>	gleich	gleich oder verändert	verändert	verändert	verändert
<i>Zeithorizont</i>	kontinuierlich	kurz- oder mittel- bis langfristig	graduell oder umbruchsartig; kurz- oder mittel- bis langfristig	graduell oder umbruchsartig; mittel- bis langfristig	umbruchsartig („radikaler Schock“), dann aber mittel- bis langfristig
<i>Institutioneller Pfad</i>	innerhalb des existierenden Pfades	innerhalb des existierenden Pfades; bei einer „kritischen Masse“ neuer Pfad möglich	neuer Pfad möglich	neuer Pfad	neuer Pfad
<i>Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure</i>	beim Auslösen von Wandel: groß; beim Verlauf: groß	beim Auslösen von Wandel: mittel bis groß; beim Verlauf: mittel bzw. fraglich	beim Auslösen von Wandel: mittel bis gering; beim Verlauf: mittel bis gering	beim Auslösen von Wandel: mittel bis gering; beim Verlauf: gering	beim Auslösen von Wandel: mittel bis gering; beim Verlauf: gering

Quelle: Eigene Darstellung

Quelle: Csigó, Monika: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive, Wiesbaden 2006 S. 118.

## Anhang 2



Quelle: Eigene Abbildung

Quelle: Csigó, Monika: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive, Wiesbaden 2006 S. 127.

### Anhang 3

Parameter	Merkantilismus	Liberalismus
Referenzgruppe	Privilegierte Stellung einer bestimmten Gesellschaftsgruppe/ Akteuren im Interesse der Krone/ Staatsräson/ einer Handelsgesellschaft	Gleichheit der Staatsbürger insgesamt; d.h. keine Ausgrenzung bzw. Diskriminierung der Bürger in dem Prozess der Vermehrung des nationalen Wohlstandes
Handelspolitik	Maßnahmen zur Steuerung des Handels und Kontingentierungen des Handelsvolumen erlaubt	Freier Warentausch bzw. Partizipation aller britischer Staatsbürger an möglichen Gewinnen erlauben
Internationale Beziehungen	Sicherheit der Handelsrouten und Ausgrenzung von ausländischen Staatsakteuren	Involvierung und Teilhabe ausländischer Akteure in das imperiale Handelsnetzwerk
Symbolische bzw. moralische Fundierung	Stabilität und Ordnung in den Kolonien, Selbstverwaltung bzw. Nichteinmischung in die indigene Kultur	Nationale Überhöhung und Überlegenheitshabitus

Quelle: eigene Darstellung

## Anhang 4

<b>Chronik der Charter-Act-Verhandlungen, 1808 - 1813</b>	
<b>Datum</b>	<b>Absender/ Empfänger</b>
30.09.08	Letter from the Right Honorable Robert Dundas/ to the Chairman and Deputy Chairman
12.10.08	Secret Committee of Correspondence/ to the Right Honorable Robert Dundas
28.12.08	Letter from the Right Honorable Robert Dundas/ to the Chairman and Deputy,
13.01.09	Letter from the Chairman and Deputy Chairman/ to the Right Honorable Robert Dundas
17.12.11	Letter from the Right Honorable Lord Viscount Melville/ to the Chairman and Deputy Chairman
04.03.12	Letter from the Chairman and Deputy Chairman/ to the Right Honorable Lord Viscount Melville
18.03.12	Letter from the Deputation/ to the Right Honorable Lord Viscount Melville
19.03.12	Letter from the Deputation/ to the Right Honorable Lord Viscount Melville
21.03.12	Letter from the Right Honorable Lord Viscount Melville/ to the Chairman and Deputy Chairman
07.04.12	Petition from the East-India Company/ to the Honorable House of Commons
15.04.12	Letter from the Deputation/ to the Right Honorable Earl of Buckinghamshire
19.04.12	Conversation between the President of the Board of Commissioners and Chairman
27.04.12	Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire/ to the Chairman and Deputy Chairman
29.04.12	Letter from the Deputation/ to the Right Honorable the Early of Buckinghamshire
02.12.12	Konferenz zwischen CoD und BoC
05.12.12	Konferenz zwischen CoD und BoC
12.12.12	Konferenz zwischen CoD und BoC
24.12.12	Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire/ to the Chairman and Deputy Chairman
30.12.12	Letter from the Chairman and Deputy Chairman/ to the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire
04.01.13	Letter from the Right Honorable the Earl of Buckinghamshire/ to the Chairman and Deputy Chairman
15.03.13	Letter from Sir George Staunton, Bart./ to the Chairman
22.03.13	Resolution proposed by Lord Viscount Castlereagh/ in the House of Commons
23.02.13	Petition from the East-India Company/ to the Honourable House of Commons
27.05.13	Copy of a Letter from the Chairman and Deputy Chairman/ to the Right

	Honourable the Earl of Liverpool
29.05.13	Letter from the Right Honourable the Earl of Liverpool/ to the Chairman and Deputy Chairman
10.06.13	Memorandum of a Conversation between Lords Liverpool, Buckinghamshire, and Caslereagh, and a Deputation of the Court of Directors
13.06.13	Note from the Right Honourable the Earl of Buckinghamshire/ to the Chairman
21.06.13	Erste Lesung der East India Company's Charter Bill
01.07.13	Zweite Lesung der East India Company's Charter Bill
13.07.13	Dritte Lesung der East India Company's Charter Bill

Quelle: eigene Darstellung